

# ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

## In dieser Onlineausgabe

*Dirk Freudenberg*

Der Einsatz der Streitkräfte im bevölkerungszentrierten  
„Comprehensive Approach“

*Klaus-Jürgen Bremm*

Defensiver Revanchismus

Eisenbahnen und Strategie in Frankreich 1871-1914

*Youssef Diallo/Hans Krech*

Der wachsende Einfluss des militanten Islam und der Al Qaida in Afrika

*Johann Frank/Johann Pucher*

Österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter geänderten Rahmenbedingungen -  
Chance zur Profilschärfung des Bundesheeres

## Zusätzlich in der Printausgabe

*Claudius Bubner*

Notwendigkeit und Grenzen eines überstaatlichen Migrationsmanagements  
am Fallbeispiel Süditalien

*Martin Prieschl*

„B-Gendarmerie: ein erfolgreiches Experiment im Vergleich mit dem westdeutschen  
Bundesgrenzschutz und der ostdeutschen Kasernierten Volkspolizei“  
Ende und dreifacher Neubeginn

*Wolfgang Taus*

Religion und Politik in der Verantwortung

*Mario Strigl*

General Karl Schrems

Attaché und Militärkommandant

*sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik*

# Der Einsatz der Streitkräfte im bevölkerungszentrierten „Comprehensive Approach“

Dirk Freudenberg

Carl von Clausewitz' klassische Definition des Krieges steht heute ganz sinnwidrig für Militarismus.<sup>1)</sup> In der letzten Dekade wird allerdings immer deutlicher, dass die Streitkräfte ein aktives Instrument auch deutscher Sicherheitspolitik werden. Wenn Streitkräfte Werkzeuge der Politik sind, so stellen Spezial- und spezialisierte Kräfte Instrumente dar, die besonders sensible Operationen durchzuführen haben und in der Lage sind, aktiv den Kampf gegen irreguläre Kräfte<sup>2)</sup> zu führen. Damit entsprechen sie einem chirurgischen Skalpell in der Hand militärischer Führer, die im Auftrag politisch verantwortlicher Regierungen zum Teil riskante Operationen exekutieren müssen. Der Kampf gegen den transnationalen Terrorismus muss dabei national und multinational als gesamtstaatliches, ressortübergreifendes Konzept verstanden werden, zu dem Streitkräfte ihren spezifischen Beitrag leisten.<sup>3)</sup> Denn den Herausforderungen unserer Sicherheit durch asymmetrische Bedrohungen wird man nur mit einer Gesamtstrategie entgegentreten können, die militärische, paramilitärische, polizeiliche, politisch-diplomatische, wirtschafts- und finanzpolitische, psychologische und zivile Maßnahmen miteinander effizient verbindet und auf ein gemeinsames Ziel hin ausrichtet.<sup>4)</sup> Diese Erkenntnis ist allerdings dem Grunde nach nicht wirklich neu. Bereits Carl von Clausewitz hat die „Allumfassendheit des Krieges“ gesehen: *„Bei der absoluten Gestalt des Krieges, wo alles aus notwendigen Gründen geschieht, alles rasch ineinander greift, kein, wenn ich so sagen darf, wesensloser neutraler Zwischenraum entsteht, gibt es wegen der vielfältigen Wechselwirkungen, die der Krieg in sich schließt, wegen des Zusammenhanges, in welchem, strenge genommen, die ganze Reihe der aufeinander folgenden Gefechte steht, wegen des Kulminationspunktes, den jeder Sieg hat, über welchen hinaus das Gebiet der Verluste und Niederlagen angeht, wegen aller dieser natürlichen Verhältnisse des Krieges, sage ich, gibt es nur einen Erfolg, nämlich den Enderfolg. Bis dahin ist nichts entschieden, nichts gewonnen, nichts verloren. Hier ist es, wo man unaufhörlich sagen muss: Das Ende krönt das Werk. In dieser Vorstellung ist also der Krieg ein unteilbares Ganze[s], dessen Glieder (die einzelnen Erfolge) nur Wert haben in Beziehung auf dies Ganze.“*<sup>5)</sup> Clausewitz ist in seinen Schriften - insbesondere in jener „Vom Kriege“ - bestrebt, „... das Wesen der kriegerischen Erscheinungen zu erforschen, ihre Verbindung mit der Natur der Dinge, aus denen sie zusammengesetzt sind, zu zeigen.“<sup>6)</sup> Daher dürfen diese Gedanken Clausewitz' auch nicht isoliert von seinem Postulat gesehen werden, dass der Krieg ein Mittel der Politik ist, „... eine Fortsetzung des

*politischen Verkehrs mit anderen Mitteln...“*<sup>7)</sup> Demzufolge bedarf es einer Gesamtstrategie, in der die Rolle von Streitkräften im Allgemeinen sowie jene von Spezial- und spezialisierten Kräften im Besonderen definiert werden muss.

## Counterinsurgency - Wesen und Begriff

Der Begriff „Counterinsurgency, COIN“ bzw. seine wörtliche deutsche Übersetzung „Aufstandsbekämpfung“ ist nicht unumstritten.<sup>8)</sup> Der englische und als solcher im gesamten angloamerikanischen Sprachraum gebräuchliche Begriff „Counterinsurgency“ hat ebenso eine Rezeption in die Fachliteratur und in die militärfachlichen Handbücher sowie entsprechende Vorschriften anderer Nationen gefunden. Über die NATO und die International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan ist auch Deutschland strategisch und operativ in die Umsetzung der Doktrin zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung eingebunden.<sup>9)</sup>

Der Terminus „Counterinsurgency“ setzt sich aus den Begriffen „Counter“ und „Insurgency“ zusammen. „Counter“ bedeutet im Englischen in diesem Zusammenhang „jemandem entgegenzutreten“ oder auch „einer Sache zuwiderhandeln, etwas durchkreuzen“.<sup>10)</sup> Also ist gemeint, „gegen“ etwas zu wirken. Insofern wird der Begriff auch im weiteren Sachzusammenhang mit Gegenspionage, „counter espionage“, und Spionageabwehr, „counterintelligence“, sowie auch „counterterror“ im Sinne von „Anti-Terror“<sup>11)</sup> eingesetzt und ordnet sich somit in einem ausgedehnten fachlichen Umfeld ein. „Insurgency“ heißt „Aufstand, Rebellion, Revolte“<sup>12)</sup> der entsprechende Akteur ist der Insurgent bzw. der Aufständische. Dieser Begriff wie auch das entsprechende Verb „insurgieren, aufständisch sein“ werden abgeleitet vom lateinischen Verb „insurgere“, „sich erheben“<sup>13)</sup> und sind ebenso wie das Substantiv „Insurrektion“, „Aufstand“, in der deutschen Sprache geläufig.<sup>14)</sup> „Insurgent“ gilt im deutschen Sprachgebrauch als der veraltete Begriff für den „Aufständischen“ bzw. den „Aufführer“<sup>15)</sup> findet allerdings in seiner englischen Aussprache wieder aktuell Eingang in den deutschen militärischen Sprachschatz.<sup>16)</sup> Mithin entspricht „Counterinsurgency“ zunächst dem klassischen deutschen Wort „Aufstandsbekämpfung“. Damit bezeichnet der Terminus in seinem Kern einen Zustand - den Aufstand -, ohne ihn zugleich politisch zu belegen oder gar zu werten. Entsprechendes gilt für den Akteur, den Aufständischen, den Insurgenten. Folglich ist mit dieser Bezeichnung offen gelassen, ob Zweck, Ziele und Mittel einer solchen Erhebung befürwortet oder abgelehnt werden. Eine entsprechende Diskriminierung der Akteure wird ebenso unterlassen, zumal eingeräumt wird, dass Insurgenten durchaus auch politische Zwecke verfolgen können und nicht zwangsläufig durch kriminelle Absichten geleitet sein müssen. Dementsprechend wird „Insurgency“ verstanden als „... Bezeichnung für den Prozess einer auf politischen,

wirtschaftlichen und/oder sozialen Missständen beruhenden Destabilisierung eines Landes oder einer Region, die sowohl die staatliche Leistungsfähigkeit als auch die staatliche Legitimation beeinträchtigt; der Prozess wird zusätzlich durch irreguläre Aktivitäten von Insurgents verstärkt.“<sup>17)</sup> So grenzt Kilcullen auch Insurgenten von Terroristen ab. Die entscheidenden Kriterien sind für ihn zum einen, dass Insurgenten im Gegensatz zu Terroristen tief in der Gesellschaft verwurzelt sind und diese somit repräsentieren, und zum anderen, dass Insurgenten Gewalt nicht als zentrales Merkmal auszeichnet, sondern sie Gewalt als Instrument einer integrierten politisch-militärischen Strategie einsetzen.<sup>18)</sup> Mit diesen Definitionsansätzen wird grundsätzlich eingeräumt, dass Aufstände durchaus legitimiert sein können. Mithin handelt es sich bei der Bezeichnung „Insurgenten“ um eine sachliche Beschreibung und somit schlussendlich um einen politisch neutralen Begriff. Das Wesen und die bestimmende Idee der Counterinsurgency ist dabei, dass sie grundsätzlich bevölkerungszentriert und nicht gegnerzentriert wirken soll, um Herz und Verstand, „hearts and minds“, der Bevölkerung zu gewinnen und den Aufständischen somit den Rückhalt und die Unterstützung der Bevölkerung zu entziehen. Damit geht einher, dass dieser Ansatz nicht nur kostenintensiv, sondern v.a. zeitlich aufwändig ist sowie verschiedene Ebenen beinhaltet.

### **Abgrenzung der „Counterinsurgency“ von anderen Begriffen und Konzepten**

Der Begriff „Counterinsurgency“ ist von den Begriffen „Counterguerilla“ bzw. „Counterterrorism (CT)“ abzugrenzen. Für Andrew Rathmell stellen CT-Strategien und -institutionen lebenswichtige Werkzeuge für die US-alliierten Staaten dar.<sup>19)</sup> Während „Counterguerilla“ und „Counterterrorism“ als Stoßrichtung der Aktion konkret die jeweiligen irregulären Akteure haben, ist die Wirkrichtung und v.a. das Wirkungsumfeld der Counterinsurgency umfassender und umfangreicher.<sup>20)</sup> Counterguerilla zielt demnach gegen das aktive militärische Element der Aufstandsbewegung,<sup>21)</sup> und dementsprechend sind die Sicherheitskräfte hierauf fixiert. Daher hält Kilcullen diese isolierten strategischen Ansätze für inadäquat und stellt demgegenüber heraus, dass nicht nur klar sein muss, gegen wen gekämpft wird, sondern auch wofür.<sup>22)</sup> Counterinsurgency ist umfassender und weitergehend. Gleichwohl können Counterinsurgency-Operationen selbstverständlich mit konkreten gewaltsamen Aktionen gegen irreguläre Kräfte einhergehen bzw. diese einbinden.<sup>23)</sup> Mithin können „Counterguerilla“- wie auch „Counterterrorism“-Aktionen auch Teil einer Counterinsurgency sein. So wird Counterterrorism ebenso als „feindzentrierte Dimension“<sup>24)</sup> des grundsätzlich bevölkerungszentrierten COIN-Ansatzes bezeichnet.

### **Der bevölkerungszentrierte Comprehensive Approach im Rahmen von Counterinsurgency**

Der gegenüber klassischen Strategien innovative Gedanke des Comprehensive Approach ist der, dass nicht der

Gegner im Zentrum der militärischen Betrachtung steht, sondern dass es sich um einen bevölkerungszentrierten Ansatz handelt. Das Verhalten der Bevölkerung soll im eigenen Sinne positiv beeinflusst werden bzw. soll der Bevölkerung vermittelt werden, dass getroffene Maßnahmen ihrem Wohle dienen und zu ihrem Nutzen sind, um den Rückhalt der Bevölkerung zu erhalten bzw. zu gewinnen. Das bedeutet, dass bei jeder Maßnahme und Handlung die Auswirkungen auf die Bevölkerung zu beurteilen und gegebenenfalls feindschädigende Unternehmungen zu unterlassen sind, auch wenn dadurch ein militärischer Vorteil nicht ausgenutzt wird, wenn unter Umständen die Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung und das zivile Meinungsbild negativ sein könnten. Diese Einschränkungen gehen insofern weiter als die völkerrechtlichen Regelungen zum Schutze der Zivilbevölkerung. Sie haben gleichzeitig eine andere Wirkdimension als das weiterhin uneingeschränkt geltende Feindschädigungsrecht. Der hier zum Tragen kommende Grundgedanke entspricht dennoch überkommenen militärischen Grundsätzen: Das Ausnutzen eines möglichen taktischen Erfolges ist dann zu unterlassen, wenn dadurch absehbar, unmittelbar oder auch nur mittelbar eine schädigende Wirkung von strategischer Bedeutung eintritt. Weitere grundlegende Überlegung dieses Ansatzes ist es zudem, dass Aufstandsbekämpfung zwar Teil der Kriegführung ist, dass aber zur Aufstandsbekämpfung prinzipiell zivile Maßnahmen der humanitären Nothilfe, des zivilen Wiederaufbaus, der Entwicklungshilfe und der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Staats- und Regierungsbildung wie auch des administrativen und des polizeilichen Bereichs grundsätzlich unerlässlich sind und den militärischen Maßnahmen in ihrer Wertigkeit und Bedeutung für den Erfolg voranstehen. Somit entspricht dieser Ansatz dem Prinzip der vernetzten Sicherheit als Ausfluss des umfassenden Sicherheitsbegriffs, wie er auch in verschiedenen sicherheitspolitischen Grundlegendokumenten der Bundesrepublik Deutschland<sup>25)</sup> manifestiert ist und im internationalen Umfeld englischsprachig als „Comprehensive Approach“ bezeichnet wird. Militärische Maßnahmen treten dabei grundsätzlich gegenüber zivilen - nicht zwingend in der chronologischen Abfolge - als subsidiär zurück.

### **Militärische Wirkmittel als Ultima Ratio einer Gesamtstrategie**

Die Fähigkeit, gegnerische Ziele auszuschalten bzw. zu vernichten, bedeutet nicht, dass dies die erste Handlungsoption ist und das zwangsläufig so geschehen muss.<sup>26)</sup> Die Ansatzpunkte und Strategien konstruktiver Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt können in Anlehnung an die Trias „Prävention - Eindämmung - Nachsorge“ in drei Handlungsfelder eingeteilt werden: Gewaltprävention, Krisen- und Konfliktmanagement und Friedenskonsolidierung.<sup>27)</sup> Die Problemlösungsansätze sind entsprechend den Herausforderungen komplexer geworden. Militäreinsätze gelten, soweit die Anwendung direkter Gewalt bzw. die Ausübung unmittelbaren Zwangs betroffen ist, als „Ultima Ratio“, was aber nicht heißen kann, dass militärische Komponenten einer Mission immer und unbedingt als zeitlich letztes Mittel eingesetzt werden.<sup>28)</sup> Der Einsatz militärischer Mittel erfolgt in der Regel nicht mehr zeitlich als „Ultima Ratio“, sondern komplementär zu einem Policy-Mix aus Außen-, Innen-, Entwicklungs-, Finanz-, Rechts- und Justizpolitik.<sup>29)</sup> Der ressortübergreifende Ansatz Vernetzter Sicherheit geht von einem gesamtstaatlichen Verständnis von Sicherheit aus, in dem die sicherheitsrelevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure gleichermaßen beteiligt sind und bereits das Entstehen von Risiken und Bedrohungen durch präventive

Maßnahmen verhindert werden soll.<sup>30)</sup> Network Enabled Capabilities, also Fähigkeiten, die auf der Vernetzung von Strukturen beruhen, stehen nicht allein im Raum und sind kein Selbstzweck.<sup>31)</sup> Die Fähigkeitsorientierung ist nicht allein auf das Einsatzspektrum militärischer Streitkräfte beschränkt und soll alle sicherheitspolitischen Aufgaben und Akteure umfassen.<sup>32)</sup> Dabei sind auch hier Netzwerke flexibler und anpassungsfähiger als Hierarchien, die ihrerseits oftmals zu sehr in der Horizontalen anstatt in der Vertikalen denken und die häufig ihren organisationsspezifischen Interessen verhaftet sind, die bisweilen wiederum in eklatantem Widerspruch zu übergeordneten Interessen stehen können.<sup>33)</sup> Ausdruck für eine solche Vernetzung ist der „Comprehensive Approach“ als ressort- und institutionenübergreifender Ansatz zur Einbindung aller relevanten Akteure und Abstimmung einer gemeinsamen Zielsetzung bereits in der Planungsphase eines etwaigen Einsatzes und eine frühzeitige Festlegung der Federführung für die vorhersehbaren Phasen des Krisenmanagements sowie der „Interagency-Prozess“, das heißt, die Vernetzung aller staatlichen Akteure und die mögliche Einbindung nichtstaatlicher Institutionen. Diese können wissenschaftliche Institute, Think-Tanks, Wirtschaftsunternehmen, Finanzdienstleister, aber auch Hilfsorganisationen sein. Sie können eingeschaltet werden, um bestimmte, spezielle Wirkungen zu erzielen. Ihre Wirksamkeit beruht auf ihren speziellen Fähigkeiten, die sie nun zugunsten des Netzwerks einsetzen, um bestimmte Effekte zu erreichen. Netzwerke sollen also Netzwerke bekämpfen<sup>34)</sup> bzw. gegen diese zur Wirkung gebracht werden. An diesem Netzwerk sind alle Organisationen und Institutionen zu beteiligen, die zur Terrorismusbekämpfung beitragen.<sup>35)</sup> Damit werden die klassischen Instrumente Diplomatie, ökonomische Maßnahmen und der Gebrauch militärischer Macht erweitert. In den Überlegungen aller sicherheitspolitischen Akteure, Methoden, Strategien und Strukturen zu entwickeln, um Krisenbewältigung durchzuführen und ein hohes Maß an Stabilität zu erhalten bzw. wiederherzustellen, stellen die Streitkräfte insofern neben anderen nur eine Komponente dar.<sup>36)</sup> Krisenvorsorge und Krisenmanagement müssen auf einen breiten, ressortübergreifenden Ansatz gestellt werden.<sup>37)</sup> Die Einbindung nichtmilitärischer Akteure aus verschiedenen Disziplinen könnte das Bestreben zur Zielerreichung gewinnbringend katalysieren und oftmals sogar eine bessere Alternative zur Anwendung militärischer Gewalt darstellen. Militärische Stärke kann sich gegen asymmetrische Bedrohungen nur mehr im Verbund mit anderen staatlichen und internationalen Akteuren und Institutionen wirksam entfalten,<sup>38)</sup> und umfassende militärische Fähigkeiten sind Teil eines mehrdimensionalen Ansatzes aus politischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Instrumenten, um im multilateralen Zusammenwirken mit Verbündeten und Partnern die regionale und/oder globale Sicherheit zu stärken.<sup>39)</sup> Operationspläne (Concepts of Operation, ConOps) werden sich mehr auf eine Vielzahl von Effekten konzentrieren, weniger auf den Einsatz von Streitkräften.<sup>40)</sup> Gleichzeitig sind auch innerstaatliche Szenarien denkbar, die eine enge Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten, diplomatischen Diensten und die Koordination von Einsatzkräften der

Polizeien, Rettungsdienste, Hilfsorganisationen und der Streitkräfte erfordern. Auf der organisatorischen Ebene geht es darum, die hierarchischen und netzwerkartigen Formen der Kooperation zwischen Behörden und anderen Akteuren zu optimieren, wobei die verschiedenen Hierarchien innerhalb dieses Netzwerkes in der Lage sein müssen, miteinander zu kooperieren und durch Koordination Informationen aus verschiedenen Teilen des Netzwerks zu einem gemeinsamen Bild zusammenzufügen und daraus entsprechende Schlüsse zu ziehen.<sup>41)</sup> Im Zentrum der Überlegung steht also richtigerweise ebenso der ressort- und institutionenübergreifende Ansatz. Mithin ist der „Comprehensive Approach“ im Ergebnis eine Weiterentwicklung des „Interagency-Interaction-Ansatzes“. Fraglich könnte allerdings hier sein, ob es wirklich gelingen kann, die volle Komplexität und umfassende Form der Interoperabilität zwischen allen Sicherheitskräften sowie zwischen diesen und den zivilen Akteuren zu erreichen. Die bejahende Ansicht sieht zwar, dass es bereits beim Zusammenwirken staatlicher Kräfte wie Polizei und Militär anspruchsvolle Schnittstellenprobleme gibt. Diese werden durch das Problem der Multinationalität und die hierdurch bedingten vielschichtigen und mehrdimensionalen Interoperabilitätsprobleme noch verstärkt. Die sicherheitspolitische Antwort auf diese Herausforderungen wird denn auch im Erkennen der gegenseitigen Abhängigkeiten der Gesellschaften und der globalen Wirtschaft sowie der Notwendigkeit der gemeinsamen Vernetzung gesehen. Dementsprechend soll - nach diesem neuen, wirkungsorientierten Ansatz des Comprehensive Approach - der Schwerpunkt nicht auf einem engen militärischen Fokus liegen, sondern es ist vielmehr ein systemischer Ansatz gefordert, der Ziele, Instrumente, Fähigkeiten und Ressourcen in umfassender Weise aufeinander abstimmt und damit die unterschiedlichen staatlichen Wirkmittel aus den Bereichen Diplomatie, Information, Militär und Wirtschaft (DIME-Spektrum) aufeinander abstimmt.<sup>42)</sup> Dabei wird im deutschen Ansatz der Faktor „Militär“ im DIME-Spektrum durch „bewaffnete Organisationen“ ersetzt, was der Einsatzrealität wesentlich näher kommt. Bewaffnete Organisationen in diesem Sinne sind alle nationalen, multinationalen und internationalen Akteure, die mit der Befugnis ausgestattet sind, Recht und Ordnung nötigenfalls unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen. Mit der Anwendung dieses weiten DIME-Spektrums im Interagency-Ansatz sollen Kollateralschäden und andere unerwünschte Nebeneffekte, Begleiterscheinungen und mittelbare Auswirkungen vermieden werden. Damit ist die physische Gewalt - wie bereits oben dargestellt - möglicherweise nicht mehr der Kern der kriegerischen Auseinandersetzung. Gleichzeitig ändert sich unter Umständen die Wirkrichtung des Eingriffs: An Stelle des Gravitationspunktes als der verwundbarsten Stelle des Gegenübers kann die Wirkung auch an der Peripherie der Systeme ansetzen, um den Gegner von Handlungsoptionen abzuschneiden.

Hierbei wird der Einsatz militärischer Mittel in den Gesamtkontext der diplomatischen, ökonomischen und militärischen Maßnahmen eingeordnet sowie mit den Wechselmechanismen im Informationsspektrum in Beziehung gesetzt.<sup>43)</sup> Das übergeordnete Handlungsprinzip transformierter Streitkräfte als vernetzte teilstreitkräftegemeinsame Truppen, die in der Lage sind, schnelle, entscheidende Operationen (Rapid Decisive Operations, RDO) an jedem Ort der Erde durchzuführen, ist das der wirkungsorientierten Operationen oder Effects-Based Operations (EBO), die zum Erreichen der strategischen Ziele das ganze Spektrum gegnerischer Verwundbarkeiten und Schwächen ausnutzen und nach Möglichkeit auf ein direktes militärisches Kräftemessen oder gar einen Zermür-

bungskrieg verzichten.<sup>44</sup> Wirkung geht vor Zerstörung.<sup>45</sup> Der Fokus liegt somit weniger auf militärischen Zielen und deren Vernichtung als auf Aktionen und deren Auswirkungen auf Verhalten, Beeinflussung und Reaktion. Es kommt also nicht allein darauf an, mittels massiven militärischen Auftretens und kinetischer Operationen die möglicherweise dann doch nur zeitlich befristete Präsenz und somit die entsprechend begrenzte Überlegenheit im Raum herzustellen. Allerdings darf kein Zweifel darüber bestehen, dass kinetische Operationen, also militärische Kampfhandlungen zur Befriedung bzw. Sicherung eines Raumes durchaus Voraussetzung für alles andere sein können, und der Einsatz von Spezial- und spezialisierten Kräften ebenso das „scharfe Ende“ einer Operation darstellen kann. Der grundlegende Unterschied zur klassischen konventionellen Kriegführung liegt in der besonderen Kontextbeziehung dieses in seiner Zusammenfassung innovativen und modernen Gesamtansatzes. Dabei wird der potenzielle Gegner ebenfalls als komplexes System mit den Untersuchungsthemen Politik, Militär, Wirtschaft, Soziales, Infrastruktur und Information (Political, Military, Economic, Social, Infrastructure, Information, PMESII) analysiert und als Systemverbund definiert, um die wesentlichen Beziehungen, Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten zu verstehen.<sup>46</sup> Folglich geht es in diesem Prozess um die rasche Generierung und Aufbereitung und damit um das schnelle Verfügbarmachen von Informationen. Information ist somit eine unerlässliche Größe. Informationsgewinnung und das rasche, zeitnahe Umsetzen von Informationen in Aktionen war in allen Epochen und zu allen Zeiten für effektives und erfolgreiches militärisches Handeln von entscheidender Bedeutung. Im Zeitalter des Wandels vom Industriezeitalter hin zum Informationszeitalter und zur Wissensgesellschaft unter den Bedingungen der zunehmenden Globalisierung ist die Bedeutung von Informationen bei der Entscheidungsfindung von noch größerer Bedeutung, als dies in der Vergangenheit bereits der Fall gewesen war. Informationsüberlegenheit und die Umsetzung in Entscheidungsüberlegenheit ist Voraussetzung, um zur Handlungsüberlegenheit über den Gegner gelangen zu können. Um eine langfristig richtige und zielführende Lagebeurteilung anzustellen, bedarf es eines umfangreichen und v.a. auch gegenüber den gegnerischen Akteuren überlegenen Wissens und eines entsprechenden Wissensmanagements. Allerdings soll direktes militärisches Wirken im Ziel, im Sinne von kinetischer Energie zum Bekämpfen, Ausschalten oder Vernichten eines potenziellen Gegners, ein subsidiäres Mittel zur Zielerreichung darstellen.

### **Der Ansatz Vernetzter Sicherheit**

Beruhend auf der Unterstützung mit hochmoderner Informationstechnologie zur Beschleunigung der Beeinflussung des Gegners führen neue Konzeptionen zur Anpassung in den Bereichen Militärdoktrin, Organisation, Ausbildung, Infrastruktur, ressortübergreifende Interaktion, Führung, Personal sowie Anlagen und Einrichtungen.<sup>47</sup> Der Ansatz Vernetzter Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland entspricht dem Comprehensive Approach und beschreibt einen umfassenden gesamtstaatlichen Prozess, der nahezu

alle Bereiche staatlichen Handelns umfasst und in dem es um multinationale, kooperative Sicherheitsvorsorge, Krisenmanagement, Krisenprävention, aber - wenn erforderlich - auch um die Fähigkeit zur Eindämmung und Beendigung drohender oder bereits ausgebrochener Konflikte geht - unter Nutzung modernster Technologie und Integration militärischer Fähigkeiten in das Gesamtpaket „staatlicher Maßnahmen“.<sup>48</sup> Der Comprehensive Approach wie auch das Konzept von Interagency Operations sehen sich der Herausforderung ausgesetzt, dass die Akteure - staatliche und nichtstaatliche - auf Zusammenarbeit und Zusammenwirken angewiesen sind. Voraussetzung für das Funktionieren dieser Ansätze ist die Abstimmung der Akteure auf verschiedenen Ebenen. So müssen die Interagency-Mechanismen auf organisatorischer Ebene angeglichen, die konzeptionellen Prozesse und technologischen Systeme aufgebaut und angepasst sowie auf gesellschaftlicher Ebene neue Ansätze zur Personalauswahl, Ausbildung und zum Handeln in Netzwerkbegriffen übernommen werden.<sup>49</sup> Dazu bedarf es aber v.a. einer ressort- und institutionenübergreifenden Abstimmung der Maßnahmen und Wirkmittel, die v.a. auf eine gemeinsame Ziel- und Zweckerreichung ausgerichtet sind. Auch wenn die Akteure weitgehend unabhängig agieren wollen und keine hierarchische Zuordnung zulassen, bedarf es mit Blick auf gemeinsame Stabilitätsziele klarer Regeln und Verfahren, um die Zusammenarbeit so wirksam wie möglich zu gestalten.<sup>50</sup> Die gemeinsame Festlegung eines Endzustandes („end state“) auf der politisch-strategischen Ebene vor Beginn eines Einsatzes, welche die Bedingungen für die Durchführung und v.a. den Zustand der Einsatzbeendigung beschreibt und festlegt, ist *Conditio sine qua non* für den strategischen Erfolg. Diese Tatsache wirkt sich auf den Ablauf von Operationen aus. Der letztendliche Zwang zum Konsens macht den Entscheidungsfindungsprozess kompliziert und verlangsamt somit den Führungsvorgang und die Umsetzung von Entscheidungen. Damit ist dieser Ansatz gegenüber schnell ablaufenden Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen dort im Nachteil, wo es auf schnelles, zeitnahes Handeln in dynamischen Lagen ankommt. Mithin ergeben sich wechselnde Handlungsoptionen, die allerdings abgestimmt und im Gesamtkontext abgewogen sein müssen.

### **Indirekte Strategie und indirektes Vorgehen**

Die „Indirekte Strategie“ bzw. das „Indirekte Vorgehen“ beinhalten v.a. den Einsatz nichtmilitärischer Mittel; hingegen beruht die „Direkte Strategie“ v.a. auf dem Einsatz von Streitkräften.<sup>51</sup> Dementsprechend hat das „Indirekte Vorgehen“ eine über den militärischen Bereich hinausgreifende, weit umfassendere praktische Bedeutung. Hier werden v.a. Mittel wie Subversion, Korruption, Manipulation durch Falschinformationen, Sabotage und Spionage eingesetzt.<sup>52</sup> Im militärischen Sinne hat Liddell Hart empfohlen, eine Richtung einzuschlagen, die der Gegner am wenigsten erwartet, und dort zuzuschlagen, wo dieser am wenigsten Widerstand entgegensetzen kann.<sup>53</sup> Es geht also darum, den Gegner abzulenken, ihn aus dem Gleichgewicht zu bringen, um ihn seiner Handlungsfreiheit zu berauben.<sup>54</sup> Folglich ist das Indirekte Vorgehen nicht auf die stärkste Konzentration feindlicher Kräfte in einem Schlüsselgelände gerichtet, sondern gegen Verstärkungs- und Folgekräfte in der Tiefe. Im weiter gefassten Sinne ist dieser Gedanke entsprechend umzusetzen; allerdings werden hier militärische mit nichtmilitärischen Mitteln kombiniert oder die militärischen sogar ganz ersetzt, sodass sie gar nicht in Erscheinung treten. In diesem Fall liegt der Schwerpunkt beim Indirekten Vorgehen auf dem Einsatz nichtmilitärischer Ressourcen. Die Indirekte Strategie bzw. das Indirekte Vorgehen

findet seine Entsprechung allerdings auch auf der Seite der irregulären Kräfte. Die Vorgehensweise irregulärer Kräfte wird durch das Anschlagziel bestimmt, wobei hier zwischen direkter und indirekter Vorgehensweise unterschieden wird.<sup>55)</sup> Bei der direkten Vorgehensweise werden die Anschlagziele gemäß der strategischen Zielsetzung gewählt; hingegen werden bei der indirekten Vorgehensweise Anschläge gewählt, um eine Botschaft zu transportieren, oder es werden Anschläge auf Einrichtungen ausgeführt, die Stoffe beherbergen, deren Verbreitung zu Schäden außerhalb der Einrichtung führen.<sup>56)</sup>

### Resymmetrierung

Es bedeutet ein „strategisches Paradox“,<sup>57)</sup> dass sich hochzivilisierte und hochgerüstete, technisch überlegene Staaten unsäglich schwer tun mit irregulären Kräften, die hinsichtlich ihrer Kampfkraft und ihres Gefechtswertes vielfach unterlegen sind, wirksam fertig zu werden. Stupka schlägt als Grundsatz für zu erarbeitende Theorien vor, dass asymmetrischer Kriegführung nur asymmetrisch beizukommen ist.<sup>58)</sup> In diesem Sinne stellt die Art und Weise des Kampfes gegen irreguläre Kräfte den Versuch der Wiederherstellung der Symmetrie auf der Ebene des Gegners mit einer überlegenen Kombination aller zur Verfügung stehenden Mittel dar. Es ist schon früh erkannt worden, dass die beste Abwehr von Irregulären nur durch Truppen erfolgen kann, die diese Art der Kleinkriegführung selbst beherrschen.<sup>59)</sup> In dieser Resymmetrierung, in der man sich der bis dato asymmetrischen Methoden des Gegners bedient und einer Strategie der Terrorisierung der Terroristen folgt, sehen einige Autoren die Gefahr, dass sich die regulären Streitkräfte in asymmetrischen Konflikten an die entsprechenden Kampfweisen ihrer Gegner anpassen und die Soldaten im Kampf gegen Partisanen und Terroristen selbst zu solchen werden.<sup>60)</sup> Zudem wird in der Literatur angeführt, dass Staaten, die sich auf einen asymmetrischen Krieg mit nichtstaatlichen Akteuren einlassen, dazu neigen, Strategien anzuwenden, die kontraproduktiv sind und zu nicht intendierten Konsequenzen für die beteiligten Akteure und die institutionellen Rahmenbedingungen der internationalen Politik führen.<sup>61)</sup> Die heutige Situation erfordert ein intelligentes Vorgehen gegen irreguläre Kräfte, das es ermöglicht, nachhaltig Wirkung zu erzielen. Die Strategie von Staaten gegen irreguläre Kräfte zielt zumeist auf eine möglichst kurze und entscheidende Auseinandersetzung ab, um „den Terror auszurotten“ oder „die Aufständischen zu vernichten“, und die substaatlichen Akteure setzen dieser Strategie zumeist eine psychische „Abnützungsstrategie“ entgegen, die jede „Entscheidungsschlacht“ zu vermeiden sucht und vielmehr auf räumlich und zeitlich ausgedehnte oder auch spektakuläre Aktionen setzt.<sup>62)</sup> Die Kriege der jüngeren Vergangenheit zeigen allerdings, dass sich das strategische Denken und die Strategieschöpfung - insbesondere für den kombinierten Einsatz von Einheiten der Special Operation Forces (SOF), unbemannten Drohnen<sup>63)</sup> und schwerer Bomber - weiterentwickeln<sup>64)</sup> und die Entwicklung auf zwei Schienen verläuft: der Hochtechnologie- und der asymmetrischen Schiene.<sup>65)</sup> Gleichzeitig entsteht eine neue Art der Kriegführung, die

sämtliche Mittel nutzt, die das Informationszeitalter bietet, und die in hohem Maß auf Präzisionswaffen, Spezialeinheiten und psychologische Kriegführung vertraut.

Alte und neue Mittel und Kräfte werden so in neuer Weise kombiniert und effektiv zum Einsatz gebracht. Gerade im Kampf gegen Gruppierungen des transnationalen Terrorismus sind asymmetrische Mittel zum Einsatz zu bringen. Die Irregulären sind mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, indem man ihre Taktiken annimmt, sie täuscht und überrascht, mobil und gerissen ist, über unkonventionelle Ideen, exzellente Geländekenntnisse sowie einen guten Draht zur Bevölkerung verfügt<sup>66)</sup> und die Fähigkeit zur ständigen Improvisation beherrscht. Von der Heydte hat aber bereits früh darauf hingewiesen, dass es von strategischer Bedeutung ist, die Methoden des Irregulären weder zu ignorieren noch zu imitieren; dass es vielmehr notwendig ist, neue Formen der Kampfführung zu entwickeln.<sup>67)</sup> Mithin kommt es darauf an, durch Resymmetrierung die Symmetrie wieder herzustellen. Gleichzeitig ist es wichtig, einer „Resymmetrisierung“ entgegenzutreten, um diese zu verhindern. Gerade auf besondere Einsatzverfahren wie den Jagdkampf wird in der Literatur über die Bekämpfung Irregulärer immer wieder hingewiesen. Ein weiterer konzeptioneller Ansatz, die irregulären Bedrohungen operativ in den Griff zu bekommen, geht von einer Dislozierung und Dezentralisierung von Spezial- und spezialisierten Kräften aus. Dieser Ansatz beinhaltet solche Erscheinungen wie verteilte Operationen (dispersed operations), Zusammenwirken zwischen diesen (networking) und größere Autonomie für kleinere Einheiten als bisher üblich. Ein wichtiger Teil dieses Ansatzes bezieht sich auf die Durchführbarkeit und den Nutzen der „swarm tactics“, bei dem kleine, selbstständig handelnde Einheiten eingesetzt werden und bei dem bewegliches Feuer schnell und für den Gegner unerwartet auf einzelne Ziele wirken kann.<sup>68)</sup> „Swarming“ kann beispielsweise dazu eingesetzt werden, einen Gegner an mehreren Stellen punktuell anzugreifen oder um eine „antikörperähnliche Verteidigung“ in einem Gebiet gegen Eindringlinge zu bilden.

### Zusammenfassung und Schluss

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Spezial- und spezialisierte Kräfte einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung irregulärer Kräfte in einer Counterinsurgency im umfassend verstandenen Sinne leisten können. Diese Kräfte können ein strategisches Mittel darstellen. Schlussendlich stellen diese Kräfte allerdings nur ein Mittel in einer breiten Palette staatlicher Instrumente dar und können nur zu bestimmten - eben speziellen - Zwecken wirksam eingesetzt werden. Oftmals können erst und auch nur militärische Mittel die Voraussetzungen zum Wirksamwerden anderer Instrumente schaffen. Allerdings darf kein Zweifel darüber bestehen, dass kinetische Operationen, also militärische Kampfhandlungen, zur Befriedung bzw. Sicherung eines Raumes durchaus Voraussetzung für alles andere sein können und gerade der Einsatz von Spezial- und spezialisierten Kräften ebenso das „scharfe Ende“ einer Operation darstellen kann. Der grundlegende Unterschied zur klassischen konventionellen Kriegführung liegt in der besonderen Kontextbeziehung dieses in seiner Zusammenfassung innovativen und modernen Gesamtansatzes. Folglich ist der ressort- und institutionenübergreifende Ansatz des „Comprehensive Approach“ als Weiterentwicklung des „Interagency-Interaction-Ansatzes“ ein Konzept, das, im Sinne einer Gesamtstrategie abgestimmt, staatliche und nichtstaatliche Mittel - auch multinational - zielführend zum Einsatz bringen kann. Ein isoliertes Vorgehen ist - wie die aktuell

verlaufenden Konflikte zeigen - häufig unzureichend und oftmals in den Auswirkungen und Reaktionen hinsichtlich des zu erreichenden politisch-strategischen Endzustandes auch kontraproduktiv. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Paul-Ludwig Weinacht: Krieg denken. Eine typologische Orientierung aus der jüngeren politischen Ideengeschichte. In: Revista Chilena de Historia del Derecho, Estudios en Honor de Bernardino Bravo Lira, Premio Nacional de Historia 2010, Numero 22, Tomos I y II, o.OA., S.687ff; S.697.
- 2) Vgl. hierzu ausführlich: Dirk Freudenberg: Theorie des Irregulären. Partisanen, Guerillas, Terroristen im modernen Kleinkrieg, Wiesbaden 2008.
- 3) Vgl. Gert Gawellek: Aktuelle Konzeption und geplante Weiterentwicklung der Spezial- und Spezialisierten Kräfte innerhalb der DSO. In: Der Deutsche Fallschirmjäger, Heft 2, 2006, S.13ff; 13.
- 4) Erich Vad: Asymmetrischer Krieg als Mittel der Politik. In: Thomas Jäger, Rasmus Beckmann (Hrsg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2011, S.586 ff; 586.
- 5) Carl von Clausewitz, Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals von Clausewitz, 16. Aufl., Bonn 1952, S.854.
- 6) Ebenda, S.82.
- 7) Ebenda, S.108.
- 8) Vgl. NN., Vorwort. In: Heeresamt, Vorläufiger Beitrag von Landstreitkräften zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung in Krisengebieten, Köln Juni 2010, vor S.1.
- 9) Peter Rudolf: Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung. Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin, SWP-Studie, S.2, Berlin, Januar 2011, S.5.
- 10) Clara-Erika Dietl, Egon Lorenz: Wörterbuch für Recht, Wirtschaft und Politik, Teil I, Englisch - Deutsch, München 2000, S.184.
- 11) Vgl. Christian Rohjahn: Militärische Antiterrorereinheiten als Antwort auf die Bedrohung des internationalen Terrorismus und Instrument nationaler Sicherheitspolitik - das Beispiel Amerika, München 2000, S.71.
- 12) Dietl, Lorenz: Wörterbuch, a.a.O., S.184.
- 13) Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 10, 19. Aufl. Mannheim 1989, S.547.
- 14) Wissen Verlag, Fremdwörterlexikon, Herrsching 1991, S.121; vgl. Duden, Fremdwörterbuch, 4. Aufl., Mannheim, Wien, Zürich 1982, S.349.
- 15) Brockhaus, Bd. 10, a.a.O., S.547.
- 16) Vergleiche u.a.: Heeresamt, Vorläufiger Beitrag von Landstreitkräften zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung in Krisengebieten, Köln Juni 2010.
- 17) Ebenda, S.1.
- 18) David Kilcullen: Counterinsurgency, New York 2010, S.188.
- 19) Andrew Rathmell: Building Counterterrorism Strategies and Institutions. In: David Aaron (Hrsg.), Three Years after. Next Steps in The War on Terror, Santa Monica 2005, S.47ff; 47.
- 20) Vgl. Department of the Army, U.S. Army Counterinsurgency Operations Handbook, Guilford, Connecticut 2004, S.1-5.
- 21) Ebenda.
- 22) Vgl. David Kilcullen: The Accidental Guerrilla. Fighting Small Wars in the Mist of a Big One, New York 2009, S.274.
- 23) Vgl. Sarah Sewall: Introduction to the University of Chicago Press Edition. In: United States Department of the Army (Hrsg.), The U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual: U.S. Army Field Manual No. 3-24: Marine Corps Warfighting Publication No. 3-33.5, Chicago 2007, S.xxiff; xxiii.
- 24) Peter Rudolf: Kriegsmüdigkeit und Strategiewandel in der amerikanischen Außenpolitik. In: SWP-Aktuell 43, September 2011, S.3.
- 25) Vgl. Die Bundesregierung, Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Mai 2004; vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006.
- 26) David S. Alberts: Information Age Transformation. Getting to a 21st Century Military, 2. Aufl., o. OA. 2003, S.40.
- 27) Tobias Debiel: Konfliktbearbeitung in Zeiten des Staatszerfalls. In: Ursula Blanke (Hrsg.), Krisen und Konflikte. Von der Prävention zur Friedenskonsolidierung, Berlin 2004, S.21ff; 24.
- 28) Rudolf Georg Adam: Fortentwicklung der deutschen Sicherheitsarchitektur - Ein nationaler Sicherheitsrat als strukturelle Lösung? Vortrag vor der Auftaktkonferenz der Veranstaltungsreihe „Gesamtstaatliche Sicherheit“, Berliner Forum Zukunft (BFZ) der DGAP und Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin 13. Januar 2006, in: [http://www.bits.de/public/articles/Rede\\_Adam\\_060113.pdf](http://www.bits.de/public/articles/Rede_Adam_060113.pdf), Internet vom 15. März 2006, S.2.

- 29) Manfred Engelhardt: Militärische Instrumente der Konfliktbearbeitung. In: Ursula Blanke (Hrsg.): Krisen und Konflikte. Von der Prävention zur Friedenskonsolidierung, Berlin 2004, S.91ff; 91.
- 30) Ralph Thiele: Jenseits der Trennung - Sicherheit vernetzt und integriert, in: Thomas Jäger, Rasmus Beckmann (Hrsg.), Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2011, S.594ff; 595.
- 31) Wolfgang Schneiderhan: Vortrag des Generalinspektors der Bundeswehr vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) am 18. November 2003 in Berlin, in: [http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04\\_Sj9SPykssy0xPLMnMz-0vM0Y\\_QjzK](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz-0vM0Y_QjzK), Internet vom 13.06.2006, S.1.
- 32) Heiko Borchert, Reinhardt Rummel: Von segmentierter zu vernetzter Sicherheit in der EU der 25. In: ÖMZ 2004, Heft 3, S.259ff; 264.
- 33) Axel Kuhlmann: Terroristische Netzwerke. Bekämpfung mit Netzwerken. In: Guido Korte (Hrsg.): Aspekte der nachrichtendienstlichen Sicherheitsarchitektur, Bühl/Rheinland 2005, S.109ff; 144.
- 34) John Arquilla, David Ronfeldt: The Advent of Netwar (Revisited). In: John Arquilla, David Ronfeldt (Hrsg.): Network and Netwars, Santa Monica 2001, S.1ff; 15.
- 35) Kuhlmann, a.a.O., S.144.
- 36) Peter Vorhofer: Civil-Military Cooperation. Zur Evolution einer neuen Aufgabe in der Krisenbewältigung. In: ÖMZ 2003, Heft 6, S.753, 753.
- 37) Rudolf Georg Adam: Fortentwicklung der deutschen Sicherheitsarchitektur - Ein nationaler Sicherheitsrat als strukturelle Lösung? Vortrag vor der Auftaktkonferenz der Veranstaltungsreihe „Gesamtstaatliche Sicherheit“, Berliner Forum Zukunft (BFZ) der DGAP und Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin 13. Januar 2006, in: [http://www.bits.de/public/articles/Rede\\_Adam\\_060113.pdf](http://www.bits.de/public/articles/Rede_Adam_060113.pdf), Internet vom 15. März 2006, S.2.
- 38) Bernhard Lauring: Network Centric Warfare. Die Supermacht Amerika hebt endgültig ab, in: ÖMZ 2003, Heft 6, S.760ff; 761.
- 39) Manfred Engelhardt: Militärische Instrumente der Konfliktbearbeitung. In: Ursula Blanke (Hrsg.), Krisen und Konflikte. Von der Prävention zur Friedenskonsolidierung, Berlin 2004, S.91ff; 92.
- 40) David S. Alberts: Information Age Transformation. Getting to a 21st Century Military, 2. Aufl., o. OA. 2003, S.40.
- 41) Axel Kuhlmann: Terroristische Netzwerke. Bekämpfung mit Netzwerken. In: Guido Korte (Hrsg.): Aspekte der nachrichtendienstlichen Sicherheitsarchitektur, Bühl/Rheinland 2005, S.109ff; 144.
- 42) Franz-Josef Schulz, Raoul Gruninger: Wirkungsorientierte Operationsführung. Neue Anforderungen an die sicherheitspolitische Wissensgrundlage. In: Heiko Borchert (Hrsg.): Verstehen, dass die Welt sich verändert hat. Neue Risiken, neue Anforderungen und die Transformation der Nachrichtendienste, Baden-Baden 2005, S.34ff; 34.
- 43) Ralph Thiele: Innovation an der Spitze des Fortschritts. Die deutsche Beteiligung an US Multinational Joint Transformation. In: Europäische Sicherheit 2003, Heft 11, S.25ff; 27.
- 44) Burkhard Theile: Transformation: Veränderte Streitkräfte und neue Rüstungstechnik. In: Heiko Borchert (Hrsg.): Vernetzte Sicherheit. Leitidee der Sicherheit im 21. Jahrhundert, Hamburg, Berlin, Bonn, S.20ff; 25.
- 45) Michael Traut, Klaus Engel: Vernetzte Operationsführung - mit besonderer Bedeutung für Luftstreitkräfte. In: Europäische Sicherheit 2004, Heft 3, S.48ff; 51.
- 46) Theile, a.a.O., S.26.
- 47) Hans Reimer: Netzwerkgestütztes Management von humanitärer und Katastrophenhilfe im Informationszeitalter. In: ÖMZ 2006, S.596ff; 596.
- 48) Thiele, a.a.O., S.25.
- 49) John Arquilla, David Ronfeldt: The Advent of Netwar, Santa Monica 1996, S.85.
- 50) Ralph Thiele: Vernetzte Sicherheit. Über die Konzeptionen gesamtstaatlichen Zusammenwirkens. In: ÖMZ 2008, S.299; 302f.
- 51) Albert A. Stahel: Klassiker der Strategie - eine Bewertung, 3. Aufl., Zürich 2003, S.19; 219.
- 52) Albert A. Stahel: Strategisch denken. Ziel - Mittel - Einsatz in Politik, Wirtschaft und Armee, Zürich 1997, S.59.
- 53) Jürg Studer: Luftoperationen in lästigen kleinen Konflikten. In: Military Power Revue der Schweizer Armee, Nr. 1, Mai 2006, S.28ff; 36.
- 54) Friedrich Ruge: Politik und Strategie, Strategisches Denken und politisches Handeln, Frankfurt am Main 1967, S.49.
- 55) Manfred Eberhard: Bedrohung durch Kampf gegen irreguläre Kräfte bei Einsätzen im Rahmen der Konfliktverhütung/Krisenbewältigung, 2. Zwischenbericht zur IABG-Studie, Ottobrunn 2004, S.32.
- 56) Ebenda.
- 57) Robert M. Cassidy: Counterinsurgency and the Global War on Terror. Military Culture and Irregular War, Westport, London 2006, S.23.
- 58) vgl. Andreas Stupka: Kriegsgeschichte und klassische kriegstheoretische Betrachtungen zur asymmetrischen Kriegführung. In: Josef Schröfl, Thomas Pankratz (Hrsg.): Asymmetrische Kriegführung - ein neues Phänomen der Internationalen Politik?, Baden-Baden 2004, S. 41 ff.; 56.
- 59) Paul Wimmer: Kleinkrieg - wesentliche Grundlagen. In: ÖMZ 1965, S.440ff; 442.

- 60) Gerhard Kümmel: Chamäleon Krieg: Die Differenzierung des Kriegsbildes und ihre Folgen für die Streitkräfte. In: Gerhard Kümmel, Sabine Collmer (Hrsg.): Asymmetrische Konflikte und Terrorismusbekämpfung. Prototypen zukünftiger Kriege?, Baden-Baden 2003, S.29ff; 40f.
- 61) Christopher Daase: Terrorismus und asymmetrische Kriegführung. In: IFDT 2004, Heft 4, S.18ff; 19.
- 62) Walter Feichtinger: Differenzierung von Asymmetrie im Kontext bewaffneter Konflikte. In: Josef Schröfl, Thomas Pankratz (Hrsg.): Asymmetrische Kriegführung - ein neues Phänomen der Internationalen Politik?, Baden-Baden 2004, S.117ff; 118.
- 63) John Arquilla, David F. Ronfeldt, Netwar Revisited: The Fight for the Future Continues. In: Robert J. Bunker (Hrsg.): Networks, Terrorism and Global Insurgency, London, New York 2005, S.8ff; 9.
- 64) Albert A. Stahel: Klassiker der Strategie - eine Bewertung, 3. Aufl., Zürich 2003, S.11.
- 65) Holger H. Mey: Moderne Kriegführung. Lehren aus dem Irakkrieg. In: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003, Hamburg, Berlin, Bonn 2003, S.71ff; 79.
- 66) Studer, a.a.O., S.37.
- 67) Friedrich A. Frhr. von der Heydte: Die Rolle des Kleinkrieges in der Strategischen Theorie des Westens und des Ostens, Vortrag bei der Clauswitzgesellschaft an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg 11. Oktober 1972, S.9.
- 68) Sean J.A. Edwards: Swarming on the Battlefield. Past, Present, and Future, Santa Monica, Washington D.C. 2000, S.xi.



**Dr. rer.pol.  
Dirk Freudenberg M.A.**

Geb. 1964; Oberstleutnant d. Res., Fallschirmjägertruppe; Beteiligung an mehreren Auslandseinsätzen der Bundeswehr; Studium der Politischen Wissenschaft, Öffentliches Recht, Didaktik der Sozialkunde/Politische Bildung in Würzburg; Promotion in den Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr München („Militärische Führungsphilosophien und Führungskonzeptionen ausgewählter NATO- und WEU-Staaten im Vergleich“; Veröffentlichung in 2005); 2000 Senior Consultant und Operationsmanager in einer Unternehmensberatung für Krisen- und Sicherheitsmanagement; 2002 Dozent an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Fachbereich für nationales und Internationales Krisenmanagement; seit 10/2003 Dozent im Fachbereich Sicherheitspolitik daneben bis 04/2006 Leiter des Akademiestabes AKNZ. Von 10/2006 bis 05/2007 kommissarische Leitung des Fachbereiches Sicherheitspolitik, Grundlagen, Koordination; seit 05/2007 Dozent im Lehrbereich Ressort und länderübergreifende Krisenmanagementübungen, Strategische Führungsausbildung, Notfallvorsorge/-planung. Von 11/2010 bis 02/2011 kommissarische Leitung des Lehrbereiches; seit WS 2006/2007 Lehrbeauftragter an der Universität Bonn im Rahmen des Studienganges „Katastrophenvorsorgemanagement“ (KAVOMA); seit WS 2010/11 Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Internationale Politik in Köln; 2010 Teilnahme am Seminar „Sicherheitspolitik, SP 10“ an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin.

# Defensiver Revanchismus

Eisenbahnen und Strategie in Frankreich 1871-1914

Klaus-Jürgen Bremm

Die doppelte Niederlage von 1870/71 und ihre politischen Folgen waren für die bisherige Großmacht Frankreich ein herber Schock, von dem es sich zwar materiell recht schnell erholte, nie aber in moralischer Hinsicht.<sup>1)</sup> Es gab vielfältige Ursachen für das beispiellose militärische Desaster der „Grande Nation“, in dem nicht nur die Armee des Kaiserreiches fast vollständig unterging, sondern schließlich auch ein großer Teil der neu formierten republikanischen Streitkräfte.<sup>2)</sup> Oft unfertig mussten die Korps der kaiserlichen Armee im August 1870 in die Grenzschlachten ziehen, während noch Tausende von Reservisten auf den Bahnhöfen im Hinterland auf ihren Weitertransport warteten. Mehr noch als die maßlose Selbstüberschätzung der politischen und militärischen Führung Frankreichs, die zu gravierenden organisatorischen Mängeln beim Aufmarsch führte, hatte sich schon bei den ersten Operationen die erdrückende numerische Überlegenheit des preußisch-deutschen Wehrpflichtheeres gegenüber der französischen Berufarmee als entscheidender Nachteil erwiesen.

In diesem Punkt konnte jedoch die neue Dritte Republik ihren Rückstand überraschend schnell aufholen. Mit mehreren Wehrgesetzen gelang es ihr, zwischen 1872 und 1875 nach preußischem Vorbild die Grundlagen für eine bereits im Frieden erheblich vergrößerte Armee von 450.000 Wehrpflichtigen zu schaffen, die zukünftig in 19 Armeekorps zu je zwei Infanteriedivisionen gegliedert war und mit ihren Reservisten im Kriegsfall auf beinahe die doppelte Stärke gebracht werden konnte.<sup>3)</sup>

Langwieriger gestaltete sich dagegen die Erneuerung des französischen Eisenbahnwesens, der zweiten strategischen Ressource des Landes. Der Verlust von Elsass-Lothringen hatte die neue Republik zugleich auch eines großen Teils ihrer strategisch nutzbaren Eisenbahnlinien beraubt. Allein die Compagnie de l'Est, eine der sechs großen französischen Eisenbahngesellschaften des Landes, verlor mit den an das Reich abgetretenen Gebieten fast ein Drittel ihres Streckennetzes. Zwar war für diesen Verlust im Frankfurter Friedensvertrag eine Entschädigung von 325 Mio. Francs vereinbart worden, doch die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft blieb selbst nach der Rückgabe eines Großteils der 169 im Krieg von den Deutschen erbeuteten Lokomotiven ernsthaft bedroht.<sup>4)</sup> Auch bei den übrigen Gesellschaften sah es nicht besser aus. Die Paris-Lyon-Marseille-Gesellschaft (PLM) hatte durch den Krieg finanzielle Verluste in Höhe von rund 3,5 Mio. Francs verkraften müssen, während die Paris-Orléans

Compagnie (PO) neben materiellen Schäden wie neun gesprengten Tunneln und Brücken immerhin noch anderthalb Mio. Francs an Einnahmeausfällen zu beklagen hatte.<sup>5)</sup> Hinzu kam, dass kriegsbedingte Zerstörungen und eine erhebliche Abnutzung des rollenden Materials in den ersten Monaten nach Kriegsende zu weiteren Beeinträchtigungen des Schienenverkehrs führten, die Frankreich schon 1872 in eine regelrechte Transportkrise stürzten<sup>6)</sup> und den Ruf nach einer grundlegenden Neustrukturierung des Eisenbahnwesens laut werden ließen. Wie aber sollte das Zusammenwirken von privaten Investoren und staatlichen Eingriffen in Zukunft organisiert werden? Obwohl die französischen Eisenbahnen erst auf eine Geschichte von gerade einmal vier Dekaden zurückblicken konnten, hatte sich bereits eine starke liberale Tradition im Lande verfestigt, die den scheinbaren Königsweg einer Verstaatlichung praktisch ausschloss. Auch als die ersten privaten Gesellschaften schon gegen Ende der 1830er-Jahre in akute wirtschaftliche Not gerieten, war das halbstaatliche Mischsystem, wie es schließlich im Eisenbahngesetz von 1842 festgelegt wurde, das Äußerste, was eine stets kritische Öffentlichkeit der Regierung an Einflussnahme zubilligen mochte. Damals hatte das Ministerium für Öffentliche Arbeiten die Verpflichtung übernommen, die Trassen und die so genannten Kunstbauten wie Tunneln und Brücken zu errichten. Private Gesellschaften konnten sie anschließend auf 99 Jahre pachten, um darauf den gesamten Eisenbahnverkehr auf eigene Rechnung zu betreiben. Doch das ambitionierte Programm eines Systems von insgesamt neun großen strategischen Bahnen, die nach dem Willen des französischen Chefingenieurs Alexis Legrand die Hauptstadt Paris mit den wichtigsten Regionen des Landes verbinden sollten, scheiterte vorerst an den Hürden eines halbparlamentarischen Systems, in dem jede Kommune und jeder Abgeordnete ein Mitspracherecht über den genauen Verlauf der Strecken beanspruchte.<sup>7)</sup>

Erst während des Zweiten Kaiserreiches kam der französische Eisenbahnbau entscheidend voran und gewann endlich Anschluss an die Entwicklung in Deutschland. Es bildeten sich zuletzt sechs große Eisenbahngesellschaften mit regionalen Monopolen, die allerdings in heftiger Konkurrenz zueinander standen und daher auch oft mit unterschiedlichen Standards im Signalwesen, in den Dienstvorschriften und der sonstigen Betriebsausstattung arbeiteten. Zwar entsprachen Frankreichs überwiegend zweigleisiges Streckennetz und der Gesamtbestand an rollendem Material den hohen militärischen Anforderungen auf den ersten Blick weit mehr als die eher dürftig ausgestatteten deutschen Bahnen, doch mangelnde Koordination zwischen den Gesellschaften und den Militärbehörden mit ihren häufig spontanen und realitätsfernen Anforderungen hatte diesen materiellen Vorteil im Krieg von 1870 praktisch wieder zunichte gemacht. Die chaotischen Verhältnisse des Sommers 1870 durften sich daher nicht wiederholen, zumal in einem zukünftigen Krieg mit

mindestens der dreifachen Truppenmasse auf den Bahnen zu rechnen war. Nicht nur mit Blick auf eine zukünftige militärische Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich war die Regierung der Dritten Republik bestrebt, ein nationales Eisenbahnsystem mit möglichst einheitlichen Standards zu schaffen. Es wäre dies auch ein stabilisierender Faktor für den noch ungefestigten republikanischen Staat gewesen.

Allerdings dachte die Regierung des ehemaligen Marschalls MacMahon, die schon im Mai 1873 dem republikanischen Kabinett des politischen Veteranen Adolphe Thiers gefolgt war, keineswegs an eine vollständige Verstaatlichung der Gesellschaften. Dazu fehlte ihr nicht nur das Kapital, sondern man fürchtete auch den entschiedenen Widerstand der Liberalen und des Großkapitals. Das Resultat der langjährigen parlamentarischen Auseinandersetzungen war daher nur ein erneuter Kompromiss zwischen den Zentralisierungswünschen der Bürokratie und den Selbstständigkeitsbestrebungen der Wirtschaft. Die Regierung versprach jetzt den großen Eisenbahngesellschaften, die aufkommende Konkurrenz durch kleinere Bahnen zu begrenzen. Dadurch erkaufte sie sich größere Einflussmöglichkeiten beim zukünftigen Eisenbahnbau. Als sich seit 1876 die wirtschaftliche Lage Frankreichs zusehends verbesserte und an der Börse Industriewerte und v.a. Eisenbahnaktien haussierten, wuchsen auch die Chancen für die erfolgreiche Platzierung neuer Staatsanleihen. So wurde im Jahr darauf unter der Federführung des Ministers für Öffentliche Arbeiten, Charles de Freycinet, einem Mitglied des einflussreichen Korps für Brücken und Chausseen, das bis dahin ambitionierteste Investitionsprogramm in der Geschichte Frankreichs beschlossen. Insgesamt 3,2 Mrd. Francs waren für den Ausbau von 16.000 zusätzlichen Streckenkilometern innerhalb von zehn Jahren vorgesehen. Mit weiteren 1,3 Mrd. Francs sollten verschiedene kleinere Gesellschaften aufgekauft und unter staatliche Regie gestellt werden. Im Januar 1878 berief schließlich Freycinet, der im Krieg als enger Mitarbeiter Léon Gambettas einer der Initiatoren der nationalen Verteidigung gewesen war und später der erste zivile Verteidigungsminister Frankreichs wurde, einen Obersten Rat (Conseil supérieur) für Schienenwege und Kommunikationen. Eigentümlicherweise gehörten diesem neuen Gremium, das paritätisch mit Vertretern von Regierung, Wirtschaft und Eisenbahngesellschaften besetzt war, keine Militärs an.<sup>8)</sup> Dennoch spielten auch strategische Interessen bei diesem nationalen Programm eine erhebliche Rolle. Ein Memoire des Generals Henri d'Andigné vom 2. April 1878, das als Verhandlungsgrundlage mit den sechs großen Eisenbahngesellschaften dienen sollte, enthielt eine Liste militärisch wichtiger Strecken, mit denen v.a. die immer noch bestehenden Lücken zwischen den einzelnen Gesellschaften geschlossen werden sollten, und der neue Kriegsminister Jean Joseph Farre stellte sogar die damals noch utopische Forderung auf, dass auf den Haupttransportlinien eine Frequenz von täglich 48 Zügen erreicht werden müsse.<sup>9)</sup> Immerhin besaß das Kriegsministerium schon seit 1872 ein Mitspracherecht bei der Anlage neuer Strecken in der östlichen Verteidigungsregion, allerdings blieb deren Ausdehnung lange strittig. Vehement stemmte sich Freycinets Ministerium gegen Bestrebungen der

Militärs, diese Zone unter Einbeziehung von Paris bis zur Loire auszudehnen. Allerdings hatten die Militärs gute Gründe für ihre weitgehenden Ansprüche. Aus militärischer Sicht litt das französische Eisenbahnsystem grundsätzlich daran, dass fast alle großen Linien in der Hauptstadt konvergierten. Dagegen fehlten parallele Bahnen, die den Süden des Landes mit seinen nordöstlichen Grenzregionen verbanden und den strategischen Bedürfnissen erheblich besser gedient hätten. So würden im Kriegsfall nach Berechnungen des Generalstabs täglich etwa 90 Züge mit den Truppen von insgesamt fünf Armeekorps aus verschiedenen Richtungen in Paris eintreffen, von wo aus sie auf die Linien der Compagnie de l'Est weiter zur Grenze geleitet werden mussten. Der Beschluss zum Bau einer Ringbahn um die Hauptstadt im Mai 1875 wurde deshalb von militärischer Seite ausdrücklich begrüßt. Doch die Schwierigkeiten lagen wieder einmal im Detail. Jahrelange Debatten über den genauen Verlauf der dringend benötigten Bahn verzögerten deren Fertigstellung maßgeblich. Das Kriegsministerium war daran durchaus nicht unschuldig, da es auf der Ansicht beharrte, die neue Strecke müsse möglichst durch offenes Gelände nahe an den Forts vorbeiführen. Dagegen bestanden die Vertreter der Wirtschaft darauf, auch die bevölkerungsreichen Vororte in die Strecke einzubeziehen.<sup>10)</sup> Nicht vor Beginn der 1880er-Jahre konnten daher überhaupt erste Abschnitte in Betrieb genommen und damit auch für die Aufmarschplanung berücksichtigt werden.<sup>11)</sup>

Durch die klare Niederlage gegen Deutschland war nicht nur eine grundlegende Reform der Armee notwendig geworden, auch die gesamte Verteidigung des Landes musste nach dem Verlust von Elsass-Lothringen einschließlich der Festungen Metz und Straßburg völlig neu organisiert werden. Ein Gesetz vom 24. Juli 1873 unterteilte das Staatsgebiet militärisch in 18 Militärbezirke, von denen jeder ein ganzes Armeekorps zu stellen hatte. Ein 19. Armeekorps, die so genannte Armée d'Afrique, kam aus den drei nordafrikanischen Departements. Eine Denkschrift der Obersten Verteidigungskommission (Commission supérieure de la défense) vom Juli 1873 entwickelte erstmals die Grundzüge einer Verteidigung des Landes in seinen reduzierten Grenzen, die sich besonders auf ein System neuer Festungen zwischen Mézières an der Maas und Belfort stützen sollte. Für die Armee sah das Gutachten insgesamt elf Aufmarschräume vor, die jeweils durch ebenso viele Eisenbahnlinien erreicht werden konnten. Zur Verbesserung des Eisenbahnnetzes unterbreitete die Kommission Vorschläge, die v.a. auf zwei direkte Linien jeweils von Orléans und Nevers im Loiretal zu den Aufmarschgebieten an der Maas hinausliefen und durch den Neubau vergleichsweise kurzer Abschnitte rasch verwirklicht werden konnten. Auch fehlten nach Ansicht des Gutachtens zur eventuellen Verschiebung von Truppen noch wichtige Querverbindungen auf dem linken Ufer der Maas, ebenso eine zweigleisige Strecke von Chalons-sur-Marne in das exponierte Verdun.<sup>12)</sup>

Auf der Grundlage dieser noch recht vagen Untersuchungen beschloss der Oberste Nationale Verteidigungsrat (Conseil supérieur de la défense) 1875 den ersten von insgesamt 17 französischen Kriegsplänen, die bis 1914 noch in Kraft gesetzt wurden.<sup>13)</sup> Vier Armeen mit zusammen 16 Armeekorps sollten auf einer konkaven Linie von Reims über Bar-sur-Aube nach Épinal aufmarschieren, eine fünfte Armee mit dem später aus Nordafrika eintreffenden 19. Korps versammelte sich als Reserve dahinter im Raum von Châtillon-sur-Seine. Zwei weitere Korps dieser Armee verblieben jedoch vorläufig noch im Alpenraum zum Schutz der Grenze gegen Italien. Solange das geplante Festungssystem erst im Entstehen begriffen war, mussten große Teile im Osten des Landes vorerst

noch unverteidigt bleiben, um einem deutschen Überraschungsangriff auszuweichen.<sup>14)</sup> Alle diese ersten Pläne kamen jedoch vorerst nicht über den Status von Studien und Ideensammlungen hinaus. Nur wenig war konkret ausgeführt und zu Ende gedacht worden. Da die zur Grenze führenden Eisenbahnen vorläufig kaum den militärischen Ansprüchen genügten und sich zudem oft noch zwei oder mehr Strecken zu einer einzigen vereinigten, hatte man für den Weitertransport über die großen Stationen von Reims und Langres hinaus anfangs keine genauen Transportpläne vorgenommen. Über die endgültige Operationsbereitschaft der Armee ließen sich daher auch keine konkreten Angaben machen. So setzte der Generalstab zur Erreichung der endgültigen Konzentrierungsräume im Fußmarsch noch einmal zwei Tage an und kalkulierte mit vier weiteren, ehe alle Armeen im Schulterschluss endgültig operationsbereit sein würden.<sup>15)</sup> Besondere Euphorie lösten diese ersten Pläne daher nicht aus, zumal dabei bedeutende Teile des Landes kampfflos dem Gegner überlassen werden sollten.

Drei Jahre später entschloss sich daher der Oberste Verteidigungsrat auf der Grundlage von inzwischen erzielten Verbesserungen der Eisenbahnbetriebsmittel und der Transportorganisation, die Versammlung der französischen Truppen jetzt näher zur Grenze vorzunehmen. Der seit 1878 gültige Plan III, in vieler Hinsicht immer noch nicht mehr als eine grobe Richtlinie, sah den Einsatz von sechs Armeen gegen Deutschland vor, von denen vier mit insgesamt 16 Korps zur ersten Linie gehörten. Davon waren das 6. und 7. Korps schon grenznah disloziert. Von den 14 verbliebenen Korps verfügten allerdings nur vier über eine eigene Eisenbahntransportstrecke, die übrigen zehn Korps mussten sich jeweils eine Linie teilen.

Entgegen den alarmierenden Behauptungen des stets aufmerksamen Großen Generalstabs in Berlin waren die verfügbaren Strecken jedoch, da sie von den zivilen Hauptverkehrslinien Frankreichs abwichen, nur abschnittsweise zweigleisig und gestatteten daher noch nicht mehr als den Abgang von höchstens 18 Militärzügen am Tag.<sup>16)</sup> Oft wiesen sie auch Überschneidungen im grenznahen Bereich auf, so etwa zwischen Vitry-le-François und Revigny oder zwischen Bricon und Bologne, wo sogar die Transporte von vier Korps zusammenliefen. Nach dem seit 1874 gültigen Reglement für die militärische Nutzung der Eisenbahnen ergab sich pro Korps ein Bedarf von 105 Zügen, sodass dessen Transport bis zu den Ausladezonen fast sieben Tage in Anspruch nehmen musste. Immerhin war so bei einem Mobilisierungsvorlauf von fünf Tagen die Operationsbereitschaft von zehn Korps bereits am Abend des zwölften Mobilisierungstages hergestellt. Die übrigen sechs Korps der ersten Linie konnten allerdings erst am 20. Tag vollständig versammelt sein, während der Anmarsch der Reservearmee mit dem 14., 15. und 19. Korps (Armée d'Afrique) noch weitere zwei Tage in Anspruch nahm.<sup>17)</sup>

Erstmals befasste sich der Oberste Nationale Verteidigungsrat auf seiner Sitzung vom 27. Mai 1878 auch mit der Möglichkeit einer Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität durch Deutschland, was im Plan IV zu einer nördlichen Verschiebung der IV. Armee in den Raum zwischen St. Quentin, Hirson und Laon führte.<sup>18)</sup>

Diese Variante mit einer von den übrigen Kräften gefährlich isolierten Armee hatte allerdings nur kurzfristig Bestand und wurde erst wieder im Plan XVII vom März 1914 berücksichtigt.

Maßgebend für die gesamten Planungen der Eisenbahntransporte war seit Mitte der 1870er-Jahre das so genannte Vierte Büro des Generalstabs, eine kaum 20 Köpfe zählende Abteilung aus jungen, ehrgeizigen Stabsoffizieren, die sich angesichts der gravierenden Unterschiede in den Betriebsabläufen und dem verfügbaren Material der verschiedenen Gesellschaften einem schier unglaublichen Arbeitspensum gegenübersehen.

Zunächst erschien daher den militärischen Planern das preußische Modell einer einheitlichen Lenkung aller Militärtransporte durch eine Zentralkommission als das große Vorbild. Tatsächlich aber war dieses System des östlichen Rivalen, das im vorangegangenen Krieg immerhin fast 50 eigenständige deutsche Eisenbahngesellschaften unter ein Dach gebracht hatte, nur eine Verlegenheitslösung und auf die französischen Verhältnisse gar nicht übertragbar. Anstelle der Linienkommissionen auf deutscher Seite, die unabhängig von den Grenzen zwischen den beteiligten Gesellschaften die Verantwortung für die gesamte Transportstrecke von oft mehreren Hundert Kilometern Länge trugen, bildete man auf französischer Seite zwar auch gemischte zivil-militärische Kommissionen, die aber jeweils für ein ganzes Streckennetz einer der großen Gesellschaften zuständig waren. Zusätzlich wurden für die verschiedenen großen Ausladebahnhöfe noch besondere Etappenkommissionen eingerichtet. Nach einem Plan des Vierten Büros aus dem Jahr 1882 sollte sich der Aufmarsch der gesamten Armee im Wesentlichen in drei großen Korridoren abwickeln. Die betroffenen Gesellschaften waren verpflichtet, dazu bereits am Abend des ersten Mobilisierungstages ihre gesamten Einrichtungen vollkommen auf den Militärbetrieb umzustellen.<sup>19)</sup> Auf den Strecken des nördlichen Korridors, die sämtlich zur Compagnie de Nord gehörten, gelangten die Truppen der ersten drei Korps aus Lille, Amiens und Rouen über Laon und Soisson nach Reims, von wo aus sie anschließend durch den Betriebsbereich der Ostbahn in den Raum St. Menhould weitergeleitet werden sollten. In gleicher Weise vollzog sich auf dem Netz der Paris-Orléans-Gesellschaft der Aufmarsch der Armeekorps aus dem zentralen Bereich mit den Ausgangspunkten in Rennes, Le Mans, Bordeaux und Limoges, die entlang der Loire in Orléans konvergierten, während sämtliche Truppentransporte aus dem Rhone-Alpen-Gebiet auf den Strecken der Paris-Lyon-Marseille-Gesellschaft in Dijon zusammenlaufen sollten.<sup>20)</sup>

Obwohl die ehrgeizigen Pläne Freycinets zum Ausbau der französischen Bahnen durch den Ausbruch der Wirtschaftskrise von 1882 vorerst zum Erliegen gekommen waren, schienen die bereits jetzt erreichten Verbesserungen der Transportbedingungen, insbesondere auch die Fertigstellung der Pariser Ringbahn, erstmals einen offensiven Aufmarsch der Armee zu ermöglichen.<sup>21)</sup>

Per Dekret war im Juli 1884 eine neue Generaldirektion für die Eisenbahnen und die Etappen eingerichtet worden, der außer besonderen Verbindungselementen zu den einzelnen Armeen auch sechs Feldeisenbahnkommissionen unterstanden, die den Transportverkehr im direkten Armeebereich organisieren sollten und dabei durch je eine technische Abteilung mit Baumaterialien und Telegraphiediensten unterstützt wurden. Gemäß ihrer Ausstattung sollten sie in der Lage sein, den Eisenbahnbetrieb auf einer Länge von bis zu 500 km zu leiten und günstigstenfalls auch außerhalb des nationalen Netzes zu operieren.<sup>22)</sup>

Trotz der sich immer deutlicher abzeichnenden Bedrohung der belgischen Neutralität durch deutsche Eisenbahnprojekte im Hohen

Venn entschloss sich das Vierte Büro im März 1884 für den neuen Plan VII, die nördliche Grenzbahn von Lille über Mézières erstmals als neue Aufmarschstrecke für das 1. Korps in seine Planungen einzubeziehen. Von den übrigen Korps erhielten jetzt jeweils zwei eine gemeinsame Haupttransportlinie zugewiesen, die vollkommen unabhängig von den übrigen Strecken sein sollte und eine tägliche Frequenz von etwa 40 Zügen erlaubte. Da 10% dieser Kapazität als Transportreserve eingeplant werden mussten, verblieben für jedes Korps täglich noch 18 Züge. Der Aufmarsch der vier Armeen der ersten Linie konnte somit bereits am Abend des elften Mobilisierungstages abgeschlossen sein, während die drei Armeen der zweiten Linie mit den insgesamt zwölf neuen Reservedivisionen weitere sechs bis acht Tage in Anspruch nahmen.<sup>23)</sup> Der Gesamtaufmarsch war nach diesen Planungen bis zum 21. Mobilisierungstag abzuschließen.<sup>24)</sup>

Erst drei Jahre später entschloss sich die französische Heeresleitung, einen neuen Kriegsplan zu entwickeln, den erstmals seit 1870 eine klare offensive Ausrichtung prägte. Außer der schon im Vorgängerentwurf berücksichtigten nördlichen Aufmarschlinie für das 1. Korps verfügte nach dem neuen Plan VIII jetzt auch das 10. Korps über eine eigene neue Transportlinie zwischen Paris und Soissons. Insgesamt glaubte das Vierte Büro von einer Erhöhung der täglichen Zugfrequenz gegenüber dem früheren Entwurf um 10% ausgehen zu können, sodass die elf Korps der ersten Linie jetzt bereits am Morgen des elften Mobilisierungstages operationsbereit sein konnten. Immerhin ein Zeitgewinn von acht Stunden, der auch dadurch zustande kam, dass es gelang, die Distanzen zwischen den Auslade- und Konzentrierungszonen auf maximal 20 km zu verkürzen. Die fünf übrigen Korps der ersten Linie sollten jetzt schon bis zum 15. Mobilisierungstag verfügbar sein, der Aufmarsch der gesamten Armee einschließlich der Reservedivisionen nochmals fünf Tage später abgeschlossen sein.<sup>25)</sup>

Die allgemeine Stoßrichtung des Angriffes zielte auf den Raum Remilly - Saarebourg, wie auch in den Anfangsoffensiven von 1914. Dabei sollten die erst später operationsbereiten Verbände zum Schutz der Flanken nachgeschoben werden.

Zu einem Zeitpunkt, da sich die Spannungen des Reiches mit Russland wegen der Bulgarienkrise zuzuspitzen drohten, waren dies für die deutsche Heeresleitung alarmierende Nachrichten, deren wesentliche Details ihr durch einen hohen Beamten der Compagnie de l'Est zugespielt worden waren.<sup>26)</sup> Doch nicht nur die verbesserten Rahmenbedingungen, wie etwa der vorläufige Abschluss des französischen Festungssystems, hatten diesen radikalen strategischen Kurswechsel herbeigeführt. Mit Beginn der Amtszeit des neuen Kriegsministers Georges Boulanger im Januar 1886 schien ein neuer und aggressiver Geist die Armee zu beleben, der selbst dem alten Moltke die Hoffnung auf letzte ruhige Jahre auf Gut Kreisau zu verderben drohte. Nur die Offensive war nach der Überzeugung des bald als „General Revanche“ zu großer Popularität gelangten Offiziers die für Frankreich angemessene Kriegsform, die allein zur Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen führen konnte. Boulangers lärmender Patriotismus, v.a. aber seine riskanten Mobilisierungspläne für die beiden

grenznahen Armeekorps führten jedoch im Frühjahr 1887 zu schweren internationalen Spannungen und schließlich zu seinem Ausscheiden aus dem Kabinett. Während das operettenhafte Zwischenspiel des ehrgeizigen Generals in der großen Politik mit seiner Verurteilung als Hochverräter und schließlich sogar mit seinem Suizid am Brüsseler Grab der Geliebten höchst tragisch endete, gelangte die französische Militärpolitik in ein ruhigeres, aber gleichwohl ertragreicheres Fahrwasser. Es war wieder einmal Charles de Freycinet, der Absolvent der renommierten École Polytechnique, der Frankreichs Militärapparat grundlegend reformierte. Als erster ziviler Kriegsminister Frankreichs war er mit seiner fast fünfjährigen Amtszeit eine bemerkenswerte Ausnahme in der langen Reihe meist kurzlebiger Auftritte seiner Kollegen aus dem militärischen Metier. Immerhin verbrauchte die Dritte Republik von Juni 1871 bis zum Kriegsausbruch im August 1914 insgesamt 31 Kriegsminister, von denen elf sogar zweimal das Amt innehatten. Obwohl er selbst nie Soldat gewesen war, stärkte Freycinet die militärische Seite der Armeeführung gegenüber den Ansprüchen des Parlaments beträchtlich. Der 1874 eingerichtete Generalstab, bislang nur ein Anhängsel des Kriegsministeriums und in keiner Weise mit seinem preußisch-deutschen Gegenstück vergleichbar, wurde zu einem effektiven militärischen Führungsinstrument erhoben. An seine Spitze trat im Mai 1890 der in der ganzen Armee als bedeutender Stratege respektierte General Marie François Miribel,<sup>27)</sup> der künftig für alle Operationsplanungen sowie für die Entwicklung der Einsatzdoktrin zuständig sein sollte und im Kriegsfall schließlich unter den Befehl des Oberbefehlshabers der östlichen Armeen trat. Damit war erstmals in der französischen Armee eine klare Befehlsstruktur geschaffen, wodurch allerdings das dem Parlament verantwortlich bleibende Kriegsministerium nach preußischem Vorbild zu einer reinen Verwaltungseinheit reduziert wurde. Daher bemühte sich Freycinet auch, den seit zehn Jahren vernachlässigten Obersten Kriegsrat wieder als höchstes militärisches Beratungsgremium zu beleben. Ihm sollten die zwölf dienstältesten Generale der Armee angehören, um zukünftig unter seinem Vorsitz über alle Fragen der Ausbildung, Bewaffnung und Organisation zu beraten.<sup>28)</sup>

Das neue Gremium kehrte rasch zu der defensiven und abwartenden Ausrichtung der früheren Kriegsplanungen zurück. Inzwischen hatte sich auch herausgestellt, dass Boulangers ambitionierte Angriffspläne auf allzu optimistischen Annahmen hinsichtlich der Transportmöglichkeiten beruht hatten. So war der frühzeitige Abschluss des Eisenbahnaufmarsches der beiden zentralen Armeen beiderseits Toul durchaus nicht gesichert, da hierzu nach wie vor der Schlussabschnitt der Strecke Revigny-Lerouville mit drei Armeekorps belegt werden musste, was nach Berechnungen des bestens informierten deutschen Generalstabs eine unrealistische Tagesleistung von fast 60 Zügen erfordert hätte.<sup>29)</sup>

Der am 15. April 1888 vom Obersten Kriegsrat verabschiedete Plan IX sah zwar wieder den Einsatz von vier Armeen in der ersten Linie vor, rechnete aber auch mit einem frühzeitigen und plötzlichen Angriff des Gegners in Lothringen und verlegte deshalb die Ausladezonen wieder weiter zurück auf eine Linie zwischen Langres und Valmy.<sup>30)</sup>

Eine entscheidende Weichenstellung in der Eisenbahnpolitik Frankreichs war das Gesetz vom 28. Dezember 1888. Es bestimmte, dass alle Eisenbahnnetze im Kriegsfall sofort der Autorität des Kriegsministeriums unterstellt werden sollten. Somit konnten der Kriegsminister und der ihm sodann als technischer Berater unterstellte Handelsminister mit Beginn der Mobilisierung über das Netzwerk des gesamten Landes verfügen. Davon zählten wiederum sämtliche Strecken im Operationsgebiet der Armeen, also mehrheitlich das Netz der

Compagnie de l'Est, wiederum zum Verantwortungsbereich des noch zu ernennenden militärischen Oberbefehlshabers.

Freycinet realisierte nun auch den lange gehegten Plan einer Obersten Militärischen Eisenbahnkommission im Kriegsministerium, den bereits der 1868 verstorbene Marschall Adolphe Niel hatte einführen wollen. Ein zusätzliches Dekret vom 5. Februar 1889 sah vor, dass unter der Leitung des Chefs des Generalstabs und sämtlicher Direktoren der großen Eisenbahngesellschaften des Landes bereits in Friedenszeiten konsequente Anstrengungen zur Vereinheitlichung des nationalen Netzes und aller Betriebsabläufe unternommen wurden. Wie mit einem Zauberstab sollte nach den Worten des Oberst Joseph Le Hénaff, des späteren militärischen Kommissars für das östliche Eisenbahnnetz, bei Eintritt der Mobilisierung das babylonische Wirrwarr unterschiedlicher Kompetenzen und Betriebsvorschriften in ein geordnetes und ineinander greifendes Gefüge verwandelt werden, in dem überall dieselbe Sprache gesprochen wurde und dieselben Vorstellungen vorherrschten. Jede Eisenbahngesellschaft hatte jetzt auf Dauer einen Beauftragten zum Kriegsministerium abzustellen, der später zusammen mit einem Offizier des Generalstabs eine verantwortliche militärische Kommission für das betroffene Streckennetz bildete. Zwar hatte sich mit Freycinets Reformen, die nach den Worten von Generalstabschef Miribel eine vollständige Revision der Verteidigung Frankreichs bewirkt hatten, der staatliche Zugriff auf die Eisenbahngesellschaften deutlich verfestigt, doch das Fundament des militärischen Transportwesens bildeten in Frankreich nach wie vor die auf ihre prinzipielle Eigenständigkeit pochenden privaten Gesellschaften. Daran sollte sich bis zum Kriegsausbruch im August 1914 nichts mehr ändern, zumal es den großen Gesellschaften wie der Compagnie de l'Est sogar gelang, dank einer günstigen Geschäftsentwicklung bis 1910 einen bedeutenden Teil ihrer Staatskredite zu tilgen und damit ihre Unabhängigkeit gegenüber den staatlichen Behörden zu festigen.<sup>31)</sup>

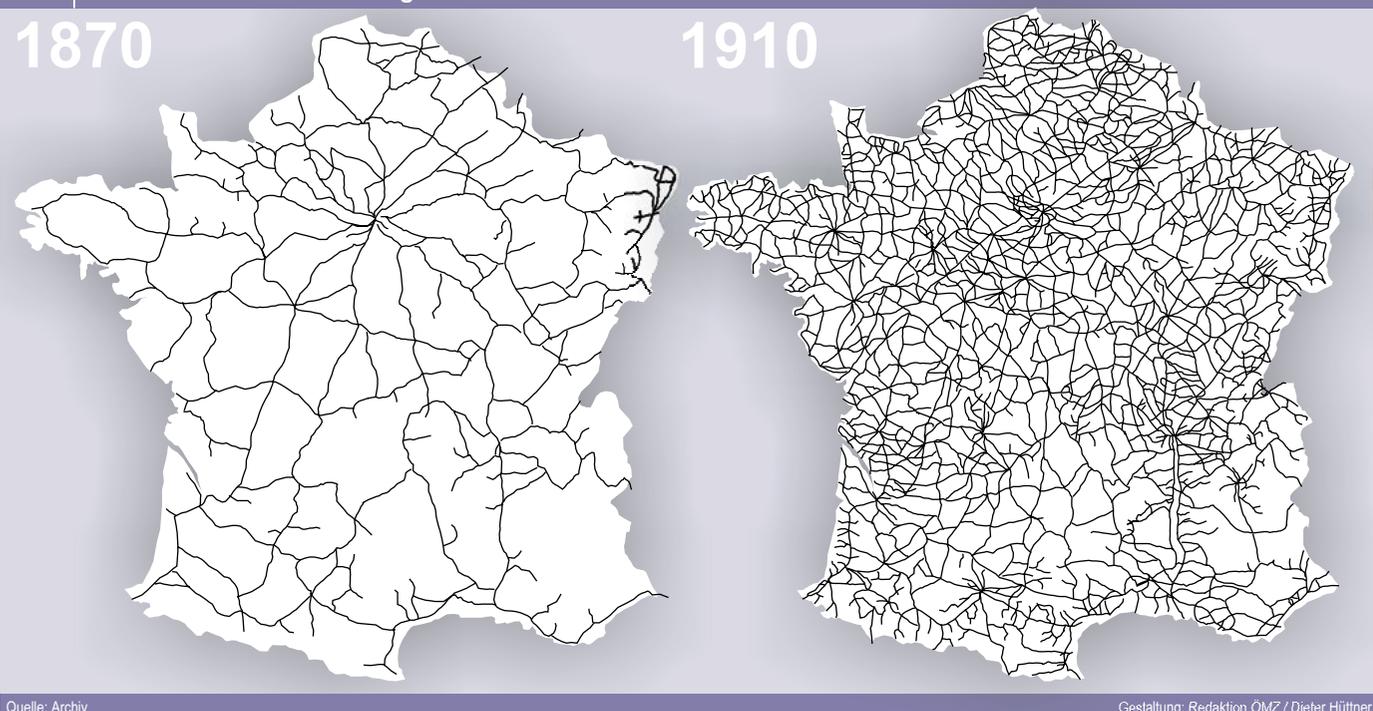
Auf Freycinets Anregung wurde auch das neue System der frontnahen Regulierungsbahnhöfe eingeführt, die als Endpunkte der zehn großen Transportlinien dienen sollten. Sie bildeten im Kriegsfall auch die Grenze des Verantwortungsbereiches der Obersten Militärischen Eisenbahnkommission, waren allerdings nicht von vornherein auf eine bestimmte Station fixiert. Jenseits der Regulierungsbahnhöfe, die flexibel nach der aktuellen Einschätzung der Feindlage festgelegt werden sollten, begann bereits die militärische Operationszone. Während bis zu dieser Schnittstelle sämtliche Transporte der ankommenden Armeekorps auf gleicher Strecke in einheitlicher Geschwindigkeit und Zugstärke unter der Regie der Obersten Eisenbahnkommission abgewickelt wurden, sollte im Anschluss daran der Oberbefehlshaber der Armee berechtigt sein, die eintreffenden Verbände je nach Bedarf auf verschiedenen Strecken weiter zu ihren endgültigen Ausladezonen befördern zu lassen.<sup>32)</sup> Unterstützt wurde er dabei von einem Generalstabsoffizier, der als Kommissar für das gesamte östliche Netz zuständig war. Dieses Verfahren brachte ein erhebliches Maß an taktischer Flexibilität in die Durchführung der Konzentrationstransporte und war im Grundsatz auch noch beim Aufmarsch von 1914 gültig.

Für darüber hinaus unerwartet notwendig werdende Truppenverschiebungen standen dem Oberbefehlshaber seit dem Inkrafttreten des Planes XVI im März 1909 zusätzlich ab dem 13. Mobilisierungstag 120 Reservezüge zur Verfügung.<sup>33)</sup> Zum Operationsbereich des Oberbefehlshabers gehörten jetzt auch zwei parallele transversale Bahnen zur schnellen Truppenverschiebung von Süd nach Nord. Davon erreichte die erste Linie zwischen Laon und Dole eine Tageskapazität von 56 Zügen, die zweite dahinter liegende gestattete immerhin noch den Durchgang von 30 Transporten.<sup>34)</sup>

Die militärische Nutzung des französischen Eisenbahnnetzes im Kriegsfall hatte sich nach den Vorstellungen der Obersten Militärischen Eisenbahnkommission in vier Schritten zu vollziehen. Zeitgleich zur ersten Phase der landesweiten Mobilisierungstransporte, die nicht mehr als vier Tage in Anspruch nehmen sollten, hatte bereits der Aufmarsch der Deckungstruppen zur Grenze zu beginnen. Dazu zählten nicht nur alle grenznah stationierten Korps, sondern auch eine Anzahl schnell zu mobilisierender Verbände aus dem Landesinneren. Mit Beginn des 5. Mobilisierungstages setzten als dritte Phase die eigentlichen Konzentrationstransporte aller Armeekorps und Reservedivisionen ein, denen schließlich am 17. oder 18. Mobilisierungstag die Verpflegungstransporte folgten.

An den Aufmarschkonzepten änderte sich in den folgenden beiden Dekaden im Prinzip nur noch wenig. Sukzessive wurde die tägliche Zugfrequenz auf den jetzt feststehenden zehn strategischen Linien von 42 auf 56 Transporte erhöht. Inzwischen hatte sich ein festes Grundgerüst von operativen Basisannahmen etabliert, sodass von 1898 bis Kriegsbeginn nur noch sechs neue Aufmarschpläne entwickelt wurden, während es in den beiden Dekaden zuvor mit allen Untervarianten insgesamt noch 14 verschiedene Konzepte gegeben hatte.<sup>35)</sup>

Eines der Hauptprobleme der militärischen Planer war seit Beginn der 1890er-Jahre die aufgrund des forcierten Eisenbahnbaus im westlichen Reichsgebiet wachsende Gewissheit, dass ein deutscher Angriff durch Luxemburg und sogar durch einen Teil Belgiens führen würde. Eine echte Lösung dieses operativen Problems gelang dem französischen Generalstab jedoch nie. Jede Verlängerung der linken Flanke über Mézières hinaus musste bei der begrenzten Zahl der eigenen Kräfte unweigerlich zur Spaltung des gesamten Aufmarsches führen, der wiederum die Gefahr eines gegnerischen Durchbruchs in der Mitte erhöhte. Der seit dem Jahr 1898 gültige Plan XIV sah deshalb nur einen hinhaltenden Widerstand des nördlichen Flügels vor, bis eine militärische Entscheidung in Lothringen gefallen war.<sup>36)</sup> Eine Variante des folgenden Planes XV, der seit 1907 in Kraft war, verschob sogar die gesamte Aufmarschachse in nördliche Richtung auf Verdun und sah auch die Aufstellung eines neuen Armeekorps aus den nicht ausgeschöpften Personalbeständen der beiden Gebirgskorps vor.<sup>37)</sup> Dass man sich auf französischer Seite über den operativen Wagemut der deutschen Überflügelungsabsichten durchaus im Klaren war, dokumentierte mit aller Deutlichkeit eine für den Kriegsminister bestimmte Denkschrift des stellvertretenden Vorsitzenden im Obersten Verteidigungsrat, General Victor Michel, der im Februar 1911 einen radikalen Strategiewechsel vorschlug. Die bisherige Hauptfront zwischen Belfort und Mezières sollte demnach nur noch mit geringen Kräften verteidigt werden, während die Masse des französischen Heeres präemptiv zu einer kraftvollen Offensive durch Belgien antrat.<sup>38)</sup> Nicht allein aus politischen Erwägungen missbilligte der Oberste Kriegsrat dieses französische Spiegelbild des Schlieffenplans, als der neue Oberbefehlshaber Joseph Joffre ein Jahr später die Idee im höchsten Verteidigungsgremium wiederum zur Diskussion



Quelle: Archiv

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

stellte. Ihre Annahme hätte, so die Sorge des damaligen Ministerpräsidenten Raymond Poincaré, den britischen Kriegseintritt an der Seite Frankreichs unmöglich gemacht. Tatsächlich aber wäre mit einer derart radikalen Änderung der Operationsführung eine vollständige Neuplanung des bisherigen Aufmarsches und damit auch aller Transportwege erforderlich geworden, eine Arbeit, die selbst bei einer Verdoppelung der Personalstärke des Eisenbahnbüros letztlich Jahre beansprucht hätte und allein schon deswegen keine realistische Option darstellte.<sup>39)</sup>

Gerade an dieser Episode zeigt sich, dass in allen rivalisierenden Armeen Organisation und Aufmarsch moderner Millionenheere das Resultat eines oft jahrzehntelangen Planungsprozesses waren, die zwar Jahr für Jahr neu bearbeitet wurden, aber im Grunde nur noch Veränderungen im Detail erlaubten. Ein strategischer Paradigmenwechsel, wie ihn auf deutscher Seite seit 1892 Schlieffen bewirkt hatte, benötigte bis zur vollen Ausarbeitung seines operativen Grundgedankens mehr als eine Dekade. Zudem erforderten ständig wachsende Truppenzahlen eine zunehmende Perfektion der militärischen Planung, die letztlich kaum noch Raum für strategische Alternativen bot.

Auf Drängen Joffres wurde nun das bestehende Konzept so weiterentwickelt, dass erstmals seit 1887 wieder der offensive Gedanke in den Vordergrund trat. Der schließlich noch im Frühjahr 1914 wirksam werdende Plan XVII sah die rasche Aufnahme begrenzter französischer Offensiven in Lothringen vor, durch die v.a. die deutsche Flankenbedrohung durch Belgien ausgehebelt werden sollte. Allerdings dürften nicht nur strategische Erwägungen zu dieser neuen Entwicklung beigetragen haben. Der Gedanke einer Offensive um jeden Preis hatte in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch in der Armee mehr und mehr Anhänger gefunden und stieß sogar in der Öffentlichkeit auf breite Zustimmung. Für das nach den politischen Turbulenzen der zurückliegenden Dekade erneuerte Frankreich schien

jetzt allein die Offensive die am meisten angemessene Form der Kriegführung.<sup>40)</sup>

Dank des neuen Wehrgesetzes von 1913, das die Zahl der aktiven Truppen um ein Drittel erhöht hatte, konnte Joffre jetzt auch erstmals mit einer, wenn auch nur marginalen französischen Überlegenheit an der Westfront rechnen. Hinzu kam aber die als fast sicher angenommene britische Unterstützung mit rund sechs Divisionen schon ab dem 14. Mobilisierungstag.<sup>41)</sup> Die Russland inzwischen abgerungene Zusage, möglichst frühzeitig mit starken Kräften eine Offensive gegen Ostpreußen zu führen, würde auch im Osten zusätzliche Kräfte des Gegners binden. Gleichzeitig durfte Joffre jetzt fest auf die Neutralität des Dreibundpartners Italien rechnen, wodurch ihm noch zusätzlich die beiden Alpenkorps für die Nordostfront zur Verfügung standen.<sup>42)</sup>

Als Frankreich am 1. August 1914 zeitgleich mit dem Deutschen Reich die Mobilmachung verkündete, bestand seine Armee aus 21 Armeekorps mit insgesamt 46 aktiven Divisionen, hinzu kamen 25 Reserve- und zwölf Territorialdivisionen sowie zehn Kavalleriedivisionen. Mit der schon für den nächsten Tag angeordneten Mobilmachung kamen erstmals seit ihrem Bestehen alle französischen Eisenbahnen unter eine zentrale militärische Kontrolle. Damit verfügte das Kriegsministerium auf einen Schlag über ein Streckennetz von knapp 41.000 km mit einem Fahrzeugbestand von rund 14.000 Lokomotiven und 367.000 Waggons, davon 33.000 Personenwaggons.<sup>43)</sup> Während in den folgenden drei Tagen mit rund 11.000 Zügen die Verbände in ihren Standorten noch auf Kriegsstärke gebracht werden mussten, schlossen die fünf grenznah dislozierten und als Deckungstruppe vorgesehenen Armeekorps ihren Aufmarsch schon am Morgen des 3. August ab.<sup>44)</sup> Ihnen folgten unmittelbar, noch vor dem Einsetzen der allgemeinen Konzentrierungstransporte, die schnell zu mobilisierenden Verbände, sodass auf den zehn Haupttransportlinien schon ab dem 4. August täglich knapp 500 Züge in Richtung Grenze rollten. Aufgrund der beträchtlichen Heeresvermehrungen des Vorjahres war allerdings beim Aufmarsch der ursprünglich erhoffte Zeitgewinn von zwei Tagen gegenüber dem früheren Aufmarschplan nicht mehr zu realisieren. Während

sich der Zugbedarf bei der Infanterie je Korps nur von 24 auf 28 Transporte erhöhte und auch bei der Feldartillerie mit vier zusätzlichen Zügen noch vergleichsweise gering ausfiel, steigerte sich die erforderliche Zugzahl bei der schweren Artillerie von 110 auf 281 Transporte je Armee fast um das Dreifache. Als Folge musste das Vierte Büro rund 150 zusätzliche Züge sukzessive in die sorgfältig geplante Transportfolge einfügen.<sup>45)</sup>

Die allgemeinen Konzentrationstransporte setzten planmäßig am 6. August 1914 ein. In der ersten Phase wurden sämtliche Kampfverbände und ein Teil der Reservedivisionen befördert. Erwartungsgemäß schwierig gestaltete sich dabei der Übertritt der aus dem Süden und Westen kommenden Transporte in das Netz der Compagnie de l'Est, da die meisten Zugführer mit deren Signalen und Betriebseinrichtungen nicht vertraut waren.

Die zweite Phase des Aufmarsches setzte schließlich nach einer zwölfstündigen Transportpause zur Regulierung verspäteter Züge am 13. August ein. Es folgten jetzt die übrigen Reservedivisionen und sämtliche Trains. Als am 18. August planmäßig die Versorgungstransporte begannen, hatten die französischen Eisenbahnen innerhalb von nur zwölf Tagen rund 1,3 Mio. Mann, 450.000 Pferde und 80.000 Fahrzeuge in ihre Aufmarschräume transportiert.<sup>46)</sup> Einzig zwei größere Unfälle im Raum Troyes waren zu verzeichnen, die allerdings vor der Öffentlichkeit geheim gehalten wurden und transporttechnisch nur örtliche Verzögerungen verursachten. Auf den zehn zuvor festgelegten Regulierungsbahnhöfen, darunter Laon, Reims, Troyes und Besançon, trafen bis zum 19. August in regelmäßigen Abständen insgesamt 4035 Truppentransporte sowie 243 Versorgungszüge ein. Auf einzelnen Stationen wie Laon, wo gleich zwei Haupttransportlinien endeten, mündeten in der Spitze sogar täglich bis zu 200 Transporte. Dies entsprach einer Zugfolge von nur acht Minuten. Da der endgültige Bestimmungsort der Transporte innerhalb der militärischen Operationszone und damit letztlich ihre Dauer nicht von vornherein bekannt waren, mussten alle Züge mit doppeltem Begleitpersonal ausgestattet werden.<sup>47)</sup>

Der damit verbundene Gewinn an Flexibilität hätte jedoch nur auf taktischer Ebene Vorteile gebracht. Tatsächlich aber stellte sich schon bald heraus, dass sich das französische Oberkommando in operativer Hinsicht geirrt hatte, weshalb der noch laufende Aufmarsch der Armee in größter Eile korrigiert werden musste. Die ständig bedrohlicher klingenden Nachrichten aus dem Raum Lüttich zwangen Joffre am 16. August, trotz der noch laufenden Konzentrationstransporte der Reserve- und Territorialtruppen, das bereits im Raum Toul ausgeladene 18. Armeekorps in nördliche Richtung nach Mauberge transportieren zu lassen, wo es die offene linke Flanke der 5. Armee decken sollte. Mehrfach hatte General Charles Lanrezac, der Befehlshaber der linken Flügelarmee, schon davor gewarnt, dass die Deutschen mit starken Kräften durch Belgien marschierten, war aber zunächst beim Oberkommando auf taube Ohren gestoßen. Seit dem 14. August stand jedoch definitiv fest, dass mindestens acht deutsche Armeekorps rechts der Maas vorgingen.<sup>48)</sup> Noch während die letzten planmäßigen Konzentrationstransporte zur Grenze unterwegs waren, begann bereits am späten Nachmittag des 17. August die Verlegung des dringend im Norden benötigten Korps, die immerhin nach rund 90 Stunden abgeschlossen

werden konnte. Erschwerend für diese ohnehin schon riskante Querbewegung von insgesamt 110 Zügen zum allgemeinen Aufmarsch wirkte sich allerdings der Befehl zu einer weiteren Rochade aus, mittels der nun auch das 9. Armeekorps ab dem 19. August aus dem Raum von Nancy nach Charleville und Sedan verschoben werden sollte.<sup>49)</sup> Hier sollte es die 3. Armee bei ihrem aus Joffres Sicht entscheidenden Angriff auf die vermeintliche Schwachstelle der Deutschen in den Ardennen verstärken. Doch nachdem bereits die Hälfte der Züge abgegangen war, wurde der Transport am 22. August abrupt gestoppt. Inzwischen war die französische Offensive auf Morhange und Saarebourg verlustreich gescheitert, und der Gegenangriff der siegreichen bayerischen Truppen der Armee des Kronprinzen Rupprecht bedrohte ernsthaft Nancy. Als drei Tage später auch die große französische Offensive in den Ardennen im Feuer der schweren deutschen Artillerie zusammengebrochen war, näherte sich weiter westlich der rechte deutsche Flügel bereits der nordfranzösischen Grenze und trieb das isolierte britische Expeditionskorps vor sich her. Jetzt endlich erkannte auch Joffre das ganze bedrohliche Ausmaß der gegnerischen Umsfassungsbewegung und befahl am 25. August den allgemeinen Rückzug. Ein Fünftel seiner ursprünglichen Armee war zu diesem Zeitpunkt bereits tot, verwundet oder gefangen.<sup>50)</sup> Anders als noch 1870 konnte die französische Armee ihre Verluste jetzt aber rasch mit Reservisten ausgleichen. So war es dem Oberkommando möglich, aus der Rückzugsbewegung heraus zugleich eine Rochade bedeutender Kräfte zum linken Flügel zu organisieren. Dem Aufbau einer neuen Armee in der rechten deutschen Flanke diente der Transport der 55. und 56. Reservedivision sowie des 4. Reservekorps, die beginnend mit dem 27. August von Toul und Saint Menehould über Paris in den Raum von Montdidier befördert wurden. Ihnen folgten bis zum 6. September noch zwei Kavalleriedivisionen. Zum Schutz der bedrohten Hauptstadt befahl der Oberbefehlshaber schließlich am 1. September, außerdem die Reste des 4. Armeekorps im Raum Saint Menehould zu verladen und in insgesamt 109 Zügen nach Paris zu befördern. Bei einer täglichen Kapazität von 32 Zügen konnte der Transport dieses Verbandes, von dem später eine Division in spektakulärer Weise in Taxis das Marneschlachtfeld erreichte, in drei Tagen abgeschlossen werden. Zwar avancierte diese im strategischen Gesamtbild bedeutungslose Episode schon bald zum nationalen Mythos, zeigte zugleich aber auch, dass die französischen Eisenbahnen bereits Anfang September eine erste Transportkrise durchlebten. Sämtliche militärischen Vorbereitungen der Vorkriegszeit hatten sich auf das Netz der östlichen Eisenbahngesellschaft konzentriert. Jetzt aber hatte sich der Schwerpunkt des Kampfes in den Norden des Landes verlagert, wo die Compagnie de Nord nicht allein durch die plötzliche und massive militärische Beanspruchung unter Druck geriet, sondern auch durch den Verlust von 12.000 ihrer Angestellten, die zusammen mit über 70 Lokomotiven und rund 40.000 Waggons in die Hände des Gegners gefallen waren. Gleichzeitig mussten die bisherigen Regulierungsbahnhöfe von Amiens, Chalons und Reims weit zurückverlegt werden, wodurch sich die Transportdauer auf den ohnehin überlasteten transversalen Bahnen noch erhöhte.<sup>51)</sup>

Zudem waren die Eisenbahnen durch umfangreiche Evakuierungsmaßnahmen bis an ihre Belastungsgrenze beansprucht, da sich große Teile der Bevölkerung im Norden des Landes dem Rückzug der Armee anschlossen. Nach den ersten, noch geregelt ablaufenden Evakuierungstransporten begann sich seit dem 22. August rasch eine panikartige Stimmung in der Bevölkerung auszubreiten. Ohne amtliche Autorisierung besetzten Flüchtlinge aus den von den Deutschen bedrohten Regionen leer zurückfahrende Proviantzüge und scheuten sich auch nicht, Züge, die Verwundete zurückbrachten, zu besteigen. Gegen Ende August umlagerten rund 100.000 Zivilpersonen den Bahnhof von

Laon und hofften verzweifelt auf eine Transportgelegenheit in Richtung Süden. Innerhalb von zehn Tagen strömten fast 1,5 Mio. Menschen aus den nördlichen und östlichen Regionen des Landes mit den Eisenbahnen in die Hauptstadt, von wo aus sie jedoch angesichts der drohenden Belagerung schleunigst weiter in den Süden gebracht werden mussten.<sup>52)</sup>

Dass es angesichts dieser erschwerenden Umstände trotzdem gelang, den linken französischen Flügel mit Hilfe von insgesamt 533 Truppenzügen rechtzeitig zu verstärken,<sup>53)</sup> darunter allein 163 Transporte für die neue 6. Armee unter dem Kommando des Generals Michel Maunory,<sup>54)</sup> kann vielleicht als das echte Marnewunder bezeichnet werden. Bis zum 10. September, dem Tag nach dem deutschen Rückzug, war es dem französischen Oberkommando gelungen, mithilfe der Eisenbahnen insgesamt 20 Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen, immerhin ein Viertel der gesamten Armee, vom rechten auf den linken Heeresflügel zu verschieben.<sup>55)</sup>

Zusammen mit den jetzt aus dem übrigen Land eintreffenden Formationen und dem wieder aufgefüllten britischen Expeditionskorps verfügten die Alliierten auf ihrem linken Flügel plötzlich über 41 Divisionen, gegenüber nur 24,5 auf deutscher Seite.<sup>56)</sup> Der vorläufige Abbruch des deutschen Vormarsches auf dem rechten Flügel schien somit unvermeidlich. Frankreich blieb eine militärische Katastrophe wie 1870 erspart, wozu die Eisenbahnen einen erheblichen Teil beigetragen hatten. Doch das durch lange Jahre hindurch angestrebte Ziel, dem Land eine erneute feindliche Besetzung zu ersparen, war auch mit ihrer Hilfe nicht erreicht worden. Auch ein teilweise hervorragendes Eisenbahnnetz war kein Ersatz für richtige strategische Entschlüsse. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Frederic Gueltou: Die politische Macht und die Armee, in: Gerhard Gross, Michael Epkenhans (Hrsg.), Das Militär und der Aufbruch in die Moderne 1860-1890. Armeen, Marinen und der Wandel von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Europa, den USA sowie Japan, S.43.
- 2) Vgl. Michael Howard: Franco-Prussian War, London 2001, S.430f., Die Internierung der sog. Armee Bourbaki im schweizerischen Les Verrières am 1.2.1871 kostete die Republik noch einmal fast 90.000 Mann und war Frankreichs „zweites Sedan“ in diesem Krieg.
- 3) André Corvisier: Histoire Militaire de la France, Bd. 3, Paris 1992, S.8.
- 4) Allan Mitchell: The Great Train Race, Railways and the Franco-German Rivalry, New York-Oxford 2000, S.91f.
- 5) Ebd., S.92f.
- 6) François Caron: Histoire des Chemin de fer en France 1740-1883, Paris 1997, S.427f.
- 7) Klaus-Jürgen Bremm: Von der Chaussee zur Schiene. Militärstrategie und Eisenbahnen in Preußen von 1833 bis 1886, München 2005, S.69f.
- 8) Caron, Histoire (wie Anm. 6), S.475f.
- 9) Rapport fait au nom de la Commission, 2.2.1878, Service Historique de l'armée de terre (SHAT), 7 N 2016.
- 10) Mitchell, Train Race (wie Anm. 4), S.113.
- 11) A. Marchand: Plans de Concentration de 1871-1914, Paris 1926, S.19.
- 12) Commission supérieure de défense: Réorganisation de frontières entre la mer du Nord et la méditerranée, July 1873, SHAT, Vincennes, MR 2146.
- 13) Corvisier, Histoire Militaire (wie Anm. 3), S.7f.
- 14) Ministère de la Guerre, Les Armées Françaises dans la Grande Guerre, 11 Bände, Paris 1922-37, Bd. 1, S.4.
- 15) Marchand, Plans de Concentration (wie Anm. 11), S.16.
- 16) Ebd., S.5.
- 17) Ebd., S.37.
- 18) Les Armées Françaises dans la Grande Guerre (wie Anm. 14), S.6.
- 19) Marchand, Plans de Concentration (wie Anm. 11), S.39.
- 20) Mitchell, Train Race (wie Anm. 4), S.116.
- 21) Marchand, Plans de Concentration (wie Anm. 11), S.37.
- 22) Ebd., S.67.
- 23) Les Armées Françaises (wie Anm. 14), S.10.

- 24) Marchand: Plans de Concentration (wie Anm. 11), S.63f.
- 25) Ebd., S.75-78.
- 26) Archivrat Greiner: „Welche Nachrichten besaß der deutsche Generalstab über Mobilmachung und Aufmarsch des französischen Heeres in den Jahren 1885-1914? Wie wurden sie ausgewertet, und wie lagen die tatsächlichen Verhältnisse?“ Bundesarchiv-Militärarchiv, RH 61/ 398, S.18.
- 27) Douglas Porch: The March to the Marne. The French Army 1871-1914, Cambridge 2003, S.51f.
- 28) Ebd., S.52.
- 29) Greiner, Nachrichten (wie Anm. 26), S.31.
- 30) Les Armées Françaises (wie Anm. 14), S.17.
- 31) Ebd., S.118f, S.181f.
- 32) Mitchell, Train Race (wie Anm. 4), S.118.
- 33) Marchand, Plans de Concentration (wie Anm. 11), S.174.
- 34) Les Armées Françaises (wie Anm. 14), S.59.
- 35) Marchand, Plans de Concentration (wie Anm. 11), S.199.
- 36) Les Armées Françaises (wie Anm. 14), S.28.
- 37) Ebd., S.32.
- 38) Ebd., S.37f.
- 39) Mitchell, Train Race (wie Anm. 4), S.210f. Siehe auch Stefan Schmidt: Frankreichs Plan XVII - Zur Interdependenz von Außenpolitik und militärischer Planung in den letzten Jahren vor Ausbruch des Großen Krieges, in: Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente, hrsg. v. Hans Ehlert, Michael Epkenhans u. Gerhard P. Groß, Paderborn, München 2006, S.241f.
- 40) Porch, March to the Marne (wie Anm. 27), S.213-231. Nach Porch war dieser verbreitete Drang zur Offensive jedoch nicht mehr als eine Verlegenheitslösung, da der französischen Armee tatsächlich eine echte Einsatzdoktrin fehlte.
- 41) Les Armées Françaises (wie Anm. 14), S.39.
- 42) Schmidt, Frankreichs Plan XVII (wie Anm. 39), S.229.
- 43) Mitchell, Train Race (wie Anm. 4), S.253.
- 44) Joseph Henaff, Henri Bornecque, Les Chemins de Fer Français et la Guerre, Paris 1922, S.19.
- 45) Les Armées Françaises (wie Anm. 14), S.60.
- 46) Henaff/Bornecque, Les Chemins de fer Français (wie Anm. 44), S.28f.
- 47) Ebd., S.29.
- 48) Hew Strachan: First World War. Bd. 1, To Arms, S.217.
- 49) Henaff/Bornecque, Les Chemins de fer Français (wie Anm. 44), S.32f.
- 50) Strachan, First World War (wie Anm. 48), S.230.
- 51) François Caron, Histoire des chemins de fer en France 1883-1937, Bd. 2, Paris 2005, S.543f.
- 52) Henaff/Bornecque, Les Chemins de fer Français (wie Anm. 44), S.37f.
- 53) Ebd., S.33.
- 54) Strachan, First World War (wie Anm. 48), S.243.
- 55) Ebd., S.243.
- 56) Ebd., S.243.



**Dr. Klaus-Jürgen Bremm**

Geb. 1958; Nach dem Abitur 1977 als Offiziersanwärter in die Bundeswehr eingetreten; 1978-1982 Studium der BWL an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, Abschluss Dipl. Kaufmann, zugleich Studium der Geschichte an der Landesuniversität Hamburg; 1982-1989 mehrere Verwendungen in der Panzertruppe, zuletzt Hauptmann u. Kompaniechef, derzeitiger Reservendienstgrad: Oberstleutnant; 1989-1996 Unternehmensberater in der Privatwirtschaft; Seit 1996 freiberuflicher Dozent und Publizist; 2003 Promotion über Militärstrategie und Eisenbahnen in Preußen an der Universität Potsdam; Werner Hahlweg-Preisträger 2004. Lehrbeauftragter für Neuere Geschichte an der Universität Osnabrück/Niedersachsen. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Mitherausgeber des Bandes Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr.

# Der wachsende Einfluss des militanten Islam und der Al Qaida in Afrika

Youssef Diallo/Hans Krech

Die Entwicklung des Islam in den großen muslimischen Regionen Afrikas - Nord- und Westafrika, oberes Niltal (Sudan), Horn von Afrika (Somalia) und Ostafrika (Swahili-Region) - zeichnet sich durch unterschiedliche historische Erfahrungen aus. Der Islam konnte bis zu diesen Regionen von Arabien und aus dem Nordosten (Ägypten) auf dem Landweg durch die Sahara und das Niltal (Sudan) und vom Osten her auf dem Seeweg über das Rote Meer und den Indischen Ozean nach Afrika vordringen.

Die Ausbreitung des Islam in Westafrika, d.h. der Region von Senegal über die Sahel-Zone bis zum Tschad, begann etwa im 9. Jahrhundert, als arabische Reisende, Religionsgelehrte und Berber-Händler von den Maghreb-Ländern aus kommend sich in den Regionen um das heutige Mauretania und die Senegal-Mündung herum aufhielten. Mit ihnen kam der Islam in die mittelalterlichen Königreiche des westlichen Sudan (Täkrur, Ghana, Mali). Der Islam breitete sich aber nur langsam aus.<sup>1)</sup>

Eine zweite Phase der Islamisierung wurde in der Mitte des 11. Jahrhunderts durch muslimische Berber (Almoraviden) eingeleitet, die die lokale Bevölkerung mit ihrer Kavallerie unterwarfen.<sup>2)</sup> Die Gelehrtentradition, die den Islam im westlichen Sudan bis zum 15. Jahrhundert prägte, beschränkte sich auf die urbanen Zentren und Sitze islamischer Gelehrsamkeit wie Djenné, Timbuktu und Gao. Dennoch breitete sich der Islam immer noch weiter langsam durch die Savanne Westafrikas durch die Wanderungen der Rindernomaden der Fulbe<sup>3)</sup> (engl.: Fulani) und die Weiterentwicklung des Fernhandels aus.

Eine dritte Islamisierungswelle fand im 18./19. Jahrhundert durch die muslimischen Führer der Fulbe statt und nahm die Form militanter Reformbewegungen an.<sup>4)</sup> Die tiefgreifenden religiös-politischen Bewegungen (Dschihad) zerstörten die bis dahin friedliche Koexistenz der Muslime und Nicht-Muslime und setzten sich z.T. gegen die europäische Eroberung zur Wehr.<sup>5)</sup> Eine der Reformbewegungen, die größte Veränderungen nach sich zog, war die von Usman dan Fodio (1752-1817) in Nordnigeria. Fodio führte 1804 Sozialreformen durch und gründete das Sokoto-Kalifat. Er etablierte den Islam als Herrschaftsideologie und Prinzip der gesellschaftlichen und politischen Organisation. Die meisten islamischen Reformbewegungen wurden durch die europäischen kolonialen Eroberungen Ende des 19. Jahrhunderts niedergeschlagen.

## „Schwarzer Islam“ und Kolonialpolitik

Die Islampolitik der europäischen Kolonialherren war durch Kooperation und Konflikt gekennzeichnet.<sup>6)</sup> Der militante Islam des 19. Jahrhunderts in Westafrika war für die Europäer ein räumlich und ideologisch abgrenzbares Phänomen. Louis Faidherbe, der erste französische Gouverneur in Senegal von 1854 bis 1863, war an einem Ausgleich mit dem Islam und mit lokalen Kulturen interessiert. Im Rahmen seiner politique d'association kooperierte er mit einflussreichen Religionsgelehrten, finanzierte ihnen Pilgerreisen nach Mekka und ließ islamische Gerichtshöfe einrichten. Die von Generalgouverneur Ernest Roume initiierte Islampolitik versuchte ab 1905 zwischen strenggläubigen und loyalen Muslimen zu unterscheiden und die Kooperation mit Letzteren zu fördern. Roumes Nachfolger William Ponty befürwortete 1909 eine Art politique des races (Rassenpolitik) und plädierte ebenfalls für eine Unterscheidung nach Ethnien sowie für eine differenzierte Anerkennung und Stärkung der Macht loyaler Herrscher.<sup>7)</sup> Die Theorie der Rassenpolitik wurde allerdings nicht weiter ausgearbeitet. Es handelte sich im Wesentlichen um eine Trennung der Stammesgruppen und ihre Befreiung von der Unterdrückung durch ortsfremde muslimische Herrscher. Pontys Nachfolger François Clozel setzte dann 1916 die so genannte Rassenpolitik mit seiner Bekämpfung der militanten Wanderprediger und dem Ringen um die Loyalität der einheimischen Bevölkerung fort.

Die Pilgerfahrt nach Mekka hatte Einfluss auf die Aktivitäten einiger Muslime und deren Vorstellungen vom Islam. Die afrikanischen Religionsgelehrten, die in Saudi-Arabien mit dem wahhabitisch-salafistischen Islam in Berührung kamen, wollten nach ihrer Rückkehr von der Hadsch die bislang praktizierte Form des Islam in Westafrika von Abweichungen reinigen. Um Informationen über solche Religionsgelehrte, Wanderprediger und die Sufi-Bruderschaften sammeln zu können, errichtete Roume 1906 ein Büro für islamische Angelegenheiten.

Dieses Büro für islamische Angelegenheiten unterschied zwischen „schwarzem Islam“ und „arabischem Islam“. Praktiken und Riten der Sufi-Bruderschaften wie das Gebet an den Gräbern der Verstorbenen oder die Pilgerfahrten zu den Heiligengräbern galten als typisch für den „schwarzen Islam“. Nach der Auffassung der Kolonialverwaltung hatte der „schwarze Islam“ lokal-religiöse Partikularismen,<sup>8)</sup> die sich in der Vielzahl von Sufi-Bruderschaften widerspiegelten. Im Gegensatz zum „arabischen Islam“ war der „schwarze Islam“ von lokalen Traditionen beeinflusst und nicht strenggläubig. Deshalb versuchten die Franzosen Verbindungen der Muslime nach Ägypten und Saudi-Arabien zu verhindern. Zwischen 1907 und 1911 wurden die Mobilität der Wanderprediger und die Pilgerfahrt nach Mekka erschwert oder sogar verboten. Trotz der restriktiven Islam-Politik der Kolonialmacht

Frankreich unternahmen Westafrikaner Pilgerreisen nach Mekka auch ohne offizielle Genehmigung.

Die Briten sahen ebenfalls den Islam v.a. in Nordnigeria als ein geographisch abgrenzbares kulturelles sowie religiös-politisches System. James Coleman schrieb in seiner Untersuchung über die Entstehungsgeschichte des Nationalismus in Nigeria: „*The most important single feature of British policy was the effort made to preserve the Muslim North in its pristine Islamic purity by excluding Christian missionaries and limiting Western education, by denying northern leaders representation in the central Nigerian Legislative Council during the period 1923-1947, and by minimizing the contact between the northern peoples and the more sophisticated and nationally-minded southerners temporarily resident in the north. All these aspects of British policy, and others, tended to perpetuate the individuality and separateness of the north.*“<sup>9)</sup>

Es lag im Interesse der Briten, die Stellung der muslimischen Herrscher im Rahmen der indirekten Verwaltung religiös und institutionell abzusichern. Sie behielten die Macht der Emire bei und erkannten mit Ausnahme des Scharia-Strafrechts das islamische Personenstandsrecht als Gewohnheitsrecht (native law and custom) der Muslime Nordnigerias offiziell an. Um die ethnischen Spannungen und die Machtkämpfe zwischen prominenten Politikern zu beenden, teilten sie Nigeria in Nord-, Südost- und Südwestnigeria. Die drei Landesteile wurden den drei dominanten Ethnien (Hausa-Fulani, Ibo, Yoruba) zugesprochen. So wurde mit der ethnisch-politischen Grenzziehung Nordnigeria ab 1916 eine geschlossene Einheit gegenüber dem stark ethnisch gemischten südlichen Teil der Kolonie.<sup>10)</sup> Beispielsweise durften christliche Missionsschulen nur in nicht-muslimischen Gebieten Nordnigerias gegründet werden. In den Schulen für die Hausa-Aristokratie wurden die jungen Männer als muslimische „Gentlemen“ erzogen. Die Verrichtung der Gebete war sogar ein obligatorischer Teil des Lehrplans in der Schule von Sokoto.<sup>11)</sup>

### Entwicklungstrends und Herausforderungen

In den muslimischen Regionen Afrikas bietet der Islam ein vielfältiges Bild. Das religiös-politische Bewusstsein der Muslime, die Ausdrucksformen ihrer Religiosität und die Erfahrungen, die sie mit Andersgläubigen machen, sind sehr unterschiedlich.

Nehmen wir Westafrika, eine der Regionen, die am stärksten vom politischen Islam geprägt wird. Die meisten Länder dieser Region haben ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum infolge der Zuwanderung und einer rasanten Urbanisierung. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung des gesamten Kontinents ist unter 18 Jahre alt. In Mauretanien, Senegal, Burkina Faso, Mali, Niger, Guinea und Nigeria bilden die Muslime eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung. In einigen Küstenländern dagegen - der Elfenbeinküste, in Benin, Togo und Ghana - konnte sich der Islam nur teilweise etablieren. Aber auch das Christentum erreicht nicht die Mehrheit der Bevölkerung, die traditionellen Naturkulten anhängt. In all diesen Ländern ist die Entwicklung des Islam durch eine Anpassung an lokale Lebensformen gekennzeichnet.

Die Frage, warum die Beziehungen zwischen dem Staat

und islamischen Bewegungen in einigen Ländern friedlich sind, während es in anderen Ländern zu Konflikten und religiös motivierter Gewalt kommt, ist auf politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungsunterschiede in den betroffenen Staaten zurückzuführen. Die Entwicklung radikaler islamischer Bewegungen, die zunehmende Grenzkriminalität und der Terrorismus in der Sahel-Zone sind zunächst die Folgen einer tief greifenden Staatskrise (wie in Nigeria) und des Phänomens des Staatsverfalls in der Folge von Bürgerkriegen (Somalia, Mali), wo sich der schwache Staat auf einen kleinen Teil des nationalen Territoriums zurückzog.

Die Entstehung des neuen politischen Islam in Mali geht auf die 1990er-Jahre zurück, als das Land, wie andere afrikanische Länder auch, einen Prozess der Demokratisierung einleitete, der auch den politischen Freiraum für Islamisten mit sich brachte.<sup>12)</sup> Hinzu kommt die aktuelle politische Entwicklung mit der Rebellion der Tuareg. Diese ist keine neue Erscheinung. Wiederkehrende Dürren und Hungersnöte suchen oft weite Teile der Sahel-Länder heim. Die im Norden von Mali und Niger nomadisierenden Tuareg-Gruppen sind am stärksten von der Desertifikation betroffen. Seit 1960 fühlen sie sich von den neuen Dienstleistungen der unabhängigen Staaten (v.a. im Bildungs- und Gesundheitswesen) ausgeschlossen oder diskriminiert. Deshalb versuchten die Tuareg seit langen Jahren einen eigenen Azawad-Staat zu gründen.

In Nordnigeria wurde in den Jahren 2000 und 2001 das Scharia-Strafrecht in einigen Bundesstaaten eingeführt. Hingegen sind die Staatsverfassungen der meisten afrikanischen Länder von einem säkularen Staatskonzept geprägt. Dass die Länder über säkulare und demokratische Staatsverfassungen verfügen, bedeutet aber nicht eine Beschränkung der Religion auf den privaten Bereich. Die Politik kann die wichtigen religiösen Führer nicht ignorieren. In Senegal, wo die Sufi-Bruderschaften Einfluss auf potenzielle Wähler haben, pflegt der Staat Kontakte zu Religionsgelehrten, insbesondere zum Kalifen der Muridiya, die nicht nur bei den Wolof - der politisch dominanten Ethnie -, sondern auch in der gesamten Bevölkerung stark vertreten ist. Auch hier finden die religiösen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und islamischen Gruppierungen auf einer politischen Ebene statt. Loimeier merkt zu Recht an, dass im Senegal islamistische Kritik am Staat friedlich geäußert wird.<sup>13)</sup>

Auf der anderen Seite gibt es in fast allen Ländern neben einem modernen Zivilrecht ein islamisches Recht und eine ganze Reihe nicht-islamischer Rechtspraktiken. Reformen des Familienrechts, die diese verschiedenen Rechtsquellen miteinander kombinieren, wurden insbesondere in Mali und Senegal unternommen, um die rechtliche Stellung der Frau zu verbessern.<sup>14)</sup>

Der Konflikt zwischen Islam und Modernität wird dagegen in Nordnigeria eher militant ausgetragen. Die gesellschaftliche Kritik der nigerianischen Islamisten richtet sich nicht nur an die Oberschicht und die Bruderschaften, sie geht auch mit der Äußerung offener Feindschaft gegen die Christen und die „westliche“ Ideologie einher. Die Radikalisierung der Jugendlichen, die Ablehnung des Westens und die Verdammung eines modernen säkularen Bildungssystems durch die nigerianische Sekte Boko Haram sind besondere Merkmale des Islam in Nigeria.

Bereits Anfang der 1950er-Jahre gab es in Kano - dem religiösen Zentrum der Tijāniya-Bruderschaft - einen religiösen Disput über die Rolle der Medien, insbesondere des Radios, in der Koranexegese. Die Frage war, ob die Koranrezitation im Radio zulässig oder unislamisch sei. Auf Anfrage des Führers der Tijāniya von Kano wurde die Angelegenheit durch eine Fatwa von Ibrahim Niass entschieden und der Einsatz des Radios für islamische Predigten und Propaganda

erlaubt.<sup>15)</sup> Heute verbreiten die Islamisten in Nigeria ganz selbstverständlich ihre Propaganda auf Tonbandkassetten und im Radio.

Nigerianische Muslime und islamische Gruppierungen sind heute Teil eines global-islamischen Netzwerkes und unterhalten seit geraumer Zeit religiös-politische Beziehungen zu den großen muslimischen Regionen der Welt: zum oberen Niltal (Sudan), zum Maghreb (Marokko, Libyen), zum Nahen Osten (Ägypten, Irak, Saudi-Arabien, Kuwait) bis zu Iran und Pakistan.<sup>16)</sup>

In Nordnigeria sind die Beziehungen zwischen den Qādirīya- und Tijānīya-Bruderschaften durch Konflikte gekennzeichnet, die durch Wettbewerb um die Anhängerschaft und Rituale wie die Armhaltung beim Gebet ausgelöst wurden. Die in Nordnigeria propagierte Version der Tijānīya wurde von Niass (1900-1975) aus dem Senegal begründet, dem prominenten Führer der Bruderschaft für Westafrika. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründeten seine Anhänger aus Mauretanien, Nigeria, Niger, Gambia und Nordghana die Jamiyyat Ansar al-Din (Gesellschaft der Helfer des Glaubens).<sup>17)</sup>

Ab Ende der 1940er-Jahre, in der Gründungsperiode der Parteien und islamischen Kulturvereine, intensivierten nigerianische Religionsgelehrte ihre Beziehungen zu islamischen Gruppierungen in anderen Ländern und bauten in Nigeria Moscheen und Schulen nach ägyptischem Vorbild auf. Die islamische Jugendorganisation und Bildungsbewegung Ansār ad-Dīn, Youth Association of Nigeria, (1963 gegründet) baute moderne Moscheen.<sup>18)</sup> Die Muslime in Nigeria erhielten dabei auch finanzielle Unterstützung aus der islamischen Welt.

Nach der Unabhängigkeit begann Ahmadu Bello (1909-1966), der damalige Ministerpräsident von Nordnigeria, die religiös-politischen Interessen der Muslime zu verteidigen. In der gleichen Zeit versuchte er die Idee einer notwendigen Einigung der Muslime zu verankern. 1962 wurde die Vereinigung zur Förderung des Islam (Gama'at Nasr al-Islām) unter seiner Führung gegründet. Seine Reformen riefen bei den Christen Misstrauen hervor und beschleunigten den Machtkampf zwischen muslimischen und christlichen Politikern um Schlüsselpositionen in der Regierung. In letzter Konsequenz wurden im Januar 1966 Bello und der muslimische Premierminister Tafawa Balewa in Folge eines Militärputsches ermordet. Die islamische Reform war somit blockiert.

1976 gründeten die Christen die Christian Association of Nigeria als Gegengewicht zur Vereinigung der Muslime. Wegen der laufenden Strukturreform des staatlichen Rechtssystems und der eventuellen Ernennung eines Muftis (Gutachter im islamischen Recht) rückten die Muslime und die Christen weiter auseinander.

Kano ist der Schauplatz der meisten gewalttätigen religiösen Auseinandersetzungen. Die Hausa-Aristokratie, die Kolonialverwaltung und die Religionsgelehrten prägten die urbane und administrative Entwicklung dieser Stadt. Mit der kolonialen Erschließung und der zunehmenden Urbanisierung vergrößerte sich der ökonomische Spielraum der Hausa-Händler. Danach haben sie ihre kommerziellen Netzwerke auf Saudi-Arabien und Dubai erweitert. Sie repräsentieren eine konservative Unternehmerschicht und

bilden seit den 1950er-Jahren Allianzen mit Parteien aus dem Norden. Sie und die traditionelle Aristokratie reagieren oft mit Zurückhaltung auf die islamische Gewalt.

Die islamische Kritik an reichen Händlern und am Staat sowie die Entstehung der fundamentalistischen Bewegungen und die religiösen Unruhen sind mit der Unzufriedenheit der restlichen muslimischen Bevölkerung eng verbunden. Sie profitiert wenig von den Einkünften aus Exportprodukten (Öl, Kakao) und ist seit den 1970er-Jahren mit den Problemen wachsender Arbeitslosigkeit und des mangelnden Zugangs zu staatlichen Dienstleistungen konfrontiert.

Die Maitatsine-Sekte, eine heterogen zusammengesetzte Gruppe von analphabetischen Hausa und Arbeitsmigranten aus Tschad, Niger und Kamerun, ist in diesem Zusammenhang entstanden.<sup>19)</sup> Der Begründer der Bewegung selbst, Malam Muhammad Marwa, stammte aus Kamerun. Die Maitatsine-Anhänger (Leute des Verfluchens) lehnten das moderne Leben ab, verfluchten den Gebrauch westlicher Konsumgüter (Autos, Uhren, Fahrräder), also die Symbole des Reichtums der Hausa-Händler, und organisierten Aufstände in ganz Nordnigeria. Ihre Protestaktionen wurden 1980 durch nigerianische Sicherheitskräfte blutig niedergeschlagen.<sup>20)</sup>

Religiös motivierte Gewalt ist nicht nur die Sache der arbeitslosen Jugend, sondern auch der Anhänger der Sufi-Bruderschaften und Studentenorganisationen wie der Muslim Students' Society, die 1954 gegründet wurde. Auf die Schriften und die Reformbewegung von dan Fodio berufen sich radikale Intellektuelle und Studenten. Auch die Sufi-Bruderschaften waren Ziele der Attacken der jungen Fundamentalisten.

Die Vereinigung zur Errichtung der Sunna (in Hausa: Yan Izala), die 1978 gegründet wurde, war im Gegensatz zur Maitatsine-Sekte auch eine Reform- und Emanzipationsbewegung, deren Mitgliedschaft sich aus der lokalen Hausa-Bevölkerung und Arbeitern in der Verwaltung zusammensetzte. Das erklärte Ziel der Yan Izala war die Rückkehr zum „wahren Islam“. Sie lehnte die von den beiden Sufi-Bruderschaften Tijānīya und Qādirīya praktizierten Abweichungen von der prophetischen Tradition ab. Gleichzeitig trug die Yan Izala mit der Unterstützung Abubakar Gumis (1922-1992), ihres spirituellen Oberhauptes und Grand Kadi der Nordregion, zum Aufbau eines modernen islamischen Bildungssystems bei, in dem Mädchen und Frauen in ihre Schulen aufgenommen wurden.<sup>21)</sup>

Muslime in Afrika haben ihre jeweiligen Positionen in verschiedenen Kontexten entwickelt und legitimieren ihre Standpunkte auf religiös-politischen Grundlagen. „*Der Islamismus als Bewegung von unten*“<sup>22)</sup> hat eine lange Tradition in Westafrika. Darauf basiert der wachsende Einfluss von Al Qaida in Afrika, der die lokalen und regionalen Konflikte der afrikanischen islamistischen Muslime zum Teil des globalen Dschihad gegen die USA und die westlichen Demokratien macht.

### Erste Al Qaida-Zellen in Ostafrika

Ostafrika war die Kinderstube der am 18. August 1988 in Peshawar im Haus von Osama bin Laden gegründeten salafistischen Terrororganisation Al Qaida, die 15 Gründungsmitglieder hatte und sich zum Ziel setzte, innerhalb von sechs Monaten 314 Kämpfer auszubilden.<sup>23)</sup>

Al Qaida war eine kleine salafistische Terrorgruppe unter Hunderten ähnlicher islamistischer Terrorgruppen. Was sie auszeichnete, war die enge Anbindung an die saudische Untergrundopposition, die Ikhwan, die seit 1929 die saudische Dynastie bekämpfte. Ihr Führer war Osama bin Laden, dessen Persönlichkeit beim Aufstieg von Al Qaida eine entscheidende Rolle spielen sollte.

Er entstammte einer der reichsten arabischen Familien, hatte eine elitäre Ausbildung erhalten, verfügte über langjährige Kampferfahrungen in Afghanistan und hatte zudem mit vielen Geheimdiensten kooperiert - dem Auslandsgeheimdienst Saudi-Arabiens, der CIA und dem ISI - und dabei sein Grundwissen über den konspirativen Aufbau einer Terrorgruppe erlernt. Zudem konnte Osama bin Laden in der Anfangsphase von Al Qaida über überdurchschnittlich hohe Geldmittel verfügen, die er einsetzte, um andere kleine salafistische Terrorgruppen zu fördern. Im September 2001 verfügte Al Qaida immerhin über etwa 30 Mio. USD.<sup>24)</sup>

Von 1991 bis zum 18. Mai 1996 war Osama bin Laden dann in Begleitung von einem Teil der Al Qaida-Mitglieder im Exil im Sudan. Manchmal traf er sich mehrmals in der Woche mit den Führern anderer Terrorgruppen und versuchte sie vergeblich zum Beitritt zu Al Qaida zu bewegen. Keine einzige islamistische Terrorgruppe schloss sich ihm an. Lediglich der Linksterrorist Carlos äußerte seine Begeisterung für Osama bin Laden.<sup>25)</sup> Damals war Khartum eine Art Mekka für Terroristen aller Couleur aus aller Welt, die mehr oder weniger von der sudanesischen Regierung geduldet wurden.

Doch von Khartum aus begann Osama bin Laden Boten in die anderen ostafrikanischen Staaten zu entsenden, die in Kenia und Somalia Kontakte zu salafistischen Gruppierungen herstellten. In Somalia übernahmen einige Al Qaida-Ausbilder die militärische Ausbildung der im Entstehen befindlichen kleinen salafistischen Gruppierungen. Es entstanden erste Zellen von Al Qaida in Ostafrika, die ersten Al Qaida-Strukturen auf dem afrikanischen Kontinent.

### **Der Beitritt des Ägyptischen Islamischen Dschihad 1998**

Doch es sollte noch Jahre dauern, bis die erste afrikanische Terrorgruppe Al Qaida offiziell beiträt. Dies war der Ägyptische Islamische Dschihad (EIJ), der 1980 gegründet wurde und seit 1991 unter der Führung von Ayman as-Zawahiri stand.

Der EIJ verfügte über etwa 1.000 Kämpfer im Großraum Kairo. 1991 bis 1996 hielten sich ein Großteil der Kämpfer und ihr Führer ebenfalls im Sudan auf. Seit etwa 1994 finanzierte Osama bin Laden den EIJ, der dann am 23. Februar 1998 als erste salafistische Terrorgruppe Al Qaida beiträt. Erst ab 1998 begann Al Qaida mit Aufsehen erregenden Anschlügen aktiv zu werden, erst ab 1998 begann sich Al Qaida aus dem Sumpf der kleinen islamistischen Terrorgruppen zu erheben und zur heutigen ersten globalen, nicht-staatlichen Terrororganisation heranzureifen.

Drei Führer des EIJ haben seither entscheidend die strategische Ausrichtung von Al Qaida mitgeprägt. Alle drei galten oder gelten auch als mögliche Kandidaten für die Nr. 1 von Al Qaida: Ayman as-Zawahiri, Mustafa Abu al-Yazid und Saif al-Adel, d.h. traditionell war der Einfluss der Ägypter in der strategischen und der operativen Führungsebene nach dem Einfluss der Saudis und Jemeniten besonders stark.

Ayman as-Zawahiri war seit 1998 der Stellvertreter von Osama bin Laden, also die Nr. 2 von Al Qaida. Er entwarf 2006 die neue Al Qaida-Struktur, die seit Anfang 2007 umgesetzt wurde. Es war der Übergang von der lockeren

Zellenstruktur mit einer Brigade, der Brigade 055, zur ersten nicht-staatlichen globalen Terrororganisation mit Zellen in 70 Ländern auf fünf Kontinenten mit mehreren zehntausend Kämpfern (2012). 2009-2012 gab es Al Qaida-Operationen in 58 Staaten und Gebieten. Die Operative Führungsebene hat sechs Spezialorganisationen: die Frauenorganisation, die Kinderorganisation Tuyor al-Jannah, die mobile Medieneinheit As-Sahab, die Zentrale Forschungszelle „Schmutzige radioaktive IEDs“, die Cyberwar-Spezialeinheit Al-Ansar Mobile Team und nicht zuletzt die Armee von Al Qaida mit etwa 4.400 Kämpfern. Dazu kamen 14 Regionalorganisationen. Seit 2009 wurden auch erste Regionalkommandeure ernannt, wie etwa ein Regionalkommandeur für Ostafrika.

Die Struktur der globalen Terrororganisation ist das Werk von Ayman as-Zawahiri. Er nahm Osama bin Laden dessen Allmacht und reduzierte ihn zur sich in Abbottabad versteckenden Nr. 1, die zwar die strategischen Entscheidungen fällte, aber nicht mehr selbst Anschläge und Operationen plante, wie das 1988 bis 2006 üblich gewesen war.<sup>26)</sup> Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit gab es eine derartige globale Terrorgruppe mit festen Strukturen, die nach einem Strategieplan<sup>27)</sup> operierend zentral geführt wurde. Jedoch galt Ayman as-Zawahiri nicht automatisch als Nachfolger von Osama bin Laden bei dessen Festnahme oder Tod. Der ägyptische Unfallarzt hatte nie mit der Waffe in der Hand gekämpft, er war kein ausgebildeter Imam und kann deshalb keine Fatwas erlassen, und ihm fehlten im Gegensatz zu Osama bin Laden Charisma und Redekunst. Doch bei seinen ausgedehnten Reisen vor 9/11 hatte Ayman as-Zawahiri viele der Führer der salafistischen Terrorgruppen, die nach 2006 Al Qaida beiträten, persönlich kennengelernt. So wurde mit der Einnahme der neuen Struktur ab 2007 Ayman as-Zawahiri die Klammer zwischen der Vielzahl von Mitgliedsorganisationen in aller Welt. Er war es, der mit diesen Organisationen die Beitrittsbedingungen aushandelte, der ihnen Angebote unterbreitete, der sie zu überzeugen versuchte, während Osama bin Laden in Abbottabad nicht einmal aus dem Fenster zu schauen wagte.

Bis zu seinem Tod am 21. Mai 2010 bei einem US-Drohnenangriff galt der Ägypter Mustafa Abu al-Yazid (Deckname: Sheikh Said al-Masri) als der mögliche Nachfolger von Osama bin Laden, denn er war ein Imam und auch erfahrener Kommandeur einer Regionalorganisation. Said al-Masri war bis 2001 Mitglied des Finanzkomitees und von Mai 2007 bis zum April 2009 der Führer von Al Qaida in Afghanistan/Pakistan (auch Al-Qaeda Central oder Al-Qaeda Core genannt). Er war 2009 zur Nr. 3 von Al Qaida aufgestiegen.<sup>28)</sup>

Der dritte Ägypter mit dem Potenzial zur Nr. 1 ist schließlich Saif al-Adel (Klarnamen: Mohammed Ibrahim Makkawi), die Nr. 3 von Al Qaida. Er ist ein früherer Oberst der ägyptischen Special Forces. Saif al-Adel hat ein weit gefächertes Netzwerk,<sup>29)</sup> was seine Stärke ist, und er ist nicht nur der Militärkommandeur von Al Qaida, sondern seit 2011 auch der wichtigste programmatische Vordenker. Er setzte gegen den Widerstand von Osama bin Laden die programmatische Öffnung von Al Qaida für alle sunnitischen und schiitischen islamistischen Gruppierungen durch. Osama bin Laden hatte bis dahin darauf bestanden, dass nur salafistische Gruppierungen Mitglied von Al Qaida werden durften. Da Salafisten aber nur etwa 0,1% aller Muslime stellen, blieb der Einfluss von Al Qaida gering. Die Terrororganisation konnte so erwartungsgemäß nicht die jugendlichen Demonstranten des Arabischen Frühlings erreichen. Das ändert sich nun.<sup>30)</sup> Vom 17. Mai 2011 bis zum 16. Juni 2011 war Saif al-Adel dann der Übergangsführer von Al Qaida.

Der EIJ baute auch die erste Al Qaida-Regionalorganisation in der EU auf. 1998 wurden sieben Ägypter in die EU geschickt, die dort mit

dem konspirativen Aufbau von Al Qaida in Europa begannen. Unterorganisationen von Al Qaida in Europa sind etwa Al Qaida in Albanien, Al Qaida in der Ägäis und die Abu Hafsa al-Masri-Brigaden in Großbritannien. Al Qaida in Europa war für die Anschläge in Madrid 2004 und in London 2005 verantwortlich.<sup>31)</sup> Bis zum heutigen Tag haben bei Al Qaida in Europa Ägypter noch Führungspositionen inne. So wurde am 19. Juli 2011 Abu Rabih al-Masri (Klarname: Muhammad Mohsen Youssef Faramawi) verhaftet, der Führer von Al Qaida in Albanien.<sup>32)</sup>

Nach 9/11 waren mehrere Hundert Kämpfer und Führer des EIJ in Iran festgenommen und interniert worden. Im Mai 2011 reiste deshalb Al Qaida-Führer Sheikh Attiyallah, ein Libyer, nach Teheran, um mit dem iranischen Geheimdienst die Bedingungen für die Freilassung der Ägypter auszuhandeln. Diesen Deal hatte vermutlich Saif al-Adel eingefädelt, der über gute Beziehungen zum Geheimdienst Irans verfügt. Al Qaida bezahlte dem Geheimdienst ein Kopfgeld für die Freilassung der EIJ-Kämpfer und für die Ausstellung gefälschter Reisepässe für die Rückkehr nach Ägypten. Seit etwa Mitte 2011 baut der EIJ in Ägypten seine Zellen neu auf.<sup>33)</sup>

2012 hatte der EIJ noch zwei Unterorganisationen: 1. Al Qaida in Ägypten, eine Abspaltung von der ägyptischen islamistischen Terrorgruppe al Gamaa al Islamiyya,<sup>34)</sup> und 2. Al Qaida auf der Halbinsel Sinai, die im Frühjahr 2011 gegründet wurde. Die Al Qaida-Gruppierung soll etwa 5.000 bis 6.000 bewaffnete Anhänger haben. Ihre Hochburgen befinden sich in den Städten Rafah, Sheikh Zuweid und Al-Arish,<sup>35)</sup> die Bewaffnung stammt aus geplünderten libyschen Waffenlagern. Für 10.000 USD/Stück kaufte Al Qaida auf der Halbinsel Sinai auch tragbare Luftabwehrraketen MANPADS Strela aus ehemaligen libyschen Beständen, um vom Sinai aus israelische Verkehrsflugzeuge abschießen zu können.<sup>36)</sup> Mit 14 Sprengstoffanschlägen auf die Erdgaspipeline unterbrach Al Qaida auf der Halbinsel Sinai die Erdgaslieferungen nach Israel. Im April 2012 kündigte dann Ägypten den Vertrag über die Erdgaslieferungen an Israel.<sup>37)</sup>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der EIJ in der Folge der Revolution des Arabischen Frühlings nach Ägypten zurückgekehrt ist und seine Strukturen neu aufgebaut hat. Die Mitgliederzahl des EIJ konnte 2011/2012 auf das Sechsfache gesteigert werden. Anfang 2011 hatte der EIJ etwa 1.000 Kämpfer, im Sommer 2012 waren es möglicherweise mehr als 6.000 Kämpfer in Ägypten. Nicht eingerechnet sind die Führer und Kämpfer des EIJ in anderen Regionen, insbesondere in Afghanistan/Pakistan.

## Al Qaida des islamischen Maghreb

Ayman as-Zawahiri verhandelte seit 2006 mit der Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (GSPC) in Algerien, die dann am 25. Januar 2007 Al Qaida des islamischen Maghreb (AQIM) bildete und Al Qaida beitrug.

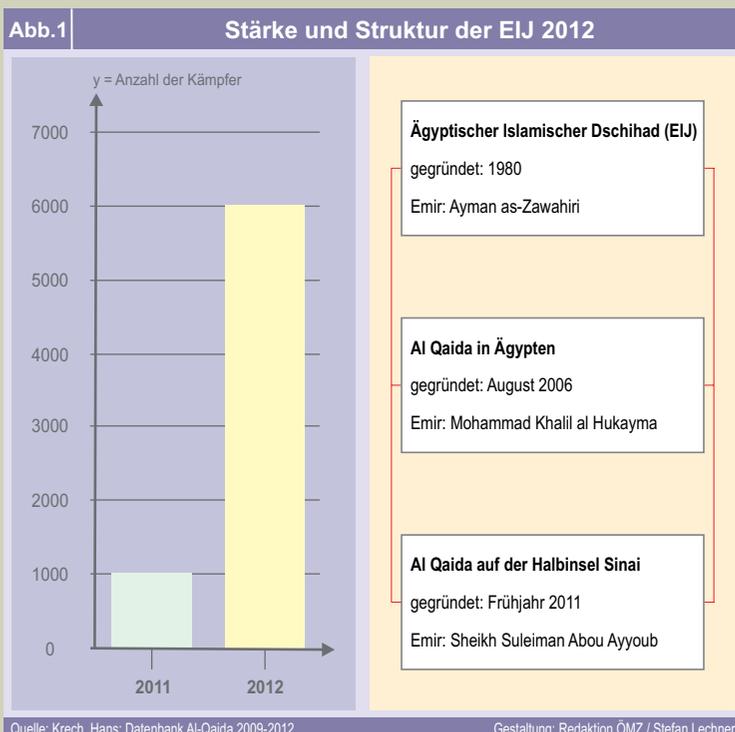
Die Gruppe hatte damals etwa 800 Kämpfer. Salafistische Gruppierungen in Marokko, Mauretanien, Niger und Mali wurden bei der Gründung integriert und bildeten Unterorganisationen. Das Kampfgebiet von AQIM ist größer als das Gebiet der EU.

Emir Abdel-Malek Drudkal ließ in der Anfangsphase von AQIM zahlreiche Ziele in Algerien und anderen Maghreb-Staaten angreifen. Doch dann konzentrierte sich AQIM auf Geiselnahmen, bei denen bis 2012 etwa 98 Mio. EUR Lösegelder erpresst werden konnten. Mehrere Geiseln wurden bei gescheiterten Befreiungsversuchen auch getötet.

Ein von den Boko Haram Ende Januar 2012 in Kano in Nigeria entführter deutscher Ingenieur wurde an AQIM abgegeben und von den Terroristen am 31. Mai 2012 bei einem gescheiterten Befreiungsversuch durch nigerianische Sicherheitskräfte ermordet.<sup>38)</sup> Die für AQIM wertvollsten Geiseln sind derzeit fünf am 15. September 2010 bei einem Uran-Bergwerk nahe Arlit in Niger entführte französische Ingenieure. Für ihre Freilassung verlangt AQIM ein Lösegeld von 70 Mio. USD und den Abzug der französischen Truppen aus Afghanistan.<sup>39)</sup>

Seit etwa Ende 2007 boten sich AQIM zunehmend bessere Bedingungen für die Geldbeschaffung, wo seitdem eindeutig der Operationsschwerpunkt von AQIM lag. AQIM stieg zur reichsten Al Qaida-Regionalorganisation auf. Der Hintergrund war ein Strategiewechsel der Kokain-Kartelle 2005 wegen der Übersättigung des nordamerikanischen Marktes. Die Kokain-Kartelle starteten eine Offensive zur besseren Erschließung des Rauschgift-Marktes der EU. Seitdem wird das in den Herrschaftsgebieten der kolumbianischen kommunistischen Guerillaorganisation FARC produzierte Kokain über das Sinaloa-Kartell in Mexiko nach Liberia transportiert, wo es von AQIM übernommen wird, die das Kokain durch die Sahel-Sahara-Region bis nach Spanien transportiert. Der Preis von AQIM für ein Kilogramm Kokain, das in Spanien an das Sinaloa-Kartell übergeben wird, beträgt 2.000 USD.<sup>40)</sup>

Wegen der Auseinandersetzung um die Schwerpunktsetzung der Operationen kam es zu einem Machtkampf zwischen Mokhtar Belmokhtar, dem Führer von Al Qaida im Sudan, und Emir Drudkal. Belmokhtar und dessen Anhänger verlangen eine stärkere Konzentration auf die militärischen Kampfziele, denn AQIM ist de facto seit einigen Jahren Teil des mexikanischen Sinaloa-Kokain-Kartells geworden.





## Die Libysch-Islamische Kampfgruppe

Die Libysch-Islamische Kampfgruppe (LIFG) wurde 1988/89 geheim aus in Afghanistan kämpfenden Libyern gegründet und trat am 3. November 2007 Al Qaida bei.<sup>43)</sup>

Die LIFG gehörte zu den einflussreichsten Al Qaida-Regionalorganisationen, weil sie nach jenen aus Saudi-Arabien die größte Anzahl Kämpfer stellte. Die Mehrzahl dieser Kämpfer stammte von den Stämmen aus der Region Bengasi im Osten Libyens, die vom Ghadafi-Regime brutal unterdrückt worden waren.

Generationen junger Männer gingen gegen Ghadafi in den Widerstand und landeten zumeist bei der LIFG, die in Afghanistan und in Libyen kämpfte. Im Juni 1996 ließ Ghadafi im berühmten Foltergefängnis Abu Salim in Tripolis 1.200 Gefangene massakrieren. Die Mehrzahl von ihnen waren gefangen genommene LIFG-Kämpfer.

Aus einer Demonstration der Angehörigen der 1996 in Abu Salim ermordeten Gefangenen in Bengasi Anfang Februar 2011 erwuchs die Revolution.<sup>44)</sup> Nach ihrem offenen Ausbruch setzten sich etwa 800 LIFG-Kämpfer aus der FATA in Pakistan in ihr Heimatland ab und kämpften dort in mehreren Brigaden gegen das Ghadafi-Regime. In Libyen bildete die LIFG den schlagkräftigen Kern der Rebellenstreitkräfte.

Ihr wichtigster Führer war Abdelhakim Belhadsch, der frühere Emir der LIFG in Bengasi. Er führte dann beim Sturm auf die Ghadafi-Festung Abd al-Assisija am 23. August 2011 in Tripolis die Rebellenstreitkräfte an und distanzierte sich im September 2011 öffentlich von Al Qaida.

Ein Teil der LIFG-Kämpfer legte die Waffen nieder und ging ins Zivilleben, ein anderer schloss sich den neuen Streitkräften Libyens an, die 25.000 ehemalige Rebellen aufnahmen. Ehemalige LIFG-Kämpfer, die Teil des politischen Prozesses in Libyen werden wollen, sammelten sich in den beiden in der ersten Jahreshälfte 2012 neu gegründeten Parteien Al-Ummahal-Wasat (Führer: der frühere LIFG-Imam Sami al-Sa'idi, Mitglied ist auch Idris, der Bruder von Abu Yahya al-Libi) und Al-Watan (Partei von Anhängern von Abdelhakim Belhadsch).<sup>45)</sup>

Der größere Teil der LIFG-Kämpfer folgte jedoch Abdelhakim Belhadsch in die Provinz Hatay in der Türkei, wo Belhadsch mit der Unterstützung Qatars und der Türkei Kommandeur der Jihadist Foreign Legion wurde, die etwa 2.500 Kämpfer umfasst und aus drei Brigaden besteht: der Libyschen Brigade (1.000 LIFG-Kämpfer), der Irakischen Brigade (1.000 Kämpfer aus dem Irak) und der Logistik-Brigade (500 Kämpfer aus arabischen Golfstaaten und nordafrikanischen Staaten). Die Legion wurde in direkter Konkurrenz zur säkularen Freien Armee Syriens seit dem Dezember 2011 aufgestellt und soll in Syrien gegen das Assad-Regime kämpfen.<sup>46)</sup>

## Al-Shabaab bei Al Qaida

Die al-Shabaab entstanden 2004/2005 im Camp Al-Huda in der Bakool-Region in Somalia inmitten eines seit Jahren im Strudel des Bürgerkrieges zerfallenden Landes. Clan gegen Clan, Nomaden gegen Bauern, warlord gegen warlord - und alle (manchmal) zusammen gegen Äthiopien. Der auswärtige Todfeind ist das einzige Einende.

Die Islamisten um Sheikh Sharif Sheikh Ahmed versuchten den sicheren Untergang des Landes zu verhindern, indem sie die Union der Islamischen Gerichtshöfe bildeten, eine islamistische Vereinigung, die im Gegensatz zu allen anderen Bewegungen, Parteien und Milizen nicht auf Clan-Basis organisiert war, sondern einen



Abb.5 Libyer in Al Qaida-Führungspositionen		
Name	Rang/Ebene	Status
Abu Laith al-Libi	Operative Führungsebene	29. Jänner 2008 getötet
Sheikh Attiyatallah	Logistikchef Nr. 3 Strategische Führungsebene	22. August 2011 getötet (?)
Noman Benotman	Gründer Libysch-Islamische Kampfgruppe (LIFG)	Exil in London; hat sich von Al-Qaida distanziert
Sheikh Abdullah Said	Kommandeur Brigade 055 im Osten Afghanistans	
Abu Yahya al-Libi	Nr. 2 Strategische Führungsebene	4. Juni 2012 getötet (?)

Quelle: Krech, Hans: Datenbank Al-Qaida 2009-2012 Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

2011 innerhalb von drei Stunden überraschend ihre Kampfgruppe aus Mogadischu ab, beobachtet von amerikanischen Aufklärungsdrohnen, und gingen in der Hauptstadt zur Stadtguerilla-Kriegführung mit kleinen Kampfzellen über. Jedoch von den US-Drohnen und Satelliten unbemerkt, war eine neu aufgestellte Kampfgruppe unter Führung des Emirs Sheikh Ibrahim al-Afghani in Richtung Norden marschiert, um in den Galgala-Bergen in der Region Sanaag in Somaliland eine neue Front zu eröffnen. Die al-Shabaab wollen jetzt zuerst ganz Somalia erobern und Mogadischu zuletzt erstürmen.<sup>48)</sup>

Al Qaida unterstützt den Versuch der al-Shabaab mit allen Kräften: Seit Anfang

nationalen Charakter hatte. Der Islam sollte das verbindende Element zwischen den vielen verfeindeten Clans sein und die Scharia Ordnung schaffen. Die stärkste Miliz der Union der Islamischen Gerichtshöfe waren die al-Shabaab.

Die Regierung Bush war nicht gut beraten, als sie den äthiopischen Einmarsch am 24. Dezember 2006 in Somalia initiierte, um Sheikh Sharif Sheikh Ahmed zu stürzen, bei dem Sympathien zu Al Qaida vermutet wurden. Der gemäßigte Islamist Sheikh Sharif Sheikh Ahmed - der heute das Rest-Somalia in Mogadischu als Übergangspräsident führt, der von AMISOM, der EU und den USA massiv unterstützt wird - wurde 2006 gestürzt. Der Stabilisierungsprozess brach ab. Erwartungsgemäß begannen sich die miteinander eifersüchtig bekämpfenden Clans und ihre Milizen um die stärkste anti-äthiopische Kraft im Untergrund zu versammeln - die al-Shabaab.

Die gut militärisch ausgebildete und motivierte Miliz nahm den Kampf gegen die äthiopischen Besatzungstruppen mit Selbstmordanschlägen und Hinterhalten auf. Seit 2008 sind die al-Shabaab in der Offensive. 2008/2009 konnte fast der gesamte Süden von der Grenze Kenias bis zur Hauptstadt Mogadischu erobert werden. Wegen persönlicher Rivalitäten, die viele Jahre zuvor begonnen hatten, konnte der Übergangspräsident Sheikh Sharif Sheikh Ahmed die al-Shabaab nicht mit in den politischen Prozess einbinden. Persönlicher Hass zwischen den Führern war die Triebkraft des Machtkampfes.

Die al-Shabaab erwiesen sich als die stärkste islamistische Miliz und konnten 2010 auch die Hizbul Islam integrieren, die zweitstärkste islamistische Miliz. Seitdem wuchs die Mannschaftsstärke der al-Shabaab auf 14.000 uniformierte Kämpfer an, wozu noch 1.200 ausländische Kämpfer kommen, darunter auch zwölf US-Bürger und Söldner. Am 1. Februar 2010 erklärten die al-Shabaab-Führer selbstbewusst ihren Beitritt zu Al Qaida.<sup>47)</sup> Im Schulterschluss mit den benachbarten Al Qaida-Regionalorganisationen AQIM und AQAP versuchten die al-Shabaab bis zum Juli/ August 2011 in der Hauptstadt Mogadischu mit einer ihrer fünf Kampfgruppen die Übergangsregierung zu stürzen. Doch AMISOM hielt tapfer dagegen und konnte die Erstürmung des Präsidentenpalastes immer wieder verhindern. Jede Offensive der al-Shabaab in Mogadischu brachte nur wenig Raum, aber hohe Verluste.

Daraufhin änderten die al-Shabaab im Sommer 2011 ihre Strategie. Sie zogen in der Nacht vom 5./6. August

2012 werden alle Rekruten von Al Qaida nicht mehr in den 150 Ausbildungscamps in Pakistan ausgebildet, sondern zu den al-Shabaab geschickt. Kämpfer der Boko Haram, von AQAP und AQIM kämpfen in den Reihen der al-Shabaab, die einen Al Qaida-Staat in ganz Somalia gründen wollen. Seit dem Sommer 2011 haben die al-Shabaab, die ihren Kämpfern auch einen Sold bezahlen, jedem ihrer Kämpfer als Teil des Soldes ein unbegrenztes Vergewaltigungsrecht eingeräumt. Die al-Shabaab sind seit etwa 2010 keine große Miliz mit einer Guerillakampftaktik, sondern eine gut ausgebildete, gut bewaffnete und gut marschierende Armee mit einer konventionellen Kriegstaktik. Es ist der offene Aufstand, wie auch in Mali und in der Provinz Abyan im südlichen Jemen.

Dass es den al-Shabaab bisher nicht gelang, ganz Somalia zu erobern, lag am unerwartet tüchtigen Kampf von AMISOM und dem Vorstoß der kenianischen Armee in den Süden Somalias am 16. Oktober 2011. Vom 22.-25. Mai 2012 gelang AMISOM sogar erstmals der Ausbruch aus dem belagerten Mogadischu nach Afgoye, das zurückerobert werden konnte.<sup>49)</sup>

## Boko Haram

Die 2002 in Nigeria gegründete Boko Haram (Jama' atul Ahlis Sunna Lidda' awati wal-Jihad) ist eine salafistische, extrem militante Gruppierung, die auch Unterstützung von einigen muslimischen Politikern aus den nördlichen Bundesstaaten erhält. Im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Machtkampf des unterwickelten islamischen Nordens gegen den reicheren christlichen Süden des Vielvölkerstaates sind die Boko Haram der verdeckte militärische Arm des Nordens gegen den Süden. Eine Eskalation dieser Entwicklungen kann in einen Bürgerkrieg münden.

Ende Januar 2011 schrieb der Emir von AQIM, Abdel-Malek Drudkal, den Boko Haram einen offenen Brief, in dem er die Unterstützung von Al Qaida anbot.<sup>50)</sup> Die Boko Haram, die im ersten Halbjahr 2011 noch teilweise mit Pfeil und Bogen vom Motorrad aus kämpften, nahmen an. Sie schickten Kämpfer zur militärischen Ausbildung zu AQIM in die Sahel-Region und in die Ausbildungscamps der al-Shabaab nach Somalia. Außerdem erhielten sie über AQIM aus den geplünderten libyschen Waffenlagern moderne Waffen.

Am 17. Juni 2011 verübten sie den ersten Selbstmordanschlag in der Geschichte Nigerias. Ein Selbstmordattentäter der Boko Haram sprengte sich vor dem Hauptquartier der Polizei in Abuja in die Luft. Am 26. August 2011 folgte der Selbstmordanschlag mit einer Autobombe auf das regionale UNO-Hauptquartier in Abuja. 23 Menschen starben, darunter 15 UNO-Mitarbeiter.<sup>51)</sup> In der zweiten Jahreshälfte 2011 erfolgte der Beitritt zu Al Qaida.<sup>52)</sup> Die Boko Haram wurden

die Al Qaida-Regionalorganisation Nr. 14.

## Einfluss afrikanischer Al Qaida-Führer nach dem Tod von Osama bin Laden gestiegen

Nach dem Tod von Osama bin Laden hat es eine Machtverschiebung von AQAP hin zum EIJ gegeben. Bis zum Tod von Abu Yahya al-Libi am 4. Juni 2012 (?) bestand die neue strategische Führungsebene aus drei afrikanischen Al Qaida-Führern. In Afrika wächst Al Qaida 2012 erheblich stärker als in den anderen Operationsgebieten und ist in Mali und in Somalia in den offenen Aufstand übergegangen. In Libyen stand die LIFG an der Spitze der Revolution. Der EIJ ist 2011 mit iranischer Unterstützung nach Ägypten zurückgekehrt. In Nigeria konnten die Boko Haram als neues Mitglied gewonnen werden. Ansar Dine und die MUJAO wurden als neue Unterorganisationen von AQIM 2011 gegründet. In Algerien ist in absehbarer Zeit mit einem Aufstand nach dem Vorbild des Arabischen Frühlings zu rechnen, an dessen Spitze AQIM stehen könnte. ■

### ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. Rüdiger Seesemann: Ahmadu Bamba und die Entstehung der Muridiya, Berlin 1993.
- 2) Vgl. Gerhard Endreß: Der Islam: Eine Einführung in seine Geschichte, München 1997, S.205 (3. Auflage).
- 3) Vgl. Ulrich Braukämper: Migration und ethnischer Wandel. Untersuchungen aus der östlichen Sudanzone, Stuttgart 1992.
- 4) Vgl. Murray Last: Reform in West Africa: The jihād movements of the nineteenth century. In: J. F. A. Ajayi, M.Crowder (Ed.): History of West Africa, London 1974, S.1-30.
- 5) Vgl. David Robinson: La guerre sainte d'al-Hajj Umar. Le Soudan occidental au milieu du XIXe siècle, Paris 1988.
- 6) Vgl. Donald Cruise O'Brien: Towards an „Islamic Policy“ in French West Africa, 1854-1914. In: Journal of African History, 2/1967, S.303-316.
- 7) Vgl. ebenda, S.314.
- 8) Vgl. Rüdiger Seesemann: African Islam or Islam in Africa? Evidence from Kenya. In: R. Loimeier, R. Seeseman (Ed): The Global Worlds of the Swahili. Interfaces of Islam, Identity and Space in 19th and 20th-Century East Africa, Berlin 2006, S.229-233.
- 9) James Coleman: Nigeria. Background to Nationalism, Berkeley/Los Angeles 1966, S.322.
- 10) Vgl. ebenda.
- 11) Vgl. Jamil Abun-Nasr: Muslime im Nationalstaat Nigeria. In: J. Abun-Nasr, (Hrsg.): Muslime in Nigeria. Religion und Gesellschaft im politischen Wandel seit den 50er-Jahren, Münster 1993, S.7.
- 12) Vgl. Carsten Hock: Fliegen die Seelen der Heiligen? Muslimische Reform und staatliche Autorität in der Republik Mali seit 1960, Berlin 1999, S.134-143.
- 13) Vgl. Roman Loimeier: Säkularer Staat und islamische Gesellschaft, Münster 2001, S.235-256.
- 14) Vgl. Hock, a.a.O., S.55-60.
- 15) Vgl. Sylvanus I Udoidem: Religion in the Political Life of Nigeria: A Survey of Religious-Related Crises since Independence. In: F.U. Okafor (Ed.): New Strategies for curbing ethnic and religious conflicts in Nigeria, Enugu 1997, S.165.
- 16) Vgl. Roman Loimeier: Auseinandersetzungen im islamischen Lager. In: J. Abun-Nasr (Hrsg.): Muslime in Nigeria. Religion und Gesellschaft im politischen Wandel seit den 50er-Jahren, Münster 1993, S.127-164; Roman Loimeier: Die radikale islamische Opposition in Nordnigeria. In: Afrika Spektrum, 1/1997, S.5-23.
- 17) Vgl. Jamil Abun-Nasr: The Tijaniyya. A Sufi Order in the Modern World, London 1965, S.146.
- 18) Vgl. James Coleman: Nigeria. Background to Nationalism, Berkeley/Los Angeles 1966, S.216.

- 19) Vgl. Loimeier: Auseinandersetzungen im islamischen Lager, a.a.O., S.149-152.
- 20) Vgl. Udoidem, a.a.O., S.164-167.
- 21) Vgl. Loimeier: Auseinandersetzungen im islamischen Lager, a.a.O., S.145-149.
- 22) Andreas Meyer: Der politische Auftrag des Islam. Programme und Kritik zwischen Fundamentalismus und Reformen. Originalstimmen aus der islamischen Welt, Wuppertal 1994, S.171.
- 23) Vgl. Peter Bergen, Paul Cruickshank: Revisiting the Early Al-Qaeda: An Updated Account of its Formative Years. In: Studies in Conflict & Terrorism, 1/2012, S.3f.
- 24) Vgl. Bruce Riedel: The search for Al Qaeda, Washington, D.C. 2008. (Kapitel: The Knight: Osama); Michael Scheuer: Osama bin Laden, New York 2011; Ali H. Soufan: The Black Banners. The Inside Story of 9/11 and the War against al-Qaeda, New York/London 2011.
- 25) Vgl. N24, 23.11.2010.
- 26) Vgl. Hans Krech: Al Qaeda in Autumn 2011: Facts and Figures. In: Orient. German Journal for Politics, Economics and Culture of the Middle East, IV/2011, S.6-12.
- 27) Vgl. Al-Qaeda State in 2016: The stages include provoking the US. In: Al-Watan (Saudi-Arabien), 6.10.2009.
- 28) Vgl. Guido Steinberg: Towards collective leadership. The role of Egyptians in Al-Qaeda. In: Jane's intelligence review, 11/2009. Sonderheft: Al-Qaeda's Senior Leadership (AQSL), S.9,11.
- 29) Zum Netzwerk von Saif al-Adel vgl. Hans Krech: Sind wir in einer Falle von Al Qaida? Die strategische Planung der ersten globalen nicht-staatlichen Terrororganisation. In: ÖMZ, 2/2012, S.187.
- 30) Vgl. Yossef Bodansky: Saif al-Adel, Al Qaida's „Caretaker“ Leader. In: Defense & Foreign Affairs Strategic Policy, 5/2011, S.11/12.
- 31) Vgl. Seven Egyptians leading Al-Qa'idah in Europe. In: Al-Jarida (Kuwait), 1.12.2010; Mohammad-Mahmoud Ould Mohamedou: Understanding Al Qaeda. Changing War and Global Politics, London 2011 (2. Aufl.), S.71.
- 32) Vgl. Egypt arrests leader of Al-Qa'idah in Basra while coming from Jordan. In: Al-Jarida (Kuwait), 20.7.2011.
- 33) Vgl. Qa'idah back in Egypt under Iranian cover. In: Asharq al-Awsat, 3.11.2011.
- 34) Vgl. Barak Mendelsohn: Al-Qaeda's franchising strategy. In: Survival: the IISS quarterly, 3/2011, S.34.
- 35) Vgl. Salafi group in Sinai establishing committees to resolve conflicts. In: Al-Masry al-Yawm, 10.8.2011.
- 36) Vgl. 20,000 shoulder-fired missiles smuggled to some Bedouin tribes. In: Rose al-Youssef weekly, 8.12.2011; Suspicions of Iranian funding of smuggling Libyan weapons to Sinai. In: Asharq al-Awsat, 8.5.2012.
- 37) Vgl. The gas or Sinai? In: An-Nahar (Libanon), 24.4.2012.
- 38) Vgl. Al Jazeera TV, 31.5.2012; Deutscher von Kidnappern getötet. In: Hamburger Abendblatt, 1.6.2012, S.4.
- 39) Vgl. Arne Perras: Die Wüste bebzt. In: Süddeutsche Zeitung, 29.5.2012, S.3; Al Qaida veröffentlicht Lebenszeichen von Geiseln. In: Hamburger Abendblatt, 28.4.2011, S.6.
- 40) Vgl. Douglas Farah: Terrorist-Criminal Pipelines and Criminalized States. In: Prism. A Journal of the Center for Complex Operations, 3/2011, S.15, 25f.; Wolfram Lacher: Organisierte Kriminalität und Terrorismus im Sahel: Ursachen, Akteure, Handlungsmöglichkeiten, Berlin 2011. (Stiftung Wissenschaft und Politik SWP-aktuell, 1/2011).
- 41) Vgl. Hans Krech: The Growing Influence of Al-Qaeda on the African Continent. In: Africa Spectrum, 2/2011, S.127f.
- 42) Vgl. Al Jazeera TV, 27.5.2012.
- 43) Vgl. Michael Knights: Baby boomer: a new generation of Libyan jihadists. In: Jane's intelligence review, 3/2008, S.22-25.
- 44) Vgl. Jeremy Binnie, Ezzeldeen Khalil, Scott Johnson: In the wings. Al-Qaeda and Middle East uprising. In: Jane's intelligence review, 4/2011, S.17.
- 45) Vgl. Libyan Jihadis move into political action, and enter the elections. In: Al-Hayat, 3.6.2012.
- 46) Vgl. Yossef Bodansky: The Release of Abu-Musab al-Suri. In: Defense & Foreign Affairs Strategic Policy, 1/2012, S.13.
- 47) Vgl. Hans Krech: Die neue Front gegen Al Qaida am Horn von Afrika: die Al-Shabab wollen 2011 die Übergangsregierung in Somalia stürzen. In: Der Mittler-Brief. Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, 2/2011.
- 48) Vgl. Salafist Terrorism Goes African. In: Defense & Foreign Affairs Strategic Policy, 6-7/2011, S.3.
- 49) Vgl. Al Jazeera TV, 25.5.2012; Al Jazeera TV, 1.6.2012.
- 50) Vgl. On Cue, IED and Insurgent Violence Follow Nigerian Elections. In: Defense & Foreign Affairs Strategic Policy, 5/2011, S.14.
- 51) Vgl. Sebastian Boe: Nigerian police hunt Al-Qaeda-linked suspect in UN attack. In: Jane's intelligence review, 10/2011, S.6.
- 52) Vgl. „Wir müssen als Erste rein“ Der neue BND-Präsident Gerhard Schindler, 59, über bürokratische Agenten und den wachsenden Einfluss von Al Qaida in Nordafrika. In: Der Spiegel, 16/2012, S.43.



**PD Dr. Youssouf Diallo**

Geb. 1962; Studium der Entwicklungssoziologie und Ethnologie an den Universitäten Ouagadougou (Burkina Faso), Straßburg und an der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales; 1993-1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld; 1999-2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung (Halle/Saale); 2004-2010 Privatdozent der Universität Leipzig; November 2010-April 2012 Dozent für Ethnologie und Interkulturelle Kompetenz an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg; Mitglied des Expertennetzwerkes Interkulturelle Kompetenz/Interkulturelle Einsatzberatung; Autor diverser Aufsätze. Arbeitet derzeit an einem Buchmanuskript „Nationalismus in Westafrika“.



**Dr. Hans Krech**

Geb. 1956; Hauptmann d.R.; Studium der Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Angehöriger des erweiterten Kaderkreises des Halleschen Fußballclubs HFC und der DDR-Fußball-Nationalmannschaft; wegen Entwicklung eines alternativen Sicherheitskonzeptes Verlust des Arbeitsplatzes und fünf Jahre Berufsverbot bei intensiver Überwachung durch das MfS; Verfasser eines Aufstandsaufzuges gegen das SED-Regime; 42 Ausreiseanträge; 1990/91 Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik IFSH in Hamburg; 1991-2000 wiss. Mitarbeiter und freier Mitarbeiter Deutsches Orient-Institut in Hamburg; seit dem 1.1.2001 Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. WIFIS mit Büro in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Autor zahlreicher sicherheitspolitischer Studien und Aufsätze. Derzeit Arbeit an einem Buchmanuskript „Al-Qaida 2009-2012“ (900 S.), das Ende 2012 erscheinen soll. [www.Hans-Krech.de](http://www.Hans-Krech.de)

# Österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter geänderten Rahmenbedingungen - Chance zur Profilschärfung des Bundesheeres

Johann Frank/Johann Pucher

Die Bundesregierung hat im Jahr 2011 den Versuch zur Neugestaltung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik begonnen. Der Weg soll von einer Überarbeitung der Sicherheitsstrategie über die Ableitung zielgerichteter militärischer Aufgaben und Fähigkeiten zu möglichen verteidigungspolitischen Profilen und nach erfolgter politischer Profilentcheidung zu einem Bundesheer 2025 führen. Leistbarkeit, politisch-öffentliche Akzeptanz sowie Fokussierung auf den absehbaren nationalen und den nachgefragten internationalen Bedarf sind die wesentlichen Kriterien, an denen die neue verteidigungspolitische Konzeption zu messen sein wird.

Angesichts der volatilen Umfeldentwicklung geht es nicht um die Durchführung einer einmaligen Reformanstrengung, sondern vielmehr um die Einführung eines kontinuierlichen Entwicklungs- und Anpassungsprozesses, der eine rasche Reaktionsfähigkeit und eine strategische Flexibilität gegenüber sich möglicherweise rasch verändernden Rahmenbedingungen sicherstellt. Kernelemente dieses strategischen Managementprozesses sind die gesamtheitliche Beurteilung und Antizipation der strategischen Lageentwicklung, ein kontinuierliches Szenario-Monitoring, die Erfassung relevanter strategischer Trendbruchereignisse („strategische Schocks“) sowie die Entwicklung klarer verteidigungspolitischer Wirkungsziele zur Sicherstellung eines transparenten Überprüfungsprozesses für die angestrebten Leistungsziele, bezogen auf Inlands-, Auslands- und Grundaufgaben des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH).

Ausgangspunkt ist der am 1. März 2011 von der Bundesregierung verabschiedete Bericht zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie<sup>1)</sup> (SipolBer), der zur weiteren Beratung an das Parlament übermittelt wurde. Der Bericht beinhaltet die österreichische sicherheitspolitische Grundkonzeption, die Sicherheitslage und das Risikobild, die Entwicklung des internationalen institutionellen Handlungsrahmens, die sicherheitspolitischen Werte, Interessen und Ziele Österreichs sowie die grundlegenden Leitlinien zur Verwirklichung der Sicherheitspolitik auf nationaler und internationaler Ebene.

Im folgenden Beitrag soll - basierend auf einer Textexegese des Berichts der Bundesregierung - auf die erforderlichen gesamtstaatlichen Umsetzungsprozesse und die verteidigungspolitischen Ableitungen sowie die ressortinterne Bearbeitung der Profilvarianten eingegangen werden.

## Anforderungsprofil, Entstehungskontext und Interpretation der neuen Sicherheitsstrategie

### Anforderungsprofil an eine moderne Sicherheitsstrategie

Eine zeitgemäße Strategie eines europäischen Kleinstaates wie Österreich kann per se nicht mehr rein national angelegt sein, sondern muss in die sicherheitspolitische Konzeption der EU eingebettet sein. Sie muss dabei den weiteren Weg der Europäisierung der österreichischen Sicherheitspolitik weisen.<sup>2)</sup>

Eine Sicherheitsstrategie sollte generell weitreichende Entscheidungs- und Handlungsoptionen eröffnen, gleichzeitig aber auch so präzise sein, dass sich konkrete Handlungen und Fähigkeitsplanungen ableiten lassen. Darüber hinaus darf sich eine moderne österreichische Strategie nicht auf eine militärische Bedrohungsreaktionskonzeption beschränken, sondern muss aktiv gestaltend angelegt sein und eine konkrete politische Leitlinie für die Implementierung eines umfassenden (ressortübergreifenden und zivilgesellschaftliche Akteure einbeziehenden) Sicherheitsansatzes darstellen. Es ist evident, dass ein ernst gemeinter umfassender Sicherheitsansatz tief in das kameralistische österreichische Verwaltungsprinzip eingreift und eine erhebliche Anpassung des weitgehend noch aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Rechtsbestandes an die modernen sicherheitspolitischen Erfordernisse verlangt. Der aktive Gestaltungsanspruch erfordert politische Führungskraft, klare Interessensdefinition und Nachhaltigkeit in der Umsetzung einmal identifizierter Interessensbereiche. Und nicht zuletzt sollte eine Sicherheitsstrategie zwar an politischen Zielen und Ambitionen orientiert sein, dabei aber die Zustimmung der Bevölkerung, die real verfügbaren Ressourcen und die realistischen eigenen Möglichkeiten nicht außer Acht lassen.

Eine objektive Analyse der Ausgangssituation muss von der Feststellung ausgehen, dass die Ziele der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin des Jahres 2001 (SVD) politisch, finanziell und militärisch als weitgehend gescheitert zu bewerten sind. Das politische Kernanliegen der SVD war bekanntlich der Versuch der beiden damaligen Regierungsparteien FPÖ und ÖVP, die Neutralität über den Zwischenschritt einer Selbstbeschreibung Österreichs als „allianzfreier Staat“ durch die Übernahme einer militärischen Beistandsverpflichtung aufzuheben. Da dabei der direkte Weg in die NATO nicht beschritten werden konnte, wurde interimistisch die Einführung einer militärischen Beistandsverpflichtung im Rahmen der EU unter voller österreichischer Mitwirkung postuliert. Für den Fall, dass die Inkorporierung einer Beistandsklausel in den EU-Vertrag nicht realisierbar sein

sollte, wurde die NATO-Mitgliedschaft als Option offen gehalten. Dies war aber nur ein kurzzeitiges und selbst von den schwarz-blauen Proponenten nur halbherzig verfolgtes Projekt. Die damaligen Oppositionsparteien (SPÖ und Die Grünen) haben dem nie zugestimmt. Der Bevölkerung wurde diese Zielsetzung nie wirklich kommuniziert. Sie hätte wahrscheinlich auch nicht die erforderliche Resonanz gefunden. Es überrascht daher wenig, dass bereits zwei Jahre nach Beschlussfassung Vertreter der FPÖ und der ÖVP von den ursprünglichen Zielen der Doktrin wieder Abstand nahmen.

Auch der konzeptionelle Versuch der SVD, das alte Konzept der Umfassenden Landesverteidigung zu einem modernen System der Umfassenden Sicherheitsvorsorge weiterzuentwickeln, ist nur ansatzweise gelungen. Mit Ausnahme der Etablierung des Nationalen Sicherheitsrates ist die Umfassende Sicherheitsvorsorge (USV) weder rechtlich noch organisatorisch substantiell implementiert worden. Anliegen und konzeptioneller Aufbau (System der Gesamt- und Teilstrategien) sind aber weiterhin wegweisend.

So ist es wenig erstaunlich, dass auch im militärischen Bereich weder die vorgesehene Division für die kollektive Verteidigung im EU- oder NATO-Rahmen noch das Brigade-Äquivalent für Krisenmanagement-Einsätze, ausgerichtet am obersten Spektrum der friedens erzwingenden Operationen, umgesetzt wurden. Auch das ambitionierte Vorhaben der Bundesheerreformkommission, dessen Herzstück die Bereitstellung einer Rahmenbrigade für anspruchsvolle militärische Auslandseinsätze darstellte, ist insbesondere aufgrund der realen Ressourcenlage weitgehend gescheitert.

Für die SPÖ ergab sich die Notwendigkeit der Überarbeitung der SVD insbesondere aus folgenden Gründen: NATO-Lastigkeit, Neutralitätsrelativierung und die Fokussierung auf Fragen der äußeren militärischen Sicherheit in Verbindung mit der Ausrichtung auf eine Teilnahme an internationalen Kampfeinsätzen.

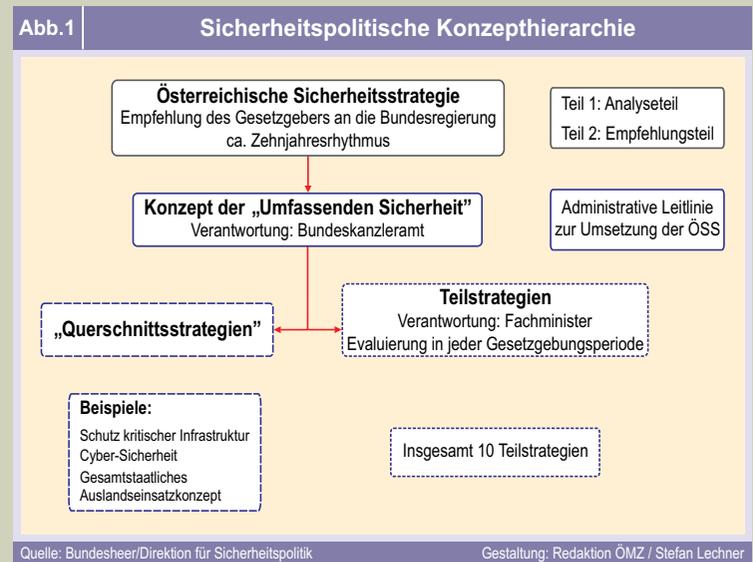
Beide Regierungsparteien führten im Herbst 2010 unabhängig voneinander Vorarbeiten durch, deren Ergebnisse im Dezember 2010 auch getrennt an das Präsidium des Parlaments übermittelt wurden.

Entscheidender Wendepunkt in den Bearbeitungen war aber die seit Ende des Jahres 2010 innenpolitisch alles überstrahlende Kontroverse rund um das Wehrsystem. Angesichts der dabei festgefahrenen politischen Positionen einigten sich die Regierungsparteien Ende Jänner 2011 schließlich darauf, die Frage des Wehrsystems zunächst in den Hintergrund zu stellen, zuerst die sicherheitspolitischen Ziele und Aufgaben zu definieren und erst dann die Frage nach einem geeigneten Wehrsystem wieder aufzugreifen. Diese Auffassungsunterschiede blieben bis dato unbewältigt.

Nach straffen redaktionellen Bearbeitungen durch ein interministerielles Redaktionsteam hat die Bundesregierung am 1. März 2011 den gemeinsamen Bericht zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie verabschiedet und zur weiteren Beratung an das Parlament übermittelt. Im Unterschied zur alten SVD findet sich im SipolBer keine Aussage zur Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Vielmehr wurde das Dokument durch Einflussnahme der jeweiligen politischen Seite bewusst so ambivalent gehalten, dass sich beide Regierungsparteien mit ihren bekannten unterschiedlichen Positionen wiederfinden können. Der Bericht kommt im

Wesentlichen einem Analyseteil gleich, dem noch die operationellen Umsetzungsmaßnahmen fehlen. Neben der Kommentierung des Analyseteils sollten die konkreten Ableitungen und Handlungsempfehlungen dem parlamentarischen Diskussionsprozess mit dem gleichzeitigen Versuch, eine möglichst breite parlamentarische Mehrheit zu erzielen, vorbehalten bleiben. Die Bundesregierung hat jedoch auch diesen Takt der Bearbeitung durch die Erstellung eines Non-Papers sehr aktiv beeinflusst und damit die Diskussionsrichtung vorgegeben.

Durch den SipolBer wird die 2001 eingeführte sicherheitspolitische Konzeptionshierarchie nicht verändert. Sie besteht aus der parlamentarisch verantworteten Sicherheitsstrategie, dem Konzept der Umfassenden Sicherheitsvorsorge, das in Verantwortung des Bundeskanzleramts auf administrativer Ebene die ressortübergreifende Umsetzung steuern soll, und den daraus abgeleiteten Querschnitts- und Teilstrategien. Diese Folgedokumente werden aber auf Basis der neuen politischen Vorgaben zu evaluieren und anzupassen sein. Dabei wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass der bereits in der SVD enthaltene und im SipolBer erneuerte umfassende Ansatz auch in den Teilstrategien weitergeführt wird. Der umfassende Sicherheitsansatz darf sich auf der Ebene der ressortbezogenen Teilstrategien nicht wieder in getrennte Politikfelder auflösen. Vielmehr müssen die Teilstrategien den umfassenden Sicherheitsansatz im Sinne eines Konzepts der „prismatischen Sicherheit“<sup>(3)</sup> auf bestimmte Sachfragen fokussieren und operationalisieren. Querschnittskonzepte, die jene Materien regeln, die nicht klar in die Zuständigkeit eines Ressorts fallen wie z.B. Cybersicherheit, gesamtstaatliches Auslandseinsatzkonzept, Schutz kritischer Infrastruktur oder Regionenstrategien, gewinnen besondere Bedeutung und werden insbesondere die Koordinationsfähigkeit der verantwortlichen Stellen des Bundeskanzleramts fordern.



### Grundprinzipien der österreichischen Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik wird in Österreich traditionell umfassend und als zivil-militärische Querschnittsaufgabe interpretiert. Dieses zivil-militärische Paradigma ist heute aber nicht wie die Umfassende Landesverteidigung zur Zeit des Kalten Krieges auf die Bewältigung einer existenziellen militärisch-konventionellen Bedrohung, sondern auf die Prävention und Bewältigung von neuen horizontal wirkenden (asymmetrischen) Sicherheitsrisiken ausgerichtet.

Dieser umfassende zivil-militärische Sicherheitsansatz manifestiert sich in den im SipolBer genannten Grundprinzipien, denen die österreichische Sicherheitspolitik zukünftig folgen soll.<sup>4)</sup> Sie umfassen

- das Prinzip der umfassenden Sicherheitsvorsorge, das zivile und militärische sowie innere und äußere Aspekte der Sicherheitspolitik in einem ressortübergreifenden<sup>5)</sup> und auch die Zivilgesellschaft<sup>6)</sup> einbeziehenden Ansatz zielgerichtet zum Zusammenwirken bringen soll,

- das Prinzip der aktiven und präventiven Gestaltung bzw. einer Verhinderung des Entstehens bzw. Wirksamwerdens von Bedrohungen auf Basis eines integrierten Politikansatzes,

- das Prinzip der Solidarität, insbesondere im Rahmen der EU, aber darüber hinaus auch auf globaler Ebene,

- das Prinzip der menschlichen Sicherheit, das dem Individuum mit seinen Grundrechten und Sicherheitsbedürfnissen gleiche Bedeutung beimisst wie der staatlichen Sicherheit, und

- das Prinzip einer engagierten Neutralitätspolitik, das sich implizit aus dem Gesamtkontext des SipolBer ergibt.

Dem SipolBer zufolge wird die Neutralität als besondere Gestaltungsmöglichkeit interpretiert. Das fordert Österreichs Sicherheitspolitik insbesondere in den Bereichen Friedenspolitik, Konfliktprävention, Konfliktmediation und Konfliktnachsorge. Falls dieser komparative Vorteil des spezifischen Charakters der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik politisch ausgeschöpft wird, kann Österreich auch zu einem Rollenmodell für Staaten werden, die zwar eine Annäherung an die EU, nicht aber einen Beitritt zur NATO suchen.

Verteidigungspolitisch bedeutet das Hervorheben der österreichischen Neutralitätspolitik im SipolBer jedoch keine neuen Einschränkungen in der Kooperation mit europäischen Partnern, solange diese Zusammenarbeitsprogramme den Zielen der UNO bzw. der Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags von Lissabon dienen.

Zur sicherheitspolitischen Grundausrichtung des SipolBer gehört auch eine ausgewogene Balance zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Konkret wurde im SipolBer versucht, einen Ausgleich zwischen den notwendigen nationalen Sicherheitsvorsorgen zur Verhinderung neuer Formen nichtterritorialer, transnational wirkender Sicherheitsrisiken in Österreich und angemessenen internationalen Stabilitäts- und Solidaritätsbeiträgen zu finden.

### **Umfeldentwicklung und Risikobild**

Dem SipolBer liegt implizit die Annahme einer kooperativen internationalen Umfeldentwicklung zugrunde. Angesichts der volatilen Entwicklungen im strategischen Umfeld legt sich der Bericht nicht eindeutig auf ein bestimmtes Umfeldszenario fest. Die österreichische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist aufs Engste an die EU gekoppelt. Der Regierungsbericht zur neuen Sicherheitsstrategie hat diese weitgehende europäische Bindung bestätigt. Daher ist eine realistische Einschätzung der weiteren EU-Entwicklung von entscheidender Bedeutung.

### **EU und NATO**

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung waren die langfristigen sicherheitspolitischen Konsequenzen der aktuellen Krise der EU noch nicht abschließend beurteilbar. Auch wenn die Komplexität der weiteren Entwicklung von EU und Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) im SiPolBer nicht abschließend besprochen werden konnte,

soll im Sinne eines Exkurses auf wesentliche sicherheitspolitische Aspekte der aktuellen EU-Entwicklung eingegangen werden.

Prägende Faktoren der aktuellen EU-Entwicklung sind insbesondere (1) die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise, (2) die sich dynamisch verändernde strategische Umfeldentwicklung mit geopolitischen Gewichtverschiebungen vom transatlantischen in den transpazifischen Raum, (3) die zögerliche Implementierung des Vertrags von Lissabon, (4) der Anstieg populistischer, gegen die EU gerichteter Kräfte in vielen Mitgliedstaaten sowie (5) die Neugewichtung der Außen- und Sicherheitspolitik der USA.

Die 2008 eskalierte Finanz- und Wirtschaftskrise wurde - durch die Umschuldung von Kreditschulden in die öffentliche Hand und großzügige Stimulationsprogramme beschleunigt - seit 2010 immer mehr zu einer Staatsschuldenkrise. Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Folgen sind weitreichend, aber im öffentlichen und politischen Bewusstsein noch nicht wirklich präsent. So lässt der verordnete Sparzwang bereits heute nachstehende sicherheitspolitische Konsequenzen erkennen:

- Die internationale Rolle der EU hat tendenziell an Ansehen und Glaubwürdigkeit verloren, da die globale „soft power“-Attraktivität der EU weitgehend auf der Vorbildfunktion ihres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells sowie der Anziehungskraft des europäischen Binnenmarktes beruht. Besonders kritisch könnte sich für Europa der Attraktivitäts- und Einflussverlust in der unmittelbaren Nachbarschaft (Ukraine, Weißrussland, Südkaukasus und Nordafrika) auswirken, wo sich Russland und die Türkei als alternative Akteure mit eigenen Ordnungsideen etablieren könnten.

- Die Finanzkrise akzentuiert Inkohärenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten in makropolitischen Fragen. So treten im Zuge der Krise regionale Differenzen zwischen den mediterranen südeuropäischen, den osteuropäischen, zentral-westeuropäischen und angelsächsisch-nordeuropäischen Staaten hinsichtlich Finalität, institutionellem Charakter, finanz- und wirtschaftspolitischer Grundausrichtung sowie außenpolitischer Orientierung auf.

- Die rezente Krise birgt das Risiko des Handlungsverlusts europäischer Institutionen infolge interner Blockaden und Defizite im Entscheidungsfindungsprozess. Extra-institutionelle Problemlösungsansätze in Form rasch wechselnder, informeller und themenbezogener Koalitionen der Willigen sind mögliche Folgen.

- Die restriktive Sparpolitik könnte in einigen EU-Staaten zu soziopolitischen Instabilitäten führen. Ein weiterer Anstieg von extremistischen und populistischen Kräften mit negativen Folgen für die europäische Integrationsentwicklung ist bereits jetzt erkennbar.

Hinsichtlich der längerfristigen Entwicklungsperspektiven können aus analytischer Sicht vier mögliche EU/GSVP-Entwicklungsszenarien beschrieben werden:

1. „Muddling Through“: Im bisherigen rechtlichen Rahmen wird unter starker Reduktion des Ambitionsniveaus auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners weitergearbeitet. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist weitgehend reaktiv und primär auf zivil-militärische Einsätze ausgerichtet. Die NATO könnte dabei den zentralen Rahmen für die Organisation der europäischen Verteidigung und Sicherstellung einer militärischen Handlungsfähigkeit bilden.

2. „Variable Gruppenbildung“: Gegebenenfalls unter Ausnutzung der Möglichkeit der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ schließen sich Staaten in unterschiedlichen Politikfeldern zu Kernen engerer Kooperation zusammen. Es bilden sich unterschiedliche Entscheidungszentren, wechselnde Koalitionen, informelle Abstimmungszirkel und sektorial unterschiedliche Formate der Zusammenarbeit. Diese Gruppen können sich bestimmter Regionen und sicherheitspolitischer

Themen annehmen. Im Optimalfall sollten diese Gruppenpolitiken am gesamteuropäischen Interesse ausgerichtet sein. Denkbar wäre auch ein einziger sich verdichtender exklusiver Kern, der insbesondere infolge von vertragsrechtlichen Veränderungen, ausgelöst durch die Eurokrise, entstehen könnte.

3. „GSVP als europäischer Pfeiler der NATO“: In diesem Szenario würden die EU-Staaten ihre sicherheitspolitische und militärische Kapazitätenentwicklung im Sinne eines funktionierenden „Pooling und Sharing“ verbessern und in den transatlantischen Rahmen einbringen. Dadurch sollte sowohl die Zusammenarbeitsfähigkeit mit den USA als auch eine gewisse autonome europäische Handlungsfähigkeit in kleineren Krisenszenarien sichergestellt werden.

4. „Desintegration“: Das Unionsmodell verliert an Reiz, viele Staaten wollen die strengen finanzpolitischen Restriktionen nicht mehr tragen, ein zunehmendes „opting out“ bzw. der Rückzug vieler Staaten von wichtigen Integrationsritten (insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion) schwächen das europäische Projekt nachhaltig. Ungeachtet der faktischen Handlungsunfähigkeit können institutionelle Rahmenorganisationen der EU noch lange weiter bestehen.

Unabhängig von möglichen Entwicklungsszenarien ist für den Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik jedenfalls festzustellen, dass eine einheitliche Weiterentwicklung im Format der EU-28 wenig wahrscheinlich ist. Daher bleibt die GSVP längerfristig primär vom nationalen politischen Gestaltungsanspruch und dem politischen Willen der Mitgliedstaaten abhängig. Ein bloßes Nachvollziehen von Brüsseler Beschlüssen wird künftig mangels entsprechender gesamteuropäischer Entwicklungsdynamik nicht ausreichen. Österreich wird seine

politischen und sicherheitspolitischen Interessen klarer definieren müssen. Auch wenn Österreich seine Interessenschwerpunkte in der EU insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat und sich dabei zum leistungsfähigen Kern der europäischen Entwicklung zählt, sind künftig zur Flankierung dieser Kerninteressen verstärkt komplementäre Anstrengungen auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erforderlich.

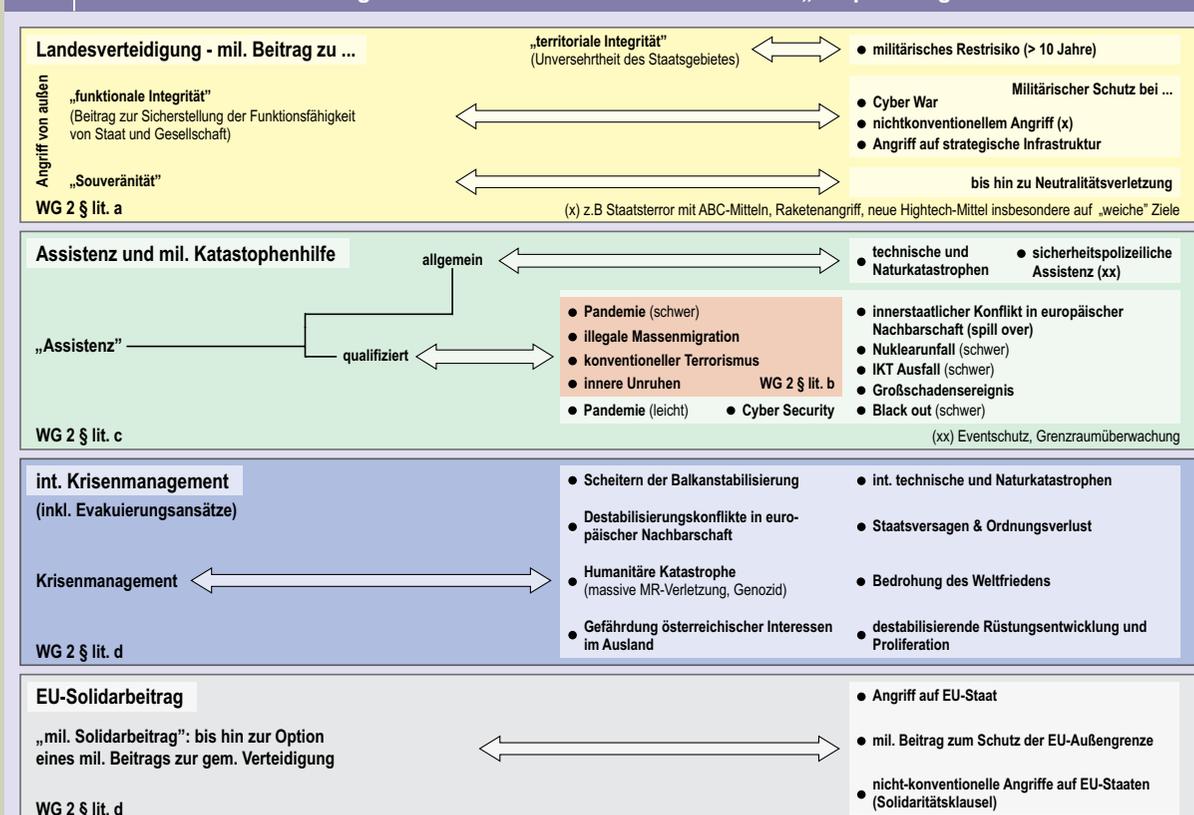
Gleichzeitig ist auch die NATO-Entwicklung zu beobachten. Selbst nach dem jüngsten Chicago-Gipfel ist nicht gesichert, dass die USA auch zukünftig Treiber der bzw. Kompensator für die europäische militärische Kapazitätenentwicklung sein wollen. Wenn der militärische Pfeiler der GSVP stagniert, könnte es zu einer Arbeitsteilung zwischen EU (Schwergewicht auf kooperativer Sicherheit) und NATO bzw. Koalitionen der Willigen (Sicherstellung kollektiver militärischer Sicherheitsaufgaben inklusive Bündnisverteidigung und strategische Erzwingungsoperationen) kommen. Die angedachte „transorganisatorische“ Kapazitätenentwicklung über Institutionengrenzen hinweg könnte langfristig der Schlüssel sowohl zur Stärkung des europäischen Pfeilers im Rahmen einer neu geordneten transatlantischen Sicherheitsarchitektur als auch zu einer Verbesserung des Zusammenwirkens aller relevanten internationalen Institutionen im Rahmen eines funktionierenden Comprehensive Approach sein.

Am schlechtesten für die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wäre jedenfalls eine Doppelschwäche von EU und NATO. Österreich hat ein strategisches Interesse an funktionsfähigen internationalen Sicherheitsorganisationen. Diese gewünschte Funktions- und Handlungsfähigkeit erfordert allerdings auch angemessene österreichische Beitragsleistungen.

### Risikobild im Wandel

Der SipolBer verabschiedet sich endgültig von den Bedrohungs-

Abb.2 Generische Zuordnung der Anlassszenarien für die definierten „vertpol. Aufgaben“ der ÖSS 2011



Unterstützung der staatlichen Handlungsfreiheit und „Antizipation“ (Lagebild) sind Querschnittsaufgaben

bildern des Kalten Krieges und geht von der Feststellung aus, dass auch die Folgen des Ost-West-Konflikts nicht länger die sicherheitspolitische Agenda bestimmen. Konventionelle militärische Angriffe gegen Österreich werden als „auf absehbare Zeit unwahrscheinlich“<sup>(7)</sup> eingestuft. Während in der alten SVD noch sieben bis zehn Jahre als strategische Vorwarnzeit für ein allfälliges Wiederentstehen einer direkten militärischen Bedrohung festgeschrieben waren, fehlen nunmehr konkrete Zeitangaben. Freilich wird ein militärisches Restrisiko mit dieser Formulierung auch nicht gänzlich ausgeschlossen. Von den beiden bisher im Verteidigungsministerium diskutierten Interpretationsansätzen, dass diese Textierung angesichts der hohen sicherheitspolitischen Ungewissheit nur wenige Jahre meine oder dass die Vorwarnzeit nunmehr größer als zehn Jahre sei, hat sich bisher letzterer durchgesetzt. Diese Auslegung hat insbesondere für die Verteidigungspolitik weitreichende Konsequenzen, da gemäß rezenten militärstrategischen Planungen für Aufgaben, die innerhalb von zehn Jahren nicht abgerufen werden, keine eigenen Systeme und Fähigkeiten vorgehalten werden.

Klar ist, dass mit dem SipolBer die Aufgabe der territorialen Landesverteidigung gegenüber konventionellen militärischen Angriffen von außen noch weiter in den Hintergrund rückt. Die aktuelle Formulierung des Berichts lässt somit eine Redimensionierung der konventionellen militärischen Landesverteidigung auf die Stufe eines Kompetenzerhaltes der Kapazitäten für konventionelle Verteidigungsaufgaben zu. Aus Sicht der Autoren wäre es empfehlenswert, jene Textpassagen zu nutzen, die auf die Notwendigkeit „lageangepasster Aufwuchsfähigkeit“ und auf die Erfordernisse einer umfassend angelegten strategischen Früherkennung hinweisen. Diese militärstrategische Grundfrage wäre dann alle zwei bis drei Jahre neu zu beurteilen. Dabei sollte bewertet werden, ab welchem Zeitraum bzw. bei Eintritt welchen Ereignisses ein konventionelles militärisches Restrisiko wieder an Planungsrelevanz gewinnt.

Das Zurücktreten überholter Kriegs- und Konfliktbilder bedeutet aber nicht, dass Österreichs Sicherheit keinen Bedrohungen und Risiken ausgesetzt ist. Anders als die Wahrscheinlichkeit einer konventionellen militärischen Bedrohung betont der SipolBer die Relevanz der neuen Risiken inklusive der Frage eines mit nichtkonventionellen Mitteln ausgetragenen Angriffs gegen Österreich. Der Bericht stellt diesbezüglich fest, dass Österreich von neuen Risiken und Bedrohungen betroffen ist, und nennt dabei insbesondere den internationalen Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, gescheiterte Staaten, Bedrohungen der kritischen Infrastruktur, soziale Konflikte und massive Menschenrechtsverletzungen, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Ressourcenknappheit und die Folgen des Klimawandels sowie der Finanzkrise. Darüber hinaus werden Extremismus, Entwicklungsdefizite durch Nichterreichen der Millenniumsziele oder Störfälle in Atomkraftwerken genannt.

Diese Auflistung ist nicht als abschließende Risikoliste zu werten, sondern stellt vielmehr eine indikative Nennung jener Risiken dar, die seitens der Politik als besonders relevant eingestuft werden. Damit ist die Bedrohungsperzeption des SipolBer weitgehend mit jener anderer europäischer Staaten vergleichbar. Konsequenterweise ist im SipolBer

die Erarbeitung eines konkreten, nach Eintrittswahrscheinlichkeiten und Auswirkungen gewichteten Risikobilds unter Einbeziehung aller erforderlichen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure nach Beschlussfassung der Sicherheitsstrategie vorgesehen. Auf Basis einer solchen Risikomatrix muss dann auch eine Klärung des militärischen Beitrags zur Bewältigung der jeweiligen Risikokategorie erfolgen. Im Rahmen der Erstellung dieses Lagebildes sollten dem einleitend angesprochenen aktiven Akteursanspruch zufolge nicht nur Risiken erfasst, sondern vielmehr auch österreichische sicherheitspolitische Gestaltungs- und Positionierungschancen dargestellt werden.

### **Zum Verhältnis zwischen innerer Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik**

Das seit dem Jahr 2001 eingeführte System der Umfassenden Sicherheitsvorsorge zielt auf ein möglichst koordiniertes Zusammenwirken aller relevanten Politikbereiche. Der SipolBer bekräftigt diesen Ansatz. Obwohl mittlerweile zehn Politikfelder in Form von Teilstrategien<sup>(8)</sup> in diesen Ansatz eingebunden sind, nimmt der SipolBer nur auf drei Dimensionen, nämlich Außen-, Innen- und Verteidigungspolitik, explizit Bezug. Im Unterschied zu vergleichbaren internationalen Dokumenten wird der inneren Sicherheit in Österreich größere Aufmerksamkeit eingeräumt. Gleichzeitig bleiben andere Dimensionen, die für die Sicherheit in Österreich auch relevant sind wie z.B. Wirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Energie oder Bildung, unterbelichtet. Die vorgelegten Ausführungen zur inneren Sicherheit spiegeln weitgehend aktuelle Ressortziele des Innenministeriums wider. Im Zuge der Redaktionsarbeiten war der Versuch erkennbar, den Begriff der „inneren Sicherheit“ tendenziell über die traditionellen Aspekte der „öffentlichen Sicherheit“ hinausgehend zu interpretieren. Es wäre aber verfehlt, aus dem allgemein akzeptierten Faktum einer immer engeren Verflechtung von innerer und äußerer Sicherheit abzuleiten, dass alle sicherheitsrelevanten Akteure, deren Aktivitäten und Ressourcen sowohl auf nationaler wie auf europapolitischer Ebene primär in den Dienst der inneren Sicherheit zu stellen wären. Ein solcher Ansatz würde einer nicht gewollten Renationalisierung der Sicherheitspolitik Vorschub leisten und entspräche nicht dem Geist des SipolBer.

Richtig ist vielmehr die Feststellung des Berichts, dass die neuen Sicherheitsrisiken nur in einem ressortübergreifenden Ansatz bewältigt werden können. Einer der konzeptiv innovativsten Gedanken des Regierungspapiers ist die Betonung der umfassenden Sicherheitsvorsorge und des „Whole-of-Government Approach“. Es wäre wünschenswert, wenn die neue Sicherheitsstrategie das politische Momentum schaffen könnte, um die ressortübergreifende Umfassende Sicherheitsvorsorge zu reanimieren und als gesamtstaatliches Aufgabenfeld zu etablieren, da die USV bisher über das Konzeptstadium kaum hinausgekommen ist.

In den außenpolitischen Abschnitten des SipolBer fallen insbesondere die Betonung des Amtssitzes Wien und die Ambition auf, sich künftig aktiv in Konfliktmediation und im Anbieten Guter Dienste einbringen zu wollen. In Bezug auf das weitere internationale Profil sind das Bekenntnis, sich an der Weiterentwicklung der GSVP der EU in allen ihren Dimensionen beteiligen zu wollen, die erstmalige Priorisierung der für Österreich besonders wichtigen Regionen und die Darlegung eines Kriterienkatalogs für die zukünftige Entsendung größerer Kontingente erwähnenswert. Eine profilierte internationale Gestaltungsrolle Österreichs kann aus den weitgehend deskriptiv gehaltenen außenpolitischen Passagen des SipolBer aber nicht herausgelesen werden. Eine normativ-faktische Beschreibung des Agierens von internationalen Organisationen, in die Österreich eingebunden ist, ist für eine policy-geleitete Außen- und

Sicherheitspolitik nicht ausreichend. Ein richtungsweisender Aspekt ist aber, dass Sicherheitspolitik als Chance zur aktiven Gestaltung verstanden wird.

### Neue verteidigungspolitische Vorgaben

Im Sinne einer zeitgemäßen Auslegung der verfassungsmäßig definierten Aufgaben des Bundesheeres werden der Verteidigungspolitik nachstehende Grundaufgaben zugeordnet:

1. Gewährleistung der staatlichen Souveränität und Integrität,
2. Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und der kritischen Infrastruktur,
3. Schutz der Bevölkerung, auch im Bereich der Katastrophenhilfe,
4. Unterstützung der staatlichen Handlungsfähigkeit in Krisensituationen strategischen Ausmaßes,
5. Leistung solidarischer Krisenmanagementbeiträge und
6. Leistung eines militärischen Solidarbeitrags zum sicherheitspolitischen Handeln der EU.

Die genannten Aufgaben können dem SipoBer zufolge nur im Zusammenwirken der Verteidigungspolitik mit anderen Politikfeldern, insbesondere der Außenpolitik und der inneren Sicherheit, effektiv erfüllt werden. Dieser Ansatz hat zwei Implikationen. Zum einen leisten damit auch nichtmilitärische Dimensionen der österreichischen Sicherheitspolitik einen Beitrag zur Erreichung der verteidigungspolitischen Ziele. Die konkreten Modalitäten wären im Rahmen der jeweiligen Teilstrategien darzustellen. Zum anderen ist die österreichische Verteidigungspolitik kein eigenständiges Konstrukt, sondern wesentliches Element einer umfassenden, ressortübergreifenden Sicherheitspolitik. Sie hat ihre Planungen und Maßnahmen bestmöglich in den Kontext der gesamtstaatlichen Sicherheitspolitik<sup>9)</sup> zu stellen. Daraus folgt u.a., dass neben den genuinen militärischen Kernaufgaben unter Maßgabe der verfügbaren Ressourcen auch gesamtstaatliche Prozesse aktiv unterstützt werden sollen. Das ÖBH verfügt jedenfalls über spezifische Fähigkeiten, etwa in den Bereichen Antizipation, Ausbildung und Stabsarbeit, die das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) zu einem wesentlichen Akteur der nationalen Sicherheitsvorsorge machen.

Im Unterschied zum System der Umfassenden Landesverteidigung, in dem sich das Postulat der Abstimmung der geistigen, zivilen, wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung primär auf Aufgaben in Österreich bezogen hat, schließt das Konzept der Umfassenden Sicherheitsvorsorge auch die internationale Dimension mit ein. Folgerichtig sind der Verteidigungspolitik auch internationale Aufgaben zugeordnet. Eine koordinierte Fähigkeitenplanung, die sowohl nationale als auch internationale Aufgaben berücksichtigt, ist vor dem Hintergrund des allgemeinen Kostendrucks das Gebot der Stunde.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der veränderten geostrategischen Lage ist der scheinbar selbstverständliche Begriff der militärischen Landesverteidigung fraglich geworden. Eine neue Sicherheitsstrategie ist nach Auffassung der Autoren gefordert, eine zeitgemäße Interpretation zu geben. Österreich hat sich von einem neutralisierten Pufferstaat im Kalten Krieg über einen an der europäischen Stabilitätszone

gelegenen Frontstaat in exponierter Lage zu dem manifest instabilen Balkan und den instabilen Transformationsstaaten Ostmitteleuropas in den 1990er-Jahren in einen Zentrumsstaat in der gesicherten geopolitischen Tiefe eines weitgehend befriedeten Europas verändert.<sup>10)</sup> Das EU-Mitgliedsland Österreich ist heute - umgeben von sechs NATO-Staaten - geostrategisch in einer vorteilhaften Situation. Der SipoBer verschiebt daher konsequenterweise den Fokus weg von der Territorialverteidigung hin zu einem funktionalen Verteidigungsbegriff. Im Zentrum des neuen Verteidigungsverständnisses steht die Gewährleistung bzw. Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit von Staat, Gesellschaft und Lebensgrundlagen im Falle von Angriffen von außen.

Der Bericht der Bundesregierung stellt klar, dass das ÖBH als unverzichtbares Element der inneren und äußeren Sicherheit verankert ist. Im Inneren hat das ÖBH nicht bloß Assistenzfunktion, vielmehr können die „Bewältigung von subkonventionellen Bedrohungen oder von neuen Gefährdungen wie zum Beispiel infolge von Cyber-Angriffen“ zu einem neuen militärischen Aufgabenfeld werden.<sup>11)</sup> Die Fähigkeit zum Übergang von einem Einsatz, der als Assistenzeinsatz beginnt, zu einer militärisch geführten Schutzoperation ist sicherzustellen.

Assistenzeinsätze bleiben weiterhin eine unumstrittene und breit akzeptierte Aufgabe des Heeres. Unterschiede sind auch nach dem SipoBer in der politischen Interpretation der Assistenzfunktion erkennbar. Unbestritten ist das Faktum, dass das ÖBH Assistenzanforderungen von dazu legitimierten Instanzen Folge zu leisten hat.



Während eines Löscheinsatzes (Bild) im Lechtal wurden 45.000 Liter Wasser abgeworfen. Diese Assistenzeinsätze bleiben eine breit akzeptierte Aufgabe des Heeres.

Verschiedene Sichtweisen gibt es aber in der Frage, ob Assistenzaufgaben zukünftig auch struktur- und fähigkeitsbestimmend sein sollen. Jedenfalls wird das ÖBH immer allgemeine Unterstützung leisten können, etwa im Transport-, Kommunikations- oder Sanitätsbereich. Offen geblieben ist im SipolBer jedoch noch der konkrete Anteil an spezialisierten Assistenzfähigkeiten. Dazu schlagen die Autoren vor, auf der Grundlage einer ressortübergreifenden Szenarienfestlegung und einer gesamtstaatlichen Bedarfsanalyse im Rahmen einer ressortübergreifenden Fähigkeitenkonferenz festzulegen, welches Ressort welche Mittel vorbereitet. Ein solcher Prozess stieß bisher insbesondere im Bundesministerium für Inneres nicht auf ungeteilte Zustimmung und wird somit bedauerlicherweise aller Wahrscheinlichkeit nach auch in einer Endfassung der Sicherheitsstrategie fehlen. Damit bliebe diese Problematik offen und ein Left-over für eine nächste Regierung oder ein Lessons learned-Prozess aus einem allfälligen konkreten Anlass. Das BMLVS geht damit weiterhin von einer Doppelverwendung von Kräften für In- und Ausland unter Nutzung der komparativen Stärken der jeweiligen Einsatzorganisationen aus. Auf Basis des SipolBer wird das ÖBH seine allgemeinen Assistenzfähigkeiten weiter verbessern müssen. Darüber hinaus sollten auch aus Ressortsicht jene spezifischen Exzellenzbereiche definiert werden, in denen das ÖBH zukünftig ein besonderes Leistungsprofil anstrebt. Die Autoren denken da etwa an die Bereiche ABC-Abwehr, spezielle Pionieraufgaben, Sanität, technologische Überwachung und Cyberkapazitäten.

Der SipolBer ordnet dem ÖBH die Funktion einer strategischen Handlungsreserve der Republik in Krisensituationen außergewöhnlichen Ausmaßes zu. Das ist in dieser Form neu und wirft weiterführende Interpretationsfragen auf. Die Reduzierung der Funktion „strategische Handlungsreserve“ auf ein Argument für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht durch Fokussierung auf die Bereitstellung großer Personalstärken würde nach Auffassung der Autoren zu kurz greifen. Die Substanz dieser Funktion hängt vielmehr eng mit dem System der Umfassenden Sicherheitsvorsorge zusammen. Sie kann spezifische gesamtstaatliche Aufgaben wie z.B. Bereitstellung von Transport- oder Kommunikationsaufgaben ebenso umfassen wie die Vorhaltung von eigens für diese Funktion abgebildeten Sanitäts- oder Lagerhaltungskapazitäten für die Republik Österreich. Da diese Handlungsreservefunktion für die gesellschaftspolitische Akzeptanz des ÖBH von wesentlicher Bedeutung ist, erwarten die Autoren, dass diese Aufgabe in der weiteren Profilentwicklung des ÖBH entsprechende Berücksichtigung finden wird.

Die Beiträge zum internationalen Krisenmanagement sind gemäß dem SipolBer weiterhin ein ganz zentraler Aufgabenbereich des ÖBH. Das ÖBH soll dabei das gesamte Spektrum der im Vertrag von Lissabon festgelegten Krisenmanagemententsätze inklusive einer fortgesetzten Beteiligung an den EU-Battlegroups abdecken. Eine funktionale Einschränkung des Auslandsengagements auf bestimmte Aufgabenbereiche entspricht somit nicht den politischen Vorgaben des SipolBer. Eine stärkere Fokussierung der internationalen Krisenmanagementbeiträge mit einem besonderen Schwergewicht auf Stabilisierung und Wiederaufbau und Nutzung von Möglichkeiten der Spezialisierung ist hingegen vorgesehen. Nach Ansicht der Autoren wird die Verknappung

der finanziellen Mittel für das ÖBH diesen Ansatz determinieren. Die drastischen Einsparungen im Verteidigungsbereich in nahezu allen europäischen Staaten machen Kooperationen, Schwergewichtsbildungen und Spezialisierungen unumgänglich.

Aufgaben der militärischen Unterstützung von Krisenprävention, Sicherheitssektorreform, lokalem Kapazitätenaufbau und Rüstungskontrolle gewinnen im Vergleich zur alten Doktrin an Bedeutung.

Als wesentliches Manko in der Beschreibung der internationalen Beiträge sind die vagen Aussagen zu den zivilen Fähigkeiten (Polizisten, Katastrophenhelfer, Administrationsexperten, Richter etc.), die Österreich zukünftig entwickeln will, zu sehen. Auch wenn eine Verengung der Sicherheitspolitik auf Militärpolitik nicht dem neuen Geist der Österreichischen Sicherheitsstrategie entspricht, muss festgehalten werden, dass das Bundesheer seit Jahrzehnten der Hauptträger internationaler Friedens- und Krisenmanagementengagements ist. Budgetkürzungen im Bereich der Verteidigungspolitik haben damit gesamtstaatliche Konsequenzen. Sie minimieren auch die Außenwirksamkeit und das internationale Profil der Republik Österreich.

Die langfristige verteidigungspolitische Integrationsperspektive und die Option zur Teilnahme an einem sich entwickelnden System der europäischen Verteidigung sind im SipolBer vage und nur in verklausulierter Form<sup>12)</sup> enthalten. Rechtlich erwächst aufgrund der Inanspruchnahme der „Irischen Klausel“ im Vertrag von Lissabon (Artikel 42 Absatz 7) für die neutralen Staaten kein militärischer Beitragsautomatismus im Falle eines (wenig wahrscheinlichen) konventionellen Angriffs auf einen EU-Staat. Es liegt aber im politischen Ermessen Österreichs, neben politischen und zivilen Beiträgen gegebenenfalls auch einen militärischen Beitrag zu leisten. Daher hätte sich nach Meinung der Autoren die zukünftige österreichische Verteidigungsplanung grundsätzlich auch auf diese Entwicklung einzustellen. Als eine Option bietet sich an, dass robustere Kapazitäten, die für das Krisenmanagement bereitgestellt werden, vorbehaltlich einer entsprechenden politischen Beschlussfassung auch für einen „EU-Verteidigungsfall“ herangezogen werden können. Auf absehbare Zeit ist selbst auf EU-Ebene keine Konkretisierung bzw. Operationalisierung der militärischen Beistandsklausel zu erwarten. Daher wäre zum jetzigen Zeitpunkt eine einseitige Selbstbindung Österreichs durch Angabe konkreter militärischer Beiträge für Zwecke einer zukünftigen EU-Verteidigung weder militärisch seriös möglich noch politisch zweckmäßig.

Der SipolBer stellt richtigerweise fest, dass die komplexen Sicherheitsherausforderungen in Verbindung mit den Budgetzwängen vermehrt europäische Kooperationen sowie Arbeits- und Lastenteilung erfordern. Daher solle Österreich im Rahmen der EU, aber auch der UNO verstärkt von Möglichkeiten der Spezialisierung und fokussierter Beitragsleistungen Gebrauch machen.<sup>13)</sup> Als mögliche Partner werden die regionalen zentraleuropäischen Nachbarstaaten angeführt. Obwohl die für die Kooperationen relevanten Textpassagen über weite Strecken deskriptiven und nicht prospektiven Charakters sind, liegt der Neuausrichtung der verteidigungspolitischen Passagen der Grundsatz „So viel Kooperation wie möglich“ zugrunde.

### **Der internationale Handlungsrahmen der österreichischen Sicherheitspolitik**

Was die Bedeutung der einzelnen internationalen Organisationen betrifft, legt der SipolBer weiterhin die EU als den zentralen Handlungsrahmen für die österreichische Sicherheitspolitik fest. Er bekennt sich folgerichtig auch zu einer Mitwirkung im gesamten Spektrum der sicherheitspolitischen Aktivitäten gemäß EU-Vertrag. Diese europäische Grundausrichtung geht aber einher mit einem im Vergleich zur SVD aus 2001 klareren politischen Bekenntnis zu den

Vereinten Nationen und ihrer höchsten völkerrechtlichen Legitimität in Fragen der internationalen Sicherheit. Österreich solle, so der SipolBer, sein traditionelles UNO-Engagement sowohl politisch als auch militärisch auf hohem Niveau aufrechterhalten und unter Bedachtnahme auf robustere und durchsetzungsfähigere Einsätze weiterentwickeln.

Auch die endgültig beschlossene neue Sicherheitsstrategie wird wohl keine NATO-Beitrittsoption enthalten. Es soll dem SipolBer zufolge aber das bewährte Engagement Österreichs im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) fortgesetzt werden. Gleichzeitig eröffnet der Bericht auch die Möglichkeit, neue Kooperationsmöglichkeiten, die die NATO für Partner öffnet, aktiv zu nutzen.<sup>14)</sup> Potenzielle neue Zusammenarbeitsfelder liegen im Bereich der so genannten Emerging Security Challenges wie Terrorismus, Proliferation, Energiesicherheit und Cybersicherheit. Damit eröffnet das Regierungspapier die Option einer über das aktuelle PfP-Kooperationsprofil hinausgehenden Zusammenarbeit.

Längerfristig wird sich für Österreich die Frage stellen, wie es auch zukünftig ein relevanter Partner im Rahmen der neuen Partnerschaftskonzeption der NATO bleiben kann. Diesbezüglich bedarf es eines neuen politischen und öffentlichen Bewusstseins in Österreich.

Der österreichische Beitrag zur NATO-PfP konnte sich bislang sehen lassen. Als größter Truppensteller unter den Nicht-NATO-Staaten im Rahmen der KFOR leistet Österreich seinen Beitrag zur Stabilisierung in einem sensiblen Raum. Aber welche Rolle will Österreich im Rahmen dieser Partnerschaftsbeziehungen nach Ende des KFOR-Einsatzes einnehmen? Die Partnerschaft für den Frieden hat sich verändert, und aus Sicht einer global agierenden Allianz werden neue außereuropäische Kooperationsformate etwa im arabischen oder pazifischen Raum an Bedeutung gewinnen. Österreich sollte sich gleichgesinnte Partner suchen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden. Dabei bietet sich insbesondere der Rahmen der so genannten „Western European Five“ (WEP-5) mit Schweden, Finnland, Irland, der Schweiz und Österreich an.

Im Vergleich zur SVD zeigt sich im SipolBer generell gesehen eine flexiblere und pragmatische Handhabung des internationalen institutionellen Handlungsrahmens. Der SipolBer stellt fest, dass die EU noch weit von einer wirklichen Sicherheits- und Verteidigungsidentität<sup>15)</sup> entfernt sei. Es liege aber im österreichischen Interesse, dass die EU ihre sicherheitspolitische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit verbessert. In den abschließenden Textpassagen des SipolBer werden erstmals auch konkrete Kriterien für die Beteiligung Österreichs an größeren internationalen Missionen und regionale Schwergewichtsräume definiert.

Augenfällig ist, dass sich in dem Entsendekatalog nicht bloß Kriterien finden, die die unmittelbare österreichische Sicherheit und Krisenbetroffenheit reflektieren, sondern



In den Bereichen ABC-Abwehr, spezielle Pionieraufgaben, Sanität, technologische Überwachung und Cyberkapazitäten strebt das Bundesheer ein besseres Leistungsprofil an (Bild: Pionierbrücke 2000).

dass darüber hinaus auch die europäische und die internationale Solidarität sowie die humanitäre Dringlichkeit angeführt sind. Vor dem Hintergrund der einleitend dargestellten Grundprinzipien der österreichischen Sicherheitspolitik wäre nach Meinung der Autoren eine Richtung verfolgenswert, die der internationalen Solidarität und der Bedeutung der jeweiligen Aktivität für die globale Sicherheit in der österreichischen Politikgestaltung grundsätzlichen Vorrang einräumt.

Der Balkanraum bleibt dem SipolBer zufolge der Schwergewichtsräume der österreichischen Sicherheitspolitik. In Abhängigkeit vom Stabilisierungsfortschritt soll das österreichische Engagement sukzessive in den Donauraum und die Schwarzmeerregion, in den Nahen und Mittleren Osten sowie nach Afrika erweitert werden.<sup>16)</sup> Je weiter sich das Engagement Österreichs aber vom natürlichen Einflussraum Balkan entfernt, umso wichtiger werden die ressortübergreifende Policy-Entwicklung und die Bildung von umfassenden Sicherheitspaketen, bestehend aus diplomatischen, zivilen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und militärischen Elementen. Nur so wird Österreich in neuen Regionen, in denen es (noch) weniger präsent ist, Sichtbarkeit und Mitgestaltungsfähigkeit erlangen.

## **Bleibende Herausforderungen für die österreichische Sicherheitspolitik**

### **Sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation**

Die internationale Erwartungshaltung gegenüber Österreich als einem der reichsten Staaten in der EU mit einer geschätzten Kultur, hohen Bildungsstandards und einer grundsätzlich leistungsfähigen Verwaltung bleibt erheblich. Gleichzeitig ist aber zu beobachten, dass das Gewicht Österreichs wie auch anderer kleinerer Staaten in der derzeitigen Konfiguration der EU tendenziell geringer geworden ist. Der Europäische Diplomatische Dienst hat weitgehend den Initiativen- und Handlungsprimat übernommen, die Rolle der Präsidentschaft wurde zurückgedrängt, wesentliche Entscheidungen werden informell meist unter den großen EU-Staaten vorabgestimmt, Treffen mit verteidigungspolitischem Bezug wurden in ihrer Dauer und Substanz eingeschränkt.

Will Österreich unter diesen Rahmenbedingungen eine aktive internationale Akteursrolle einnehmen, erfordert dies national eine

kontinuierliche und weiter verbesserte Abstimmung in allen wesentlichen Politikfeldern. International wäre die Abstimmung und Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten zu intensivieren.

Die Autoren vertreten die Auffassung, dass die Dynamik einer sich vertiefenden verteidigungspolitischen Kooperation irreversibel ist. Geopolitische Gewichtsverschiebungen, Interessensverlagerung der USA mit zunehmendem Bedeutungsgewinn des pazifischen Raums, Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Verteidigungsbudgets, drohende Erosion der militärtechnologischen Basis in Europa und Verfehlen der selbstgestellten Ambition der EU, auf globaler Ebene ein sicherheitspolitischer Akteur mit Gewicht sein zu wollen, sind evidente Indikatoren für das Erfordernis einer grundsätzlichen Revision in der europäischen verteidigungspolitischen Kooperation. Alle Logik spricht dabei für eine Vertiefung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit unter den europäischen Staaten.

Österreich kann und sollte sich dabei nicht abseits stellen. Die Einbettung in multilaterale und multinationale Handlungsrahmen ist für Österreich als kleinerer Staat essenziell. Was den engeren Bereich des Militärischen betrifft, gilt dies ebenso. Denn neben grundsätzlichen außen- und sicherheitspolitischen Beweggründen gestattet die Finanzlage des Verteidigungsressorts nicht mehr, dass alle EU-Staaten über alle militärischen Fähigkeiten autonom verfügen können. Daher ist das Verteidigungsressort gut beraten, proaktiv den Weg der Kooperation zu verfolgen.

Historisch, kulturell, geographisch und wirtschaftlich liegt Österreich in mehreren regionalen Einflusszonen. Einerseits liegt Österreich im strategischen Einflussbereich Deutschlands und hat daneben enge Beziehungen zum Nachbarland Schweiz, andererseits besteht eine enge Vernetzung mit den mitteleuropäischen Nachbarstaaten, und darüber hinaus wirken Kraftlinien von Österreich in Richtung Südosteuropa, besonders hin zum Balkanraum. So sehr eine Orientierung am großen Partner Deutschland zweckmäßig sein wird, sollen doch die beiden anderen Einflusslinien außen- und sicherheitspolitisch bewusst angenommen werden; es gilt, eine möglichst multivektorielle sicherheitspolitische Ausrichtung anzustreben. Dabei sollte insbesondere die Kooperation im Rahmen der regionalen zentraleuropäischen Partnerschaft dynamisiert werden. Die von Verteidigungsminister Norbert Darabos im Jahr 2010 eingeleitete zentraleuropäische Kooperation im militärischen Bereich entspricht diesem strategischen Ansatz. Neben Österreich sind an dieser Initiative, die sich in den größeren Zusammenhang der EU-Vorhaben zur Steigerung militärischer Fähigkeiten einfügt, Slowenien, die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Kroatien beteiligt.

Wie schon im Zusammenhang mit der oben dargestellten weiteren Entwicklungsperspektive der GSVP und der NATO-Partnerschaft ausgeführt wurde, ist es offensichtlich, dass für die Gestaltung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik über den zentraleuropäischen Rahmen hinausgeblickt werden muss. Was die Zukunft der GSVP, europäische Kapazitätsentwicklung, aber auch potenzielle Missionen oder Operationen auf europäischer Ebene betrifft, sollte die Abstimmung und Zusammenarbeit mit Frankreich und Italien das Beziehungsgeflecht zu Deutschland ergänzen. Auch diese Staaten sehen den derzeitigen Status der GSVP

kritisch, werden aber für eine neue Dynamisierung der GSVP vermutlich bestimmend sein und bieten sich daher als Partner besonders an.

Darüber hinaus werden die neuen Partnerschaftsbeziehungen der NATO und die vom Chicago-Gipfel ausgehende Initiative zum militärbezogenen Kapazitätsaufbau unter den NATO-Staaten auch für Österreich wesentliche neue Rahmenbedingungen schaffen. Die Abstimmung mit den WEP-5, aber auch die Ausnützung des Beziehungsnetzes zu den NATO-Staaten der zentraleuropäischen Kooperation wird aktiv zu verfolgen sein. Das Konzept „Smart Defence“ als Kürzel für die NATO-bezogene militärische Kapazitätsentwicklung wird im Falle ihres Gelingens auch für Österreich Entscheidungsnotwendigkeiten mit sich bringen. Militärische Kooperationen, die im EU-Kontext unter dem Begriff „Pooling and Sharing“ laufen, sind in Österreich weitgehend unkontroversiell. Die Autoren erachten es jedoch als unumgänglich, auch das Potenzial der Mechanismen der Smart Defence-Initiative, besonders in Abstimmung und Kooperation mit den Partnern in Zentraleuropa, ergänzend auszunützen. Es ist zu erwarten, dass Smart Defence zumindest ein ähnliches, vermutlich aber ein größeres Momentum in Bezug auf Kapazitätserhalt und Kapazitätsentwicklung erreichen wird als einschlägige EU-Initiativen. Eine zeitgerechte politische Mitwirkungsentscheidung würde die zukünftige Relevanz Österreichs und des ÖBH als NATO-Partner erhöhen und könnte auch die angespannte Budgetsituation abfedern helfen.

#### **Operationalisierung des zivil-militärischen Sicherheitsparadigmas und neue gesamtstaatliche Koordinationsstrukturen**

Wie schon im Regierungsprogramm ist in der Regierungsposition zur Sicherheitsstrategie als Grundorientierung das verbesserte Zusammenwirken zivil-militärischer Komponenten zur Erhöhung der Wirksamkeit und Sichtbarkeit österreichischer Beiträge zum internationalen Krisenmanagement festgeschrieben. Leer sind diese Formeln, wenn sie in der politischen Realität sofort vergessen oder nicht angewendet werden.

In der Praxis zeigt Österreich immer wieder, dass es punktuell durchaus in der Lage ist, Themenführerschaft zu übernehmen. Die Initiative zum Verbot der Cluster-Munition ist ein solches Beispiel. Es gelang in dieser Thematik, das internationale Profil Österreichs zu festigen und zu steigern. Anzustreben wäre aber eine ressortübergreifende langfristig und nachhaltig angelegte Identifizierung jener sicherheitspolitischen Themen, derer sich Österreich besonders annehmen will. Überlegungen im Zusammenhang mit dem in Entwicklung begriffenen gesamtstaatlichen Auslandseinsatzkonzept fordern in diesem Sinne auch eine klare Definition der prioritären Regionen und Themen und, davon abgeleitet, eine entsprechende Zuordnung der erforderlichen Mittel. Das Konzept sollte daher rasch bearbeitet werden.

Es wäre zu eng gedacht, wenn die Definition thematischer Schwerpunkte weitgehend ressortbezogen erfolgen würde. In Hinblick auf die Komplexität des modernen internationalen Engagements im Rahmen der Krisenvorsorge, des Krisenmanagements und in der Phase des Wiederaufbaus gilt es für Österreich, sich auf spezifische Schwerpunkte, Lücken bzw. Nischen im Rahmen der internationalen Bedarfsdeckung zu konzentrieren. Das trifft auf zivile, zivil-militärische und militärische Einsatzformen zu. Konkret könnte Österreich sein Schwergewicht etwa auf umfassende Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und auf die Gewährleistung individueller Sicherheit (Human Security) legen. Traditionell hat Österreich auch ein hohes Potenzial in Fragen der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte sowie in der Herausbildung demokratischer und politischer Institutionen. Demzufolge könnte Österreich in diesen

Bereichen einen weiteren Schwerpunkt bilden. Weitere mögliche Handlungsfelder wären die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, die dazu gehörenden Sicherheits- und Justizinstitutionen oder auch Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Militärpersonal sowie das Engagement im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle, insbesondere in Kleinwaffen- und Minenprogrammen. Darüber hinaus wären auch Vertrauensbildung und Konfliktaufarbeitung zur Friedenskonsolidierung und Versöhnung potenzielle Aktionsfeldfelder. Diese oft als „Soft-Spektrum“ beschriebenen Aufgaben ermöglichen eine hohe politische Sichtbarkeit und Wirkung bei relativ geringem Ressourceneinsatz.

Will man national und international die genannten sicherheitspolitischen Zielsetzungen ernsthaft verfolgen, so ist unumgänglich, die nationalen Koordinationsstrukturen umzugestalten. Der derzeitige Status, gekennzeichnet durch Selbstorganisation auf engagierter Beamtenebene unter gelegentlicher Einbindung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), ist unzureichend. Im Sinne des SipolBer wäre das Bundeskanzleramt (BKA) in seiner Koordinationsfunktion in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen wieder zu stärken. Es war ein schwerwiegender Fehler, bewährte Strukturen im BKA aufzulösen. Dadurch wurde die gesamtstaatliche Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit geschwächt. Der Nationale Sicherheitsrat hat die ihm zugeordnete Funktionalität nie erfüllen können. Daher ist der Vorschlag von Caspar Einem zur Bildung eines Sicherheitskabinetts auf Regierungsebene mehr als überlegenswert. Kernaufgabe des Sicherheitskabinetts wäre in Bezug auf die internationale Sicherheitspolitik die ressortübergreifende regionale und thematische Policy- und Strategieentwicklung, ein Feld, das in Österreich bisher schwach ausgeprägt ist. Der Nationale Sicherheitsrat sollte weiterhin als Informations- und Diskussionsplattform zwischen Regierung und Opposition bestehen. Auf Arbeitsebene wären im Sinne erfolgreicher Beispiele in anderen europäischen Staaten durch das Bundeskanzleramt gesteuerte, ausgelagerte Institutionen zur Wahrnehmung operativer gesamtstaatlicher sicherheitspolitischer Aufgaben wie etwa Personalbereitstellung und Ausbildung einzurichten.

Noch weiter reichend, aber auch innovativer und wirkungsorientierter wäre in diesem Zusammenhang jedoch die Schaffung eines Bundesamts für Umfassende Sicherheitspolitik und internationales Krisenmanagement zur gesamtstaatlichen Koordinierung der nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge. Kernaufgaben einer solchen Bundesdienststelle wären u.a. die Steuerung des gesamtstaatlichen Lagebildprozesses, die gesamtstaatliche sicherheitspolitische Lagebeurteilung, die Entwicklung regionaler und thematischer sicherheitspolitischer Politiken, die sicherheitspolitische Konzept- und Doktrinentwicklung, das gesamtstaatliche Ressourcenmanagement, die Koordinierung internationaler zivil-militärischer Entsendungen, die strategische Anleitung des operativen staatlichen Krisen- und Katastrophenmanagements (SKKM) sowie sicherheitspolitisch-strategische Ausbildungs- und Forschungsordination.



Im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) soll das bewährte Engagement Österreichs weiter fortgesetzt werden (Bild: Kontrolle durch KFOR-Soldaten).

### **Innovative Wege in der ressortübergreifenden Personal- und Ressourcenbereitstellung sowie Ausbildungsentwicklung**

Der Schrumpfungprozess in den meisten Ministerien, die Personalobergrenzenvorgaben und die Auslastung der Beamtenschaft mit der Tagesarbeit führen dazu, dass Ministerien sich scheuen, Personal für Krisenmanagement und Auslandsaufgaben abzustellen. Das mag verständlich sein, zeigt aber die weitgehend inlandsorientierte Beurteilungsmesslatte der österreichischen Politik, der Medien und des überwiegenden Teils der Bevölkerung. Seit Jahren müssen internationale Organisationen ernüchert feststellen, dass die so essenziellen zivilen Fähigkeitspotenziale für UNO-, NATO- und EU-Einsätze unterentwickelt sind. Gerade Militärs stellen wiederholt fest, dass die Effektivität von militärischen Einsätzen in ihrer Wirksamkeit geschwächt wird, wenn die begleitenden politischen und zivilen Kapazitäten für Postkonfliktstabilisierung fehlen.

Dieser bedauerlichen Realität muss auch in Österreich aktiv entgegengesteuert werden, ansonsten bleiben alle internationalen Entwicklungsperspektiven des SipolBer, aber auch große Abschnitte des Regierungsprogramms leere Programmatik. Während sich die militärischen Beiträge zur internationalen Sicherheitspolitik auch im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen können, besteht bei zivilen, entwicklungspolitischen und zivil-militärischen Beiträgen Nachholbedarf. Ein innovativer Ansatz wäre beispielsweise, in den einzelnen sicherheitsrelevanten Ressorts einen Überhang von etwa 0,5% des jeweiligen Ressortpersonalstandes für Auslandsaufgaben freizuhalten oder die Möglichkeiten zur temporären Anstellung von Personal zu verbessern. Eine Reihe von Staaten wie Großbritannien oder die Niederlande haben einen vergleichbaren Weg bereits eingeschlagen und dabei positive Erfahrungen gesammelt.

Was die Budgetorganisation betrifft, sehen die Autoren ebenfalls Änderungsbedarf. Solange jedes Ressort selbst für Auslandsengagements aufkommen muss, ist eine eher restriktive Haltung der Ministe-

rien nachvollziehbar. Es wäre an der Zeit, bewährten Beispielen anderer Staaten zu folgen. Eine Möglichkeit wäre ein beim BKA (oder am besten beim o.a. Bundesamt) angesiedelter Start-up-Fund für Soft-Spektrum-Missionen ziviler und zivil-militärischer Art. Eine noch fortschrittlichere Lösung wäre, wenn Außenministerium, Verteidigungsministerium, Innenministerium und Entwicklungshilfe in einen Topf Mittel für internationale zivil-militärische Aufgaben im Sinne des Leitfadens Sicherheit und Entwicklung einbringen würden. Auch dafür gibt es bereits international bewährte Beispiele.

Konzepte wie der jüngst von der Bundesregierung beschlossene Leitfaden „Sicherheit und Entwicklung“ oder der 3C-Appeal bleiben inhaltsleer, wenn die Unterfütterung durch Mittel der Entwicklungszusammenarbeit ausbleibt. Sie sind nicht glaubhaft und überzeugend, wenn sich Österreich weitgehend auf „Assessed Contributions“ zu internationalen Organisationen beschränkt, also nur das leistet, wozu es verpflichtet ist oder wurde. Der Umfang der freiwilligen Beiträge zu Projekten, die die Außen- und Sicherheitspolitik untermauern, ist radikal zurückgefahren worden. Damit nimmt sich Österreich Gestaltungsmöglichkeiten. Es ist zu hoffen, dass nach dem Durchhänger der letzten Jahre und nach Stabilisierung der Finanzlage ein Umdenken einsetzt.

Die Intensivierung einer disziplinenübergreifenden Ausbildung sowohl auf strategischer als auch auf operativ-praktischer Ebene muss zentrales und integrales Element jedes umfassenden zivil-militärischen Sicherheitsparadigmas sein. Neben der edukatorischen Wirkung, die von gemeinsam durchlebten Ausbildungslehrgängen auf Teilnehmer aus unterschiedlichen Ressorts, Einsatzorganisationen und der Zivilgesellschaft ausgeht, sind gravierende Langzeitwirkungen hinsichtlich eines besseren Verständnisses für akteursspezifische Besonderheiten wie auch für verbesserte Kohärenz bei gemeinsamer Aufgabenerfüllung im Einsatz erwartbar. In der jüngeren Vergangenheit wurden erste richtungsweisende Ausbildungsprojekte bereits erfolgreich aufgesetzt: der Strategische Führungslehrgang, ressortübergreifende Planspiele, neue Ausbildungsprogramme für Sicherheitssektorreform und Peacebuilding des Friedenszentrums in Stadtschlaining in Kooperation mit dem Verteidigungsministerium sowie Spezialekurse zum Thema Protection of Civilians in Umsetzung der UNO-Resolution 1894. Diese bislang eher bottom-up entstandenen Projekte wären weiterzuführen und konsequent auf die definierten regionalen und thematischen Schwerepunkte auszurichten.

Darüber hinaus wäre das Handlungsfeld „Training und Ausbildung“ zur Unterstützung des Kapazitätenaufbaus in fragilen Staaten stärker als bisher als eigenständiger policy-relevanter Bereich zu erfassen. In ihm könnte Österreich auf Basis seines hohen Bildungsniveaus eine besonders profilierte, international nachgefragte und glaubwürdige Akteursrolle einnehmen. Ein Element dieser wissensbasierten sicherheitspolitischen Profilbildung ist auch der Ausbau der außeruniversitären Forschungslandschaft in Österreich. Das BMLVS leistet jedenfalls seinen Beitrag als größter Förderer solcher außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Dass sich unsere sicherheitspolitische Forschungslandschaft mit wichtigen Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit beschäftigt und gute Arbeit leistet, wird aber außerhalb der Grenzen Österreichs manchmal stärker wahrgenommen als intern.

## Perspektivische Überlegungen zur Weiterentwicklung der internationalen Einsätze des ÖBH

Bezogen auf das Budget, die Größe des Heeres, die Bevölkerungszahl und andere Kennziffern sind die etwa 1.500 Soldaten, die in jüngerer Vergangenheit ständig im Ausland eingesetzt sind, eine Visitenkarte der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die österreichische Bevölkerung - das zeigen wiederholte Befragungsergebnisse - trägt Kampfeinsätze nicht oder nur unter spezifischen Rahmenbedingungen mit. Eine Konstante der bisherigen österreichischen Auslandseinsätze war daher, dass sich Österreich an solchen Einsätzen bisher nicht oder nicht substanziell beteiligt hat. Die Stärke des ÖBH im Ausland lag bisher in der Implementierung eines vorher getroffenen politischen Übereinkommens und in Einsätzen zur nachfolgenden Stabilisierung, auch in einem nicht ungefährlichen Umfeld.

Es ist zu erwarten, dass alle Einsätze des ÖBH in Zukunft tendenziell fordernder und gefährlicher sein werden als bisher. Die Operationen sind komplexer geworden. Viel mehr als bisher sind diverse internationale Organisationen und zivile Akteure eingebunden. Die meisten Einsätze werden sich auf innerstaatliche Konfliktbewältigung beziehen, wobei die Bedrohungslage diffuser, das Umfeld urbaner und die Entfernung von Österreich größer wird, die klimatischen Herausforderungen sich anspruchsvoller gestalten. Auch die Sicherstellung der Versorgung und der strategischen wie taktischen Mobilität wird ungleich fordernder werden. Die Partner bei solchen Operationen werden vermehrt außereuropäisch sein. Das alles hat Auswirkungen auf Vorbereitung, Ausbildung und Ausrüstung. Evident ist die Notwendigkeit der Einbettung der Planungen für internationales Krisenmanagement in den gesamtstaatlichen Kontext. Das betrifft Antizipation, Lagebild und konkrete Planungsprozesse.

Einerseits wird eine den modernen Entwicklungen entsprechende hohe ausbildungsmäßige und materielle Qualität und Robustheit jener Elemente, die für diese Einsätze bereitgestellt werden, unumgänglich bleiben. Andererseits wird sich die Frage stellen, ob auch zukünftig das Personal für längerfristige Stabilisierungsoperationen in größerem Umfang bereitgestellt werden kann. Soll dabei der Rückgriff auf die Miliz weiterhin integrales Moment bleiben, bedarf es nachhaltiger Anstrengungen, um die Milizkapazitäten der Auslandseinsätze vital und modern zu erhalten und zu gestalten. Profil des Bundesheeres und Wehrsystematik müssen einander entsprechen.

Schlüsselfragen zur Zukunft des ÖBH sollten so rasch wie möglich beantwortet werden. Die Finanzsituation tut das Übrige dazu. Der Gefahr einer internationalen Relevanzeinbuße oder sogar eines Relevanzverlustes durch unentschiedenes Weiterfahren in bisherigen Kategorien muss entgegengewirkt werden.

Es wird ein Punkt zukünftiger politischer Entscheidungen sein, welches Gewicht humanitäre Einsätze bei der Entwicklung eines spezifischen österreichischen Profils im internationalen Bereich haben sollen. Dabei ist die Auffassung korrekturbedürftig, dass humanitäre Operationen a priori eher nicht anfordernd seien. Humanitäre Einsätze können extrem fordernd sein, wenn man sich Szenarien in instabilen Umfeldern, etwa am Horn von Afrika oder in sonstigen Teilen Afrikas, vergegenwärtigt. Spezielle Transport-, Führungs- und Kommunikationsfähigkeit, Pioniere, Lufttransport und Militärpolizei können hier ein Asset bilden, das auch für Krisenmanagementeinsätze ohne humanitären Kontext verwendet werden kann.

Die Autoren vertreten die Position, dass das ÖBH sich zukünftig stärker als bisher auch an Maßnahmen des kooperativen Sicherheitsmanagements beteiligen soll. Dazu zählen Beratung, Unterstützung, Erfahrungsaustausch, Sicherheitssektorreform, Entwaffnung, De-

Abb.3 Verteidigungspolitische Hauptaufgaben		
① Territorialverteidigung (konv. mil. Restrisiko)	⑦ Evakuierungsoperationen	⑬ Führungsfähigkeit (International)
② Selbstständiger militärischer Schutzzeinsatz	⑧ Stabilisierungsoperationen (längerer Dauer)	⑭ Kooperation (Grundaufgabe)
③ Schutz vor Bedrohungen aus der Luft	⑨ Humanitäre Operationen	⑮ Strategische Handlungsreserve
④ AssE/Katastrophenhilfe	⑩ Internationale Katastrophenhilfe	⑯ Innovation
⑤ Sicherheitspolizeilicher Assistenzzeinsatz	⑪ Militärischer Solidarbeitrag zur Europäischen Verteidigung	⑰ Abwehr von Cyber-Bedrohungen
⑥ Robuste Einsätze für internationale KRIMA	⑫ Prävention und Krisenachsorge	⑱ Antizipation

Quelle: Bundesheer Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

mobilisierung und Reintegration von Militärpersonal, Sicherstellung der demokratischen Kontrolle von Streitkräften oder zivil-militärische Kooperation und Ausbildung - alles Aufgaben, die auch für die Phase der Prävention relevant sind, aber naturgemäß besonders für die Phase des Peacebuilding. Im Kern geht es um die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus anderer Armeen und Organisationen. Als regionales Schwergewicht solcher Aktivitäten bieten sich Afrika und Osteuropa an. Von den Auslandseinsatzkosten - im Jahr 2011 rund 74 Mio. EUR - sollte als Zielmarke 1% für solche Aufgaben vorgesehen werden.

### Überlegungen zu möglichen zukünftigen verteidigungspolitischen Profilen

Nicht zuletzt wegen der realen Einsparungszwänge wurden im BMLVS bereits sehr fundierte Vorbereitungsarbeiten zur Erstellung eines künftigen verteidigungspolitischen Profils<sup>17)</sup> eingeleitet. Diese sollen insbesondere der politischen Führung den verteidigungspolitischen Gestaltungsspielraum darstellen, der auf Basis des Entwurfs der Sicherheitsstrategie gegeben ist.

Der SipolBer gibt ein breites verteidigungspolitisches Aufgabenspektrum vor. Dies lässt angesichts der verfügbaren Ressourcen drei grundsätzliche Optionen für die weiterführende verteidigungspolitische Ausrichtung zu:

1. Abbildung des breiten Aufgabenspektrums ohne Schwergewichtsbildung,

2. Beibehaltung eines grundsätzlichen multifunktionalen Aufgabenspektrums, aber unter Schwergewichtssetzung und Profilschärfung bei jeder Aufgabe, und

3. klare Profilentcheidung durch eine fokussierte Ausrichtung auf einige Hauptaufgaben (Strategiekern) unter Reduzierungen bei den außerhalb des Kernprofils angesiedelten Aufgabenbereichen.

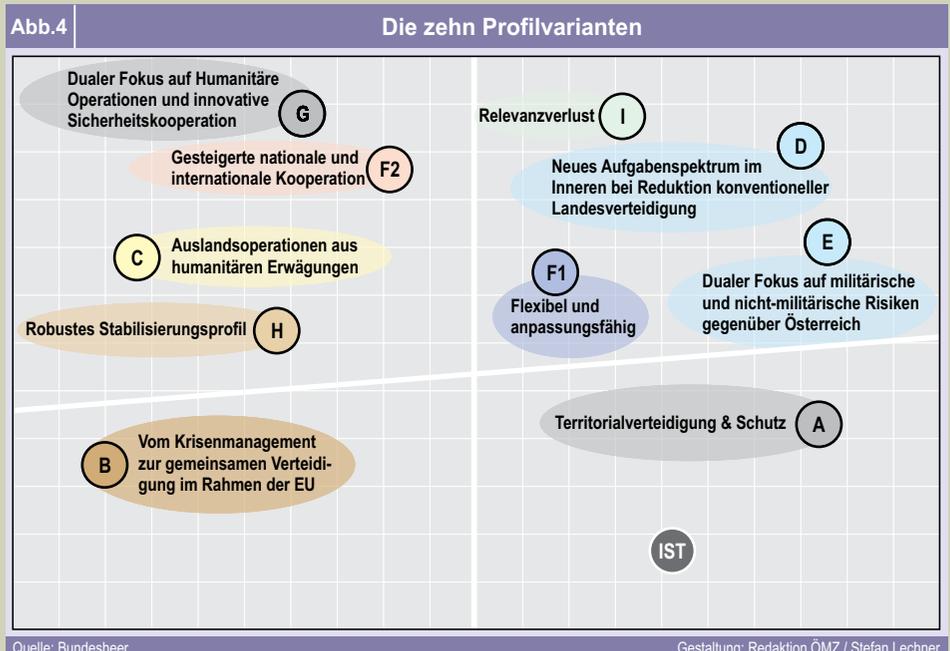
Als erster Schritt bei der Erarbeitung der Profilvarianten galt es, die im Entwurf der Sicherheitsstrategie festgelegten 18 verteidigungspolitischen Hauptaufgaben wie etwa Territorialverteidigung, Katastrophenhilfe, humanitäre Operationen oder Beiträge zur Europäischen Verteidigung zu identifizieren. In einem zweiten Schritt wurden jeweils vier bis fünf mögliche Aufgabenausprägungen, so genannte Strategieoptionen, für jede zugeordnete verteidigungspolitische Aufgabe entwickelt. Diese Strategieoptionen beschreiben in die Zukunft gerichtete Möglichkeiten, wie die zugeordneten Aufgaben wahrgenommen werden könnten. Für das Strategieelement der Territorialverteidigung wären etwa die Ausprägungen „konventionelle Verteidigung im europäischen Verbund“, „Kompetenzerhalt im europäischen Verbund“, „Österreich verteidigt sich selbst“ oder „Kompetenzerhalt national“ in den nächsten Jahren denkbar. Die aus diesem

Beurteilungsschritt resultierenden 74 Strategieoptionen mussten nun zu sinnvollen Profilvarianten<sup>18)</sup> zusammengestellt werden. Zu diesem Zweck wurden die Strategieoptionen entsprechend nachfolgender Ordnungs- bzw. Gestaltungsprinzipien zusammengestellt:

- Kooperations- versus Autonomiegrad,
- Gewichtung von Auslands- und Inlandsaufgaben,
- Spezialisierungsgrad und
- Fokussierung auf konventionelle militärische Aufgaben im Rahmen des Kampfes der verbundenen Waffen oder Erweiterung<sup>19)</sup> des militärischen Aufgabenspektrums.

Die Profilvarianten unterscheiden sich in der Beantwortung dieser vier verteidigungspolitischen Grundfragen. Unter Zugrundelegung verschiedener Planungsannahmen hinsichtlich der Umfeldentwicklung konnten die zehn Profilvarianten in vier verschiedene Profilgruppen zusammengefasst werden.

Die erste Gruppe kann mit dem Überbegriff „Neue kooperative Strategien“ beschrieben werden. Sie ist charakterisiert durch eine klare Auslandsorientierung, ein damit einhergehendes hohes Maß an internationaler Kooperation und ein erweitertes militärisches Aufgabenspektrum. Die dieser Gruppe zugeordneten Profile sind auf ein kooperatives bis konfrontatives internationales Umfeld ausgerichtet, in



dem keine direkten Bedrohungen gegen Österreich bestehen, jedoch ein Bedarf an militärischen Beitragsleistungen zur Bewältigung neuer Risiken gegeben ist und ein arbeitsteilig angelegter internationaler „comprehensive approach“ gut funktioniert. Des Weiteren ist bei diesen Profilvarianten eine aktive österreichische Außenpolitik mit im Vergleich zu heute gesteigerter Gestaltungsambition, die vom ÖBH aktiv unterstützt wird, vorausgesetzt.

Eine zweite Gruppe ist durch eine nationale und auf autonome Aufgabenerfüllung ausgelegte Grundausrichtung charakterisiert. Diese Profilgruppe ist auf ein konfrontatives internationales Umfeld und das Vorhandensein von nicht-konventionellen Bedrohungen gegen Österreich ausgerichtet. Des Weiteren wird hier eine wenig ambitionierte Außenpolitik, jedoch eine funktionierende „Umfassende Sicherheitsvorsorge“ (ressortübergreifende Sicherheitszusammenarbeit) sowie eine Fokussierung des ÖBH auf Schutz im Inland bei reduzierten internationalen Solidarbeiträgen angenommen.

Die dritte Gruppe bildet ein europäisch und militärisch konventionell ausgerichtetes Profil, in dem ein konfrontatives internationales Umfeld Österreich als Teil Kerneuropas und das ÖBH als Instrument einer aktiven, europäisch ausgerichteten Verteidigungspolitik eingesetzt wird. Die ursprünglichen Zielvorstellungen der Bundesreformkommission entsprechen über weite Strecken dieser Profilvariante.

Die vierte Gruppe beinhaltet die militärisch konventionellen und auf weitgehende Autonomie ausgerichteten Profile. In dieser Gruppe wird von einem konfrontativen internationalen Umfeld, konventionellen und nichtkonventionellen Bedrohungen gegen Österreich sowie einem Fokus der österreichischen Militärstrategie auf Inlandsaufgaben ausgegangen.

Eine Kategorie sui generis stellen jene Profilvarianten dar, die dadurch charakterisiert sind, dass angesichts einer unsicheren Umfeldentwicklung und vor dem Hintergrund einer „schrittweisen“ Strategieveränderung Übergangsprofile mit einer „hohen Transformations- und Anpassungsfähigkeit“ gebildet werden.

Eine Beurteilung der Zweckmäßigkeit der Profilvarianten hat zu berücksichtigen, dass die Profilentcheidung zu einem großen Maß von externen Rahmenbedingungen wie etwa der Entwicklung des internationalen Umfeldes, dem konkreten Risikobild für Österreich, der realen Gestaltungsambition sowie der Funktionsfähigkeit der USV und dem Entwicklungsstand der GSVP beeinflusst wird. Ein umfassender politischer Beurteilungsprozess muss daher, ausgehend von einer Priorisierung und Gewichtung der zu erreichenden verteidigungspolitischen Ziele, eine Bewertung der Zweckmäßigkeit der Profilloptionen vor dem Hintergrund möglicher sicherheitspolitischer Entwicklungsszenarien sowie eine Bewertung der Realisierbarkeit insbesondere bezogen auf Ressourcen, externe und interne Akzeptanz und rechtlichen Anpassungsbedarf umfassen.

Auf Basis einer Entscheidung durch Bundesminister Darabos auf Vorschlag des Generalstabs soll nunmehr in weiterer Folge die Profilvariante F2 „Gesteigerte nationale und internationale Kooperationen“ weiter bearbeitet werden. Bei dieser Profilvariante liegt das Schwergewicht auf einem Höchstmaß an ressortübergreifender wie auch internationaler Kooperation zum Zwecke sowohl des

Fähigkeitserhalts (Rekonstruktion) als auch der Fähigkeitsentwicklung (Krisenmanagement). Durch Aufrechterhaltung eines breiten, quantitativ aber begrenzten militärischen „Instrumentenkastens“ (toolbox) wird eine Handlungs- und Anpassungsfähigkeit auch in einem sich verändernden Umfeld gewährleistet. Der Fokus liegt auf der Befähigung zum militärischen Schutzeinsatz gegenüber neuen Risiken in Österreich, auf der Fähigkeit zum Assistenzeinsatz in der Katastrophenhilfe, auf der Befähigung zur Mitwirkung an internationalen Stabilisierungsoperationen (inklusive Aufgaben der kooperativen Sicherheitspolitik wie Konfliktprävention, militärische Beratung und spezialisierte Elemente für robuste Krisenmanagementaufgaben) sowie auf der Fähigkeit zur umfassenden Früherkennung von Lageveränderungen (Antizipation). In diesen Aufgabenbereichen wird im Vergleich zum gegenwärtigen Zustand ein Fähigkeitsaufbau notwendig sein.

Abb.5 Vier Gruppen von Profilvarianten



Quelle: Bundesheer

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Dies erfordert angesichts der Ressourcenlage eine Redimensionierung der Fähigkeiten in nahezu allen anderen Aufgabenfeldern, speziell in den Bereichen der militärischen Territorialverteidigung gegenüber konventionell ausgetragenen Angriffen von außen, dem Schutz vor Bedrohungen aus der Luft sowie der Teilnahme an militärisch robusten Anfangsoperationen in Form von auch über längeren Zeitraum durchhaltefähigen, geschlossenen Verbänden. Im Unterschied zu anderen stärker fokussierten Profilen erfolgen diese Reduktionen der Fähigkeiten nur soweit, dass eine Rekonstruktionsmöglichkeit sichergestellt bleibt. Bei der internationalen Kooperation werden Formen des „Pooling and Sharing“ bis hin zur „Rollen- und Arbeitsteilung“ im Vordergrund stehen. Die Reduzierung der Ressourcen für Aufgaben im Inland geht einher mit einer höchstmöglichen Kooperation im Rahmen der ressortübergreifenden Umfassenden Sicherheitsvorsorge. Im internationalen Bereich ist eine Beitragsleistung qualitativ etwa wie im heutigen Rahmen vorgesehen, wobei aufgrund der absehbaren Rahmenbedingungen und Ressourcenlage auf Kräfte für spezifische Aufgaben abgezielt wird. Die Möglichkeit zur angemessenen Mitwirkung Österreichs an einer allfälligen EU-Verteidigung bleibt erhalten. Als quantitative Zielgrößen gelten:

- mindestens 1.100 Soldaten im Auslandseinsatz als Dauerleistung,
- mindestens 12.500 Soldaten für Assistenzeinsätze zur Katastrophenhilfe und für sicherheitspolizeiliche Assistenz sowie
- ein Gesamtrahmen von 55.000.

### Fazit

Ob der mit dem SipolBer eingeleitete Versuch, die österreichische Sicherheitspolitik auf neue Grundlagen zu stellen, langfristig erfolgreich sein kann, wird insbesondere von folgenden Aspekten abhängen:

- Besteht überhaupt außen- und sicherheitspolitischer Gestaltungswille?

- Kann die Sicherheitsstrategie hinreichend innenpolitische Aufmerksamkeit und Unterstützung sowie breite politische und öffentliche Akzeptanz generieren und die Basis für einen erneuerten sicherheitspolitischen Grundkonsens in Österreich bilden?

- Wird sie hinreichend mit personellen und finanziellen Ressourcen untermauert?

- Werden die erforderlichen gesetzlichen und institutionellen Anpassungen, insbesondere zur Stärkung der gesamtstaatlichen sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit, v.a. der Koordinationsstrukturen, vorgenommen?

- Werden die allgemeinen Zielsetzungen und Orientierungsprinzipien einer österreichischen Sicherheitsstrategie in kohärente Querschnitts- und Teilstrategien sowie in konkrete Maßnahmen und Handlungen umgesetzt?

- Wird es eine klare sicherheits- und verteidigungspolitische Profilscheidung geben?

Eine erfolgreiche Strategie braucht insbesondere politische Flaggschiff-Projekte. Die Autoren dieses Beitrags plädieren auf der Grundlage der vorgelegten Analyse für vier sicherheitspolitische Ideen:

1. Schaffung eines Bundesamtes für Umfassende Sicherheitspolitik und internationales Krisenmanagement zur gesamtstaatlichen Koordinierung und Administration der nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge,

2. Verabschiedung einer zentraleuropäischen Solidaritätserklärung für den Fall eines Terroranschlags oder einer Natur- bzw. technischen Katastrophe mit grenzüberschreitenden Auswirkungen,

3. Aufstellung einer regionalen zivil-militärischen Solidareinheit sowie längerfristig eines rasch verfügbaren militärischen Krisenreaktionsverbands für anspruchsvolle internationale Krisenmanagementeinsätze und

4. zielgerichtete Umsetzung der Profilvariante F2 und Entwicklung eines davon abgeleiteten internationalen Kooperationsportfolios. ■

*Der vorliegende Text basiert auf dem Buchbeitrag „Österreichische Sicherheitspolitik quo vadis?“ In: Johann Pucher, Johann Frank (Hrsg.): Strategie und Sicherheit 2012. Der Gestaltungsspielraum der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien, Köln, Weimar: Böhlau-Verlag 2012, S.595-630.*

#### ANMERKUNGEN:

1) Im Folgenden wird der SipoBer zitiert als „Bericht der Bundesregierung zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie“, herunterzuladen unter <[www.bka.gv.at/site/3503/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/3503/default.aspx)>.

2) Vgl. Johann Frank, Johann Pucher: Österreichische Sicherheitspolitik europäisch denken. In: Johann Pucher, Johann Frank (Hrsg.): Strategie und Sicherheit 2010. Das strategische Profil der Europäischen Union. Wien 2010, S.407-427.

3) Vgl. Andrej Zwitter, Jaap De Wilde: Prismatic Security: Expanding the Copenhagen School to the Local Level. Department of International Relations and International Organization, ISA Convention 2010. Online verfügbar unter <<http://www.urg.nl/let/onderwijs/afdelingen/ibio/index>>, abgerufen am 22.12.2011.

4) Vgl. Bericht der Bundesregierung zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie, S.1.

5) Whole-of-Government Approach (WoGA).

6) Whole-of-Nation Approach (WoNA).

7) Vgl. Bericht der Bundesregierung zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie, S.4.

8) Teilstrategien Außenpolitik, Verteidigungspolitik, innere Sicherheit, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Bildungs- und Informationspolitik, Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Finanzpolitik, IKT-Sicherheit, Gesundheitspolitik.

9) Vorausgesetzt, es gibt einen leistungsfähigen gesamtstaatlichen USV-Rahmen.

10) Vgl. Johann Frank: Risikoanalyse, Bedrohungsanalyse und Bedrohungswahrnehmung in Österreich. In: Thomas Jäger, Ralph Thiele (Hrsg.): Transformation der Sicherheitspolitik. Deutschland, Österreich, Schweiz im Vergleich. Wiesbaden 2011, S.27-38.

11) Vgl. Bericht der Bundesregierung zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie, S.10. Cyberangriffe sind hier bewusst als Beispiel und nicht als abschließende Aufzählung angeführt.

12) Ziffer 6: „Leistung eines militärischen Solidarbeitrags zum sicherheitspolitischen Handeln der EU“ (in expliziter Abgrenzung zu den solidarischen Krisenmanagement-Beiträgen in Ziffer 5), und an anderer Stelle: „Bewertung und Sicherstellung der Mitwirkungsmöglichkeit ... an der gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer Gemeinsamen Verteidigung führen kann“.

13) Vgl. Bericht der Bundesregierung zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie, S.12.

14) Vgl. Bericht der Bundesregierung zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie, S.14.

15) Vgl. Bericht der Bundesregierung zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie, S.3.

16) Vgl. Bericht der Bundesregierung zur neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie, S.15.

17) Unter einem verteidigungspolitischen Profil wird die Option einer möglichen langfristigen Ausrichtung der Verteidigungspolitik bezogen auf Aufgabenpriorisierung und -ausprägung, Europäisierungsgrad und Ausmaß der europäischen und ressortübergreifenden Kooperation unter Bedachtnahme auf verschiedene Umfeldentwicklungen als Grundlage für die weitere Streitkräfteplanung verstanden.

18) Die zehn Profilvarianten, die sich aus diesem Prozess ergeben haben, wurden wie folgt bezeichnet: Profilvariante A: Territorialverteidigung und Schutz, B: Vom Krisenmanagement zur gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der EU, C: Auslandsoperationen aus humanitären Erwägungen, D: Neues Aufgabenspektrum im Inneren bei Reduktion konventioneller Landesverteidigung, E: Dualer Fokus auf militärische und nicht-militärische Risiken gegenüber Österreich, F1: Flexibel und anpassungsfähig, F2: Gesteigerte nationale und internationale Kooperation, G: Dualer Fokus auf Humanitäre Operationen und innovative Sicherheitskooperation, H: Robustes Stabilisierungsprofil, I: Relevanzverlust.

19) Erweiterte militärische Aufgaben inkludieren eine partielle Reduzierung im konventionellen Aufgabenspektrum zugunsten neuer nichtkinetischer Aufgaben. Diese beziehen sich im Inland insbesondere auf Schutzaufgaben und im Ausland auf erweiterte Aufgaben im Rahmen der Konfliktprävention und Krisennachsorge.



**Mag. Dr. Johann Frank, MAS**

Geb. 1969; Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes; Leiter des Büros für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport in Wien und Lektor für internationale Politik an der Karl-Franzens-Universität Graz; 1992 Absolvent der Militärakademie; 2002 Doktorat aus Politikwissenschaft, naturwissenschaftlich-technische Postgraduate-Ausbildung am österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf, Master of Advanced Studies Security Policy and Crisis Management an der ETH Zürich (MAS SPCM ETH). Mitglied der Wissenschaftskommission des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport. Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: europäische und österreichische Sicherheitspolitik, Theorie der internationalen Beziehungen. Publikationsauswahl unter <<http://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen>>.



**Mag. Johann Pucher**

Geb. 1948; Generalmajor; seit 2007 Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport in Wien; 1968-1971 Offiziersausbildung, anschließend verschiedene Truppenverwendungen, Kompaniekommandant; 1974 Auslandseinsatz in Zypern; 1979-1982 Generalstabsausbildung; ab 1982 im Bundesministerium für Landesverteidigung; 1984/85 stellvertretender Leiter der Abteilung für Rüstungskontrolle und Abrüstung im Außenministerium; 1985-1987 Auslandseinsatz am Golan; 1989 Regimentskommandant Villach; 1991-1994 Militärberater der österreichischen OSZE-Delegation und stellvertretender Leiter der Auslandsabteilung im Verteidigungsministerium; 1997-2001 Verwendungen im Bundeskanzleramt (Kabinett und Abteilung für Sicherheitspolitische Angelegenheiten); seit 2002 Bundesministerium für Landesverteidigung (Büro für Sicherheitspolitik, Abteilung Militärpolitik, Leiter der internationalen Verbindungszelle und Leiter der Task Force Balkan während der österreichischen EU-Präsidentschaft, Koordinator der Balkaninitiative für die SAP-Länder); 2002-2004 Direktor des Regional Arms Control Verification Assistance Center (RACVIAC) in Zagreb; 2003 Ernennung zum Mitglied des Board of Directors des Internationalen Militärsportverbandes CISM, Leiter der Planning Commission.